



Bundesministerium
für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend



Deutsches
Jugendinstitut

Auszug aus
Zahlenspiegel
2002

**Daten zu Tageseinrichtungen für Kinder
Kindertageseinrichtungen in Stadtteilen
mit besonderem Entwicklungsbedarf**



B

**Kindertageseinrichtungen in Stadtteilen
mit besonderem Entwicklungsbedarf**

1 Hintergrund und Fragestellung

Das Projekt Zahlenspiegel hat sich zum Ziel gesetzt, Daten der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik aufzubereiten und fachlich zu kommentieren. Daneben verfolgt es ein zweites Ziel: Es will etwas über die Arbeit von Kindertageseinrichtungen in solchen Stadtteilen herausfinden, in denen viele sozial benachteiligte Menschen wohnen und die „infolge sozialräumlicher Segregation davon bedroht sind, ins soziale Abseits abzurutschen“ (VV-Städtebauförderung 1999). Im Rahmen der Bund-Länder-Programme „Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ und „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C) wurden solche Gebiete identifiziert. Kinder wachsen dort öfters als anderswo unter erschwerten Bedingungen auf. Diese städtischen Quartiere – z.B. bezeichnet als „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“, „problembelastete Quartiere“ oder „soziale Brennpunkte“ – stellen deshalb für die Kinder- und Jugendhilfe große Herausforderungen dar.¹ Denn sie hat den Auftrag, zur Sicherung gleicher Lebenschancen für alle Kinder beizutragen. Benachteiligungen soll sie abbauen und vermeiden helfen. Kindertageseinrichtungen können hier eine große Bedeutung haben. Denn mit keinem anderen Feld der Jugendhilfe kommen Eltern so selbstverständlich und alltäglich in Berührung. Außerdem sind die Chancen, Entwicklungsgefährdungen abzuwenden oder abzuschwächen, umso größer, je jünger die Kinder sind. Die Anforderungen an die Kindertageseinrichtungen in diesen Gebieten sind von einem allgemeineren Interesse für die Kinder- und Jugendhilfe. Denn Armut und allgemeine materielle und soziale Benachteiligungen sind nicht auf bestimmte städtische Gebiete beschränkt, wenngleich sie sich dort deutlicher zeigen (vgl. z.B. Hock et al. 4/200, S. VII ff.).

Man hat inzwischen recht genaue Vorstellungen darüber, welche Folgen Armut und Arbeitslosigkeit der Eltern für Kinder haben können und unter welchen Voraussetzungen sie trotz schwieriger materieller Verhältnisse förderliche Bedingungen für ihre Entwicklung vorfinden (s. z.B. Hock et al. 4/2000). Diese Erkenntnisse lassen sich auf Kinder, die in „problembelasteten städtischen Gebieten“ leben, übertragen, wenn man nicht nur die materielle Unterversorgung von Familien im Blick hat. In solchen Gegenden zu wohnen bedeutet jedoch für Kinder und ihre Familien häufig, noch mit zusätzlichen Belastungen umgehen zu müssen (s. Häußermann 2000, S. 79). Speziell über die Belastungen für die Familien und insbesondere für die Kinder, die in den Programmgebieten

¹ Mit diesen Begriffen verbinden sich Vorstellungen, die nicht immer in der Wirklichkeit zutreffen müssen. So ist z.B. Häußermann der Meinung, die Rede von „sozialen Brennpunkten“ verleite zu der Annahme, die dort bestehenden Probleme könnten von einer „sozialen Feuerwehr“ leicht gelöscht werden. Er spricht lieber von problembelasteten Quartieren (vgl. Häußermann 2000, S. 77). Andererseits trage der Begriff „soziale Brennpunkte“ und wohl auch der der „problembelasteten Quartiere“ dazu bei, das negative Image, das sie sowieso schon genießen, noch zu bestärken. Deshalb wäre „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“, der Ausdruck, den das Programm „Soziale Stadt“ verwendet, besser (vgl. Hey 2001, S. 190).

wohnen, weiß man bis jetzt wenig.² Welchen Anforderungen sich Kindertageseinrichtungen in diesen Quartieren gegenübersehen, ist ebenfalls noch nicht in größerem Umfang untersucht worden.³

Die vorliegende Untersuchung will deshalb einen ersten Zugang zu den Bedingungen und der Arbeit von Kindertageseinrichtungen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – und zwar aus Sicht der LeiterInnen – gewinnen. Die Lage in den ausgewählten städtischen Gebieten kann damit zwar nicht umfassend beschrieben werden. Denn dazu wäre es notwendig, auch andere Perspektiven außer der der EinrichtungsleiterInnen zu berücksichtigen. Nicht zuletzt, weil Kindertageseinrichtungen einen großen Teil der Kinder und somit auch viele Eltern im Stadtteil erreichen, kommt den Einschätzungen der LeiterInnen jedoch große Bedeutung zu. Im Mittelpunkt stehen die folgenden Fragen:

- ♦ Was wissen die LeiterInnen von Kindertageseinrichtungen über die Lebenssituation der Kinder, die ihre Einrichtung besuchen? Wie schätzen Sie die Lebenssituation der Kinder ein?
- ♦ Unter welchen Bedingungen arbeiten Kindertageseinrichtungen in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf? Welche unterschiedlichen Ausgangslagen nehmen die LeiterInnen in den Stadtgebieten wahr?
- ♦ Wie arbeiten Kindertageseinrichtungen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf? Wie reagieren sie auf die Lebenssituationen der Kinder?

Um diese Fragen anzugehen, wurden zwei Zugänge gewählt: Der Fokus liegt auf einer schriftlichen Befragung der LeiterInnen aller Kindertagesstätten, die in den Gebieten des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ liegen. Ergänzt und vertieft werden die Ergebnisse der Fragebogenerhebung durch zwei Leitfadenterviews mit LeiterInnen.

² Die wissenschaftliche Begleitung des E & C-Programms, das Projekt „Netzwerke im Stadtteil“ im Deutschen Jugendinstitut, hat die stadtsoziologische Literatur über sozialräumliche Segregation in der Stadt gesichtet und kommentiert. In ihr geht es unter anderem um die Auswirkungen auf die Bewohner, jedoch nicht speziell um die Auswirkungen für Kinder (vgl. Kapphan, Dorsch, Siebert 2002). (Er kann beim Projekt „Netzwerke im Stadtteil – Wissenschaftliche Begleitung E & C“ am Deutschen Jugendinstitut angefordert werden.) Untersuchungen über die Armut von Kindern behandeln die Formen von Armut und die Auswirkungen auf die kindliche Entwicklung, der sozialräumliche Bezug steht jedoch nicht im Mittelpunkt (vgl. Walper 1999 und Hock et al. 4/2000).

³ Im Rahmen des Projekts „Orte für Kinder“ des Deutschen Jugendinstituts wurden z.B. unter anderem Kindertageseinrichtungen wissenschaftlich begleitet, die in Regionen lagen, in denen gehäuft Familien mit Belastungen und sozialer Benachteiligung leben. Kornelia Schneider hat dazu einen Beitrag geschrieben (Schneider 2001).

2 Theoretisch-konzeptioneller Rahmen

Dieser Abschnitt dient dazu, die Fragestellungen der Untersuchung in Zusammenhang mit bestehenden Forschungsergebnissen zu bringen. Dabei wird auf drei Themen eingegangen:

- ♦ Wie entwickeln sich „problembelastete städtische Quartiere“, und wirkt es sich für die Bewohner negativ aus, dort zu wohnen?
- ♦ Wie äußert sich Armut und soziale Benachteiligung bei Kindern, welche Einflussfaktoren gibt es?
- ♦ Unter welchen Bedingungen arbeiten Kindertageseinrichtungen in solchen „problembelasteten Quartieren“ und welche Rolle können sie dort spielen?

Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf

In der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung aus dem Jahr 1999 werden die Gebiete, die durch das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ gefördert werden sollen, folgendermaßen beschrieben:⁴

„In immer mehr Stadtteilen verschärfen sich soziale, wirtschaftliche und städtebauliche Probleme. Es sind Stadtteile, die infolge sozialräumlicher Segregation davon bedroht sind, ins soziale Abseits abzurutschen. Es handelt sich dabei meist um hochverdichtete, einwohnerstarke Stadtteile in städtischen Räumen, die im Hinblick auf ihre Sozialstruktur, den baulichen Bestand, das Arbeitsplatzangebot, das Ausbildungsniveau, die Ausstattung mit sozialer und stadtteilkultureller Infrastruktur, sowie die Qualität der Wohnungen, des Wohnumfelds und der Umwelt erhebliche Defizite aufweisen. Hinzu kommen auch Gebiete in Gemeinden, die zum Beispiel aufgrund ihrer peripheren Lage und zum Teil hierdurch bedingt – durch ihre Einwohnerstruktur ganz ähnliche Defizite aufweisen“ (VV-Städtebauförderung 1999).

Die räumliche Konzentration sozial Benachteiligter in den genannten Gebieten hat viele Gründe. Zwei Faktorenbündel lassen sich ausmachen: Sie ist einerseits die Folge sich verschärfender sozialer Ungleichheiten bei gleichzeitigen Wahl-

⁴ Die Kommunen wurden von den zuständigen Länderministerien dazu aufgerufen, geeignete Quartiere anzumelden. Die Auswahlkriterien ähneln sich zwar, sind aber nicht in allen Bundesländern und für alle Kommunen gleich. Die Auswahl beruht also nicht auf wissenschaftlichen Kriterien. Sie ist vielmehr das Ergebnis vieler Entscheidungen auf kommunaler und Länderebene. Wie in einzelnen Gesprächen mit AnsprechpartnerInnen für das Programm Soziale Stadt deutlich geworden ist, kann man nicht davon ausgehen, dass die Quartiere immer zu den problematischsten innerhalb einer Stadt zählen oder dass sie die einzigen „problembelasteten Quartiere“ dort sind. Dies kann zum Beispiel daran liegen, dass andere Stadtteile bereits im Rahmen eines kommunalen oder Landesprogramms gefördert werden. Die Verwaltungsvereinbarung des Bundesministeriums und die Ausschreibungen der Länder geben nur einen Rahmen vor, innerhalb dessen sich die Gebiete befinden. In der Verwaltungsvereinbarung wird auch die Höhe der Finanzhilfen des Bundes an die Länder (für das Programm Soziale Stadt) festgelegt (vgl. Deutsches Institut für Urbanistik Februar 2000, darin besonders: VV-Städtebauförderung 1999).

möglichkeiten bezüglich des Wohnstandorts. Finanziell besser gestellte Haushalte verlassen die Quartiere, die für sie aus verschiedenen Gründen nicht attraktiv sind, einkommensschwache Haushalte werden dort hineingedrängt bzw. können es sich nicht leisten wegzuziehen. Andererseits spielt häufig eine verfehlte Belegungspolitik von Wohnungsbauunternehmen oder die Sozialpolitik eine große Rolle: So fallen – aufgrund einer Entscheidung der Bundesregierung vor mehr als 10 Jahren, den sozialen Mietwohnungsbau nicht länger zu fördern – jährlich über 100.000 Wohnungen aus der Sozialbindung heraus, der Bestand an Sozialwohnungen ist stark gesunken. Laut Häußermann konzentrierte sich das geringere Angebot auf die jüngeren Bestände, die am Rande der Großstädte errichtet worden sind (vgl. Häußermann 2000, S. 77).

Hartmut Häußermann (2000) hat die Prozesse dargestellt, in deren Verlauf sich „problembelastete städtische Quartiere“ herausbilden, wobei sein Blick vor allem auf innerstädtische Quartiere in Großstädten gerichtet ist:⁵

Der Anteil der Menschen, die über lange Zeit arbeitslos sind, und die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen wachsen. Für einen Teil der Beschäftigten sinken die Realeinkommen. Gleichzeitig gibt es die Stadtbewohner, die im unternehmensorientierten Dienstleistungsbereich arbeiten und hohe Einkommen erzielen. Die zunehmende soziale Ungleichheit wirkt sich zunehmend auch auf die Bevölkerungsstruktur in den Städten aus. Denn diejenigen Haushalte, „die stabil und überdurchschnittlich am noch vorhandenen Wohlstand in unserem Lande teilhaben“ (Häußermann 2000, S. 77), würden Wohnstandorte am Rande oder außerhalb der Großstädte bevorzugen: Gründe sind die mangelnde Umweltqualität dicht besiedelter großstädtischer Gebiete, der Wunsch nach einem eigenen Garten, der Wunsch, Menschen, deren Lebensgewohnheiten man nicht teilt, nicht als Nachbarn zu haben. Ein Grund sei auch die Sorge deutscher Eltern, ihre Kinder hätten in Schulen, die von vielen Kindern nichtdeutscher Muttersprache besucht werden, schlechtere Bildungschancen. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Sorgen berechtigt sind oder nicht. Das Resultat ist dasselbe: Die Haushalte, die noch Wahlmöglichkeiten haben, verlassen nach und nach die innerstädtischen Quartiere. Der Anteil sozial benachteiligter Haushalte steigt.

Was Häußermann für innerstädtische Quartiere in größeren Städten beschreibt, gilt zum Teil auch für Gebiete in peripherer Lage. Laut ARGEBAU handelt es sich um „große Wohnsiedlungen aus der Nachkriegszeit und Wohnsiedlungen der abgezogenen Streitkräfte“ (ARGEBAU 2000, S. 3).⁶ Sie werden beschrieben als Siedlungen, die häufig nur unzureichend an den öffentlichen Nahverkehr angebunden sind und denen eine selbsttragende lokale Wirtschaft fehlt. Zum Teil wurden sie als „Schlafstädte“ konzipiert. Diese und andere Faktoren machen die Siedlungen für die Bewohner wenig attraktiv. Wie in den innerstädtischen Gebieten ziehen die, die es sich leisten können, nach und nach fort.

⁵ Die Ursachen sozialräumlicher Segregation in der Stadt haben Kapphan et al. (2002) in ihrer Aufarbeitung stadtsoziologischer Literatur zum Thema noch detaillierter beschrieben.

⁶ ARGEBAU steht für Ausschuss für Bauwesen und Ausschuss für Wohnungswesen. Sie haben einen Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ entworfen.

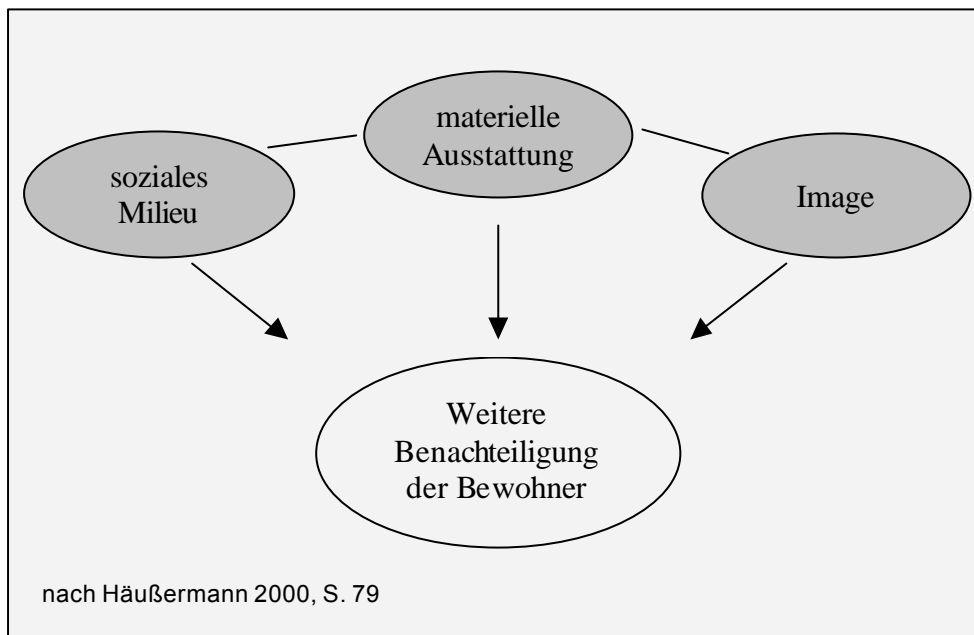
Die Konzentration sozial Benachteiligter liegt aber nicht nur an der Mobilität derer, die es sich leisten können. In Westdeutschland ist dafür häufig auch ein einseitiges Vergabesystem von Sozialwohnungen verantwortlich. In ostdeutschen Plattenbausiedlungen ist die soziale Durchmischung zwar höher als im Westen. Allerdings lässt sich auch dort beobachten, dass finanziell besser gestellte Familien und die jüngere Generation aus den Siedlungen abwandern. Eine große Rolle spielt die Zuzugspolitik der Wohnungsbaugesellschaften, die „ganze Wohnblöcke bevorzugt an Empfänger von Wohngeld [vermieten], an diejenigen, die aus anderen Stadtteilen verdrängt worden sind, weil der Bezug von Wohngeld die Mieteinnahme sichert“ (Böllert 2001, S. 174).

Nun werden segregierte Gebiete nicht immer als Problem betrachtet, nicht immer bedeuten sie erzwungene Isolation oder einen Ausschluss aus „der Gesellschaft“: Die „ethnischen Kolonien“ können z.B. für Zuwanderer einen Schutzraum und Übergangsort darstellen, „in dem sie sich auf der Grundlage der Anerkennung der Herkunftsidetität mit der neuen Heimat auseinandersetzen“ (Häußermann 2000, S. 78). Häußermann ist jedoch der Ansicht, dass die heutigen „problembelasteten Quartiere“ eher Orte der Ausgrenzung sind.

Um dies wirklich festzustellen, ist der Blick von außen zwar notwendig, er reicht jedoch nicht aus. Denn einem Außenstehenden können solche Quartiere oft ganz anders erscheinen als den Bewohnern selbst. Ob Quartiere auch von den Bewohnern als Orte der Ausgrenzung, als „problematische Viertel“ eingeschätzt werden, zeigt sich wohl am ehesten daran, ob die Bewohner freiwillig oder gezwungenermaßen dort leben. So wie sich Innen- und Außensicht oft unterscheiden, differieren auch die Einschätzungen von MitarbeiterInnen von Tageseinrichtungen für Kinder, von LehrerInnen, von LeiterInnen offener Treffs und von den Kindern und Jugendlichen selbst. Eine Befragung von LeiterInnen von Kindertageseinrichtungen erfasst also eine ganz spezifische Perspektive.

Wirkt sich nun die Konzentration sozial benachteiligter Menschen in diesen Quartieren zusätzlich benachteiligend für sie aus? Wachsen Kinder in diesen Quartieren unter erschwerten Bedingungen auf? Häußermann (2000) hat dazu Überlegungen zu drei Bündeln von Effekten angestellt, die er als soziales Milieu, materielle Ausstattung und Image bezeichnet: Erstens kann das Leben in einem solchen Quartier die Verhaltens- und Denkweisen der Menschen derart prägen, „dass sich die Mitglieder einer Kultur immer weiter von den Normen und Verhaltensweisen der Mainstream-Gesellschaft unterscheiden“ (Häußermann 2000, S. 79). Für Kinder und Jugendliche kann dies bedeuten, dass sie weniger Möglichkeiten haben, Erfahrungen mit „normalen“ sozialen Rollen zu machen. Zweitens ist die Wohnortqualität und die Ausstattung mit Infrastruktur (Kindertageseinrichtungen, offene Treffs für Jugendliche und Kinder, aber auch Einkaufsmöglichkeiten etc.) häufig mangelhaft. Drittens kann der schlechte Ruf des Quartiers die Handlungsmöglichkeiten der Bewohner beschränken.

Übersicht 1: Wie ein Quartier seine Bewohner zusätzlich benachteiligt



Ein Teil der Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf zeichnet sich dadurch aus, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund dort höher ist als anderswo.

Zu Menschen mit Migrationshintergrund zählen wir auch eingebürgerte MigrantInnen und deutsche Aussiedler aus den ehemaligen Ostblockstaaten. Gesonderte Zahlen über diese Gruppen sind kaum vorhanden, weil sie die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Der Ausländeranteil bezieht sich ausschließlich auf die Staatsbürgerschaft und ist somit vom Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund zu unterscheiden.

Im Folgenden soll dargestellt werden, wie Migration und die Entwicklungen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zusammenhängen: Häufiger als die deutsche Bevölkerung lebt der ausländische Bevölkerungsteil in Städten und Ballungsräumen. Innerhalb der Großstädte verteilt sich die ausländische Bevölkerung zudem oft sehr unterschiedlich über die Stadtteile. Ein Grund ist, dass die Chancen auf dem Wohnungsmarkt für Ausländer in Deutschland geringer sind als für den deutschen Bevölkerungsteil. Dabei spielen viele Faktoren eine Rolle: Dies sind unter anderem die im Durchschnitt größeren Familien, im Mittel geringere Einkommen, aber auch die Diskriminierung von Ausländern durch Vermieter (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer 2000 und Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 1997). Die schlechteren Chancen auf dem Wohnungsmarkt führen dazu, dass Familien mit Migrationshintergrund überproportional häufig in Gebieten leben, die für andere Bevölkerungsgruppen unattraktiv sind. Diskutiert wird über diese Entwicklungen oft mit den Schlagwörtern „Kolonie“ und „Getto“. Die folgenden Ausführungen aus dem Bericht der Bundesbeauftragten für Ausländerfragen aus dem Jahr 2000 machen dies deutlich:

„Als ‘Kolonien’ betrachtet, bieten sie Möglichkeiten der Identifikation und der emotionalen Stabilisierung in allen Phasen der Migration. Sie gewähren Schutz vor Diskriminierung und Marginalisierung und stellen vertraute Räume dar, in denen die für die jeweilige ethnische Gruppe bedeutsamen Einrichtungen, z.B. Gebetsräume, geschaffen werden können. Betrachtet man hingegen Stadtteile mit hohem Anteil nichtdeutscher Bevölkerung im negativen Sinne als „Getto“, so werden die problematischen Seiten deutlich: der verstärkte Wegzug der deutschen Bewohner; hohe Anteile nichtdeutscher Kinder und Jugendlicher in Kindergärten und Schule; wenige Kontakte und Berührungsmöglichkeiten mit der deutschen Umgebung. Der Beauftragten ist mehrfach berichtet worden, dass sich die Deutschkenntnisse der einzuschulenden Kinder mit ausländischem Pass – insbesondere bei Kindern türkischer und italienischer Herkunft – im Vergleich zu früheren Jahren deutlich verschlechtert haben. Ein Grund dafür neben anderen dürfte auch in der großen Dichte von Migranten in einzelnen Stadtteilen insbesondere der Großstädte zu suchen sein“ (Bundesbeauftragte für Ausländerfragen 2000, S. 174).

Stellt man nur die Begriffe „Kolonie“ und „Getto“ gegenüber, bleibt jedoch außer acht, dass eine sozial integrierte „community“ auch für den deutschen Bevölkerungsteil im Stadtteil positive Auswirkungen haben kann.

Soziale Benachteiligung und Armut von Kindern

Wenn Kinder in solchen Quartieren unter erschwerten Bedingungen aufwachsen, dann liegt das also einerseits an den Merkmalen des Quartiers, andererseits an der Lebenssituation ihrer Familien, die häufiger als anderswo sozial benachteiligt sind. Es besteht die Gefahr, dass sich gerade in den „problembelasteten städtischen Quartieren“ die soziale Benachteiligung der Eltern bei den Kindern fortsetzt.

Unter bestimmten Voraussetzungen können die Ergebnisse der Armutsforschung auf die Lage in diesen Quartieren übertragen werden, und zwar dann, wenn man Armut bzw. soziale Benachteiligung nicht allein am Einkommen festmacht (vgl. Preissing o.J., S. 19).⁷ Die AWO-ISS-Studie zu „Armut bei Kindern und Jugendlichen“ beschreibt die Lebenslage von Kindern in fünf Dimensionen: familiäre Armut, materielle Grundversorgung des Kindes, die „Versorgung“ im kulturellen Bereich, die „Versorgung“ im sozialen Bereich und die psychische und physische Lage. Sie „ermöglichen es, bezogen auf die kindlichen Lebensbedingungen den Spielraum der Entwicklungsmöglichkeiten und damit auch die Lebenschancen des Kindes einzuschätzen“ (Hock et al. 2/2000, S. 14).

⁷ Das kann jedoch keine Untersuchungen über die Lebenslagen von Menschen in den besagten Quartieren ersetzen. Die Ergebnisse der Armutsforschung dienen eher dazu, den Blick auf die Quartiere zu strukturieren.

Familiäre Armut ist rein auf das Einkommen bezogen. Als arm gilt ein Haushalt dann, wenn sein Einkommen unter der Hälfte des durchschnittlichen Einkommens aller Haushalte der gleichen Größe liegt (relative Einkommensarmut). Die Lebenslage von Kindern ist zwar eng mit der Lebenslage ihrer Eltern verknüpft, aber nicht damit gleichzusetzen. Man muss den Blick deshalb auf das Kind selbst richten und sich fragen, was unter Armutbedingungen beim Kind ankommt. Deshalb ist die Einkommenssituation der Familie von der materiellen Grundversorgung des Kindes selbst (Wohnen, Nahrung, Kleidung) und seinen materiellen Partizipationsmöglichkeiten zu unterscheiden. Neben dem materiellen Aspekt gibt es weitere: Die „Versorgung“ im kulturellen Bereich umfasst seine kognitive Entwicklung, sprachliche und kulturelle Kompetenzen und Bildung, im sozialen Bereich seine sozialen Kontakte und soziale Kompetenzen. Eine weitere Dimension ist die psychische und physische Lage der Kinder, für die wir auch den Begriff der „Befindlichkeit“ verwenden.

Soziale Benachteiligung und Armut sollten nicht als austauschbare Begriffe verwendet werden. So schreiben Hock et al.: „Von ‚Armut‘ wird immer und nur dann gesprochen, wenn ‚familiäre Armut‘ vorliegt, das heißt, wenn das Einkommen der Familie des Kindes bei maximal 50 Prozent des deutschen Durchschnittseinkommens liegt. Kinder, bei denen zwar Einschränkungen (...) in den genannten Lebenslagedimensionen festzustellen sind, jedoch keine familiäre Armut vorliegt, sind zwar als ‚arm dran‘ oder als benachteiligt zu bezeichnen, nicht jedoch als ‚arm‘“ (Hock et al., 4/2000, S. X).

In der AWO-ISS-Studie wurde u.a. untersucht, ob sich arme und nicht-arme Vorschulkinder in diesen zentralen Lebensbereichen unterscheiden. Es stellte sich heraus, dass „Armut bereits im Vorschulalter für Kinder mit Auffälligkeiten und einer schlechteren Lebenslage des Kindes einhergeht“ (Hock et al. 2/2000, S. 78). Arme Kinder erfahren in allen Lebensbereichen im Durchschnitt größere Einschränkungen als nicht arme Kinder. Es zeigte sich aber auch, dass neben familiärer Armut andere Faktoren die Lebenslage des Kindes beeinflussen: „Mehr als jedes dritte arme Kind, aber auch etwa jedes siebte nicht arme Kind gehört zur Gruppe der in mehreren zentralen Lebensbereichen eingeschränkten Kinder. Knapp jedes zweite nicht arme Kind, aber immerhin auch etwa ein Viertel der armen Kinder lebt im ‚Wohlergehen‘, ist also in keinem der zentralen Bereiche eingeschränkt. Die übrigen (jeweils etwa 40 Prozent) gehören zur Gruppe der ‚benachteiligten‘ Kinder“ (Hock et al. 4/2000, S. XI), d.h. in einigen wenigen Bereichen lassen sich Benachteiligungen feststellen.⁸

Bei armen Kindern scheinen vor allem Deutschkenntnisse auf Seiten mindestens eines Elternteils, das Fehlen von Überschuldung, nicht beengte Wohnverhältnisse, ein gutes Familienklima (erfasst durch: keine regelmäßigen Streitigkeiten) und regelmäßige gemeinsame Aktivitäten in der Familie das Wohlergehen des Kindes zu begünstigen (vgl. Hock et al. 2/2000, S. 81).

⁸ Eine Übersicht über die Konsequenzen von Armut für die Entwicklung von Kindern gibt Walper (1999). Siehe auch die Zwischenberichte, vor allem Band 3 und 4, und den Abschlussbericht des AWO-ISS-Projekts (Hock et al. 1/2000, Hock et al. 2/2000 und Hock et al. 4/2000)

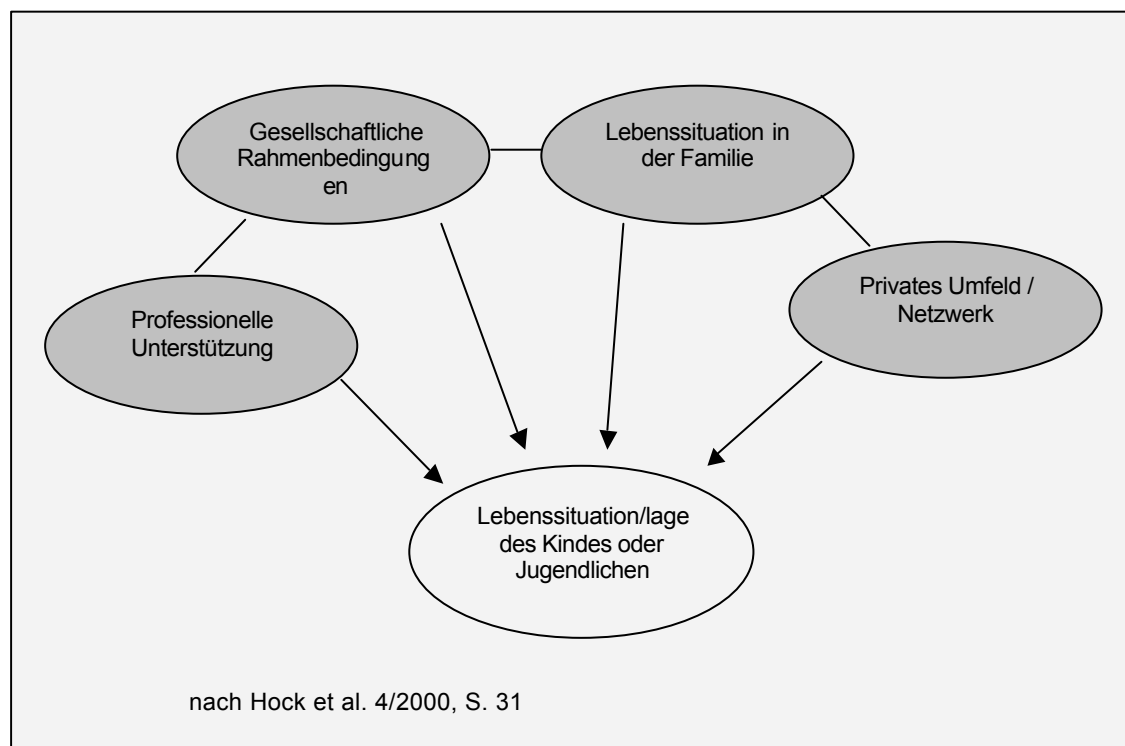
Von familiärer Armut kann also nicht eindeutig auf die Entwicklung des Kindes geschlossen werden. Entscheidend ist vielmehr, wie die Familienmitglieder mit dem materiellen Mangel umgehen und auf welche Ressourcen sie zurückgreifen können (vgl. Preissing o.J., S. 32).

Mehrere Faktoren haben Einfluss auf die Lebenslagen von Kindern und können ihre Entwicklung fördern oder einschränken (siehe die folgende Abbildung). Hock et al. (4/2000) nennen:

- ♦ Gesellschaftliche Rahmenbedingungen: Arbeitsmarktlage, Arbeitslosigkeit, sozial- und familienpolitische Regelungen, Asylgesetzgebung etc.;
- ♦ die Lebenssituation in der Familie: Einkommen, Wohnsituation, Wohnumgebung, soziale und kulturelle Kompetenzen der Eltern, Familienklima, emotionale Zuwendung, Familiengröße, Kinderzahl, Familientypus etc.;
- ♦ das private Umfeld der Familie: Hilfestellung von Freunden, Verwandten, Nachbarn, aber auch soziale Vergleiche (mit Bessergestellten);
- ♦ und die professionelle Unterstützung: Zugangsmöglichkeiten zu professionellen Angeboten (Kindertageseinrichtungen, Schulen, andere Hilfen), ihre Ausgestaltung und Qualität.

Der Fokus unserer Untersuchung liegt auf der Lebenssituation in der Familie und der professionellen Unterstützung durch die Kindertageseinrichtung.

Übersicht 2: Einflussfaktoren auf die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen



Bedingungen im Stadtteil und die Arbeit der Kindertageseinrichtungen

Die Vorgehensweise und Ergebnisse der AWO-ISS-Armutstudie und die Überlegungen von Häußermann zu „problembelasteten städtischen Quartieren“ sind Ausgangspunkte für unsere Untersuchung. Die Lage im Stadtteil, die Lebenssituation der Familien, in denen die Kinder aufwachsen, und die soziale Mischung in der Einrichtung sind Bedingungen, unter denen die MitarbeiterInnen einer Kindertageseinrichtung arbeiten. Auf irgendeine Weise wird eine Einrichtung darauf reagieren, indem sie z.B. ihre Konzeption bzw. die eigene Arbeit dahingehend weiterentwickelt oder indem sie versucht, in Gesprächen mit Eltern auf die Lebenssituation der Kinder in ihren Familien einzuwirken. Andere Bedingungen wie zum Beispiel den Ruf des Stadtteils wird sie eher als gegeben hinnehmen müssen. Im Rahmen der schriftlichen Befragung haben wir diese Bedingungen auf folgende Punkte zugespitzt:

- ♦ Der Ruf, den der Stadtteil in der Gesamtstadt genießt, hat Einfluss auf die Handlungsmöglichkeiten der Bewohner. Er kann auch auf die Kindertageseinrichtungen im Stadtteil „abfärben“. Eltern können deshalb versuchen, ihre Kinder in „besser situierten“ Einrichtungen unterzubringen. Eine weitere soziale Entmischung in den Einrichtungen ist die Folge.
- ♦ Die Ausstattung des Quartiers mit Kindertageseinrichtungen, mit Erholungsmöglichkeiten, Schulen etc. ist ein Faktor, der die Lebensqualität erhöht. Gleichzeitig stellen andere Einrichtungen mögliche Kooperationspartner für die Kindertageseinrichtungen dar. Grünflächen oder Spielplätze können von Einrichtungen mit kleinem oder gar keinem Außenbereich genutzt werden. Neben der Ausstattung wurde auch eine Art subjektives Stimmungsbild des Quartiers erhoben. Es ist anzunehmen, dass solche subjektiven Eindrücke ebenso wie der Ruf Ausdruck für die Attraktivität eines Stadtteils – für die Bewohner und Außenstehende – sind.
- ♦ In der AWO-ISS-Studie wird die Lebenssituation der Familie als ein Faktor genannt, der die Lebenslage der Kinder stark beeinflusst. Dazu zählen die finanzielle Situation und die Wohnsituation, aber auch die sozialen und kulturellen Kompetenzen der Eltern, das Familienklima, die emotionale Zuwendung zum Kind und andere. Ob sich eine Familie auf die Unterstützung von Freunden, Bekannten und Verwandten verlassen kann (bei Hock et al.: das private Umfeld der Familie), ist ebenfalls von Bedeutung. Dies haben wir auch die LeiterInnen gefragt.⁹ Damit können wir der Frage nachgehen, wie gut die LeiterInnen von Kindertageseinrichtungen eigentlich über die Lebenssituation der Familien Bescheid wissen.
- ♦ Es kann geklärt werden, ob sich die Bevölkerungsstruktur des Einzugsgebiets in der Zusammensetzung der Kinder in der Einrichtung, mit anderen Worten: in der sozialen Mischung, widerspiegelt.

⁹ Auf die Lebenslage der Kinder selbst wurde nicht eingegangen. Inwieweit es die Eltern schaffen, trotz schwieriger materieller Verhältnisse ihren Kindern gute Entwicklungsbedingungen zu bieten, lässt sich also nicht feststellen.

- Wir fragen danach, wie viele Kinder in der Einrichtung aus Familien kommen, die nach Deutschland eingewandert sind (Kinder mit Migrationshintergrund). Darunter verstehen wir, dass die Kinder selbst, ihre Eltern oder ihre Großeltern nach Deutschland eingewandert sind. Es spielt hier keine Rolle, ob die Kinder die deutsche oder eine andere Staatsbürgerschaft besitzen, ob sie einen deutschen und einen nichtdeutschen Elternteil haben oder welcher ethnischen Herkunft sie sind. Auch deutschstämmige AussiedlerInnen sind damit gemeint. Außerdem wird gefragt, wie viele Kinder nicht in Deutschland geboren sind und wie viele neben Deutsch noch weitere Sprachen sprechen.

Die Arbeit von Schulen, Kindertageseinrichtungen und anderen Hilfen wird in der AWO-ISS-Untersuchung mit dem Begriff der professionellen Unterstützung belegt. In welchen Bereichen können Kindertageseinrichtungen nun grundsätzlich auf günstige Entwicklungsbedingungen der Kinder hinwirken, welche Rolle können sie spielen? Wir beziehen uns im Folgenden im Wesentlichen auf Überlegungen von Christa Preissing (o.J.).¹⁰

- Prinzipiell besteht die Möglichkeit, über sozialpolitische Aktivitäten, Gemeinwesenarbeit und die Mitarbeit in Gremien wie dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss die Situation des Stadtteils verbessern zu helfen.
- Viele Mütter können nur dann arbeiten, wenn ihre Kinder in Kindertageseinrichtungen untergebracht sind. Schon allein deshalb ist eine ausreichende Versorgung mit Plätzen im Stadtteil von Bedeutung. Durch ihren selbstverständlichen und alltäglichen Kontakt mit den Eltern können Kindertageseinrichtungen zudem die Lebenssituation in den Familien auf vielerlei Weise verbessern helfen: sie können angemessene Öffnungszeiten bieten, die Eltern bei erzieherischen und finanziellen Fragen beraten oder an einschlägige Dienste weitervermitteln, sie können den Kontakt zu Erziehungsberatungsstellen herstellen, in der Einrichtung Gelegenheiten schaffen, bei denen sich Eltern austauschen können und bei ihrer Zusammenarbeit mit Eltern ihre Bereitschaft und Kompetenzen in der Erziehungspartnerschaft nutzen. Die LeiterInnen wurden deshalb nach ihrer Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und mit den Eltern befragt.
- Schließlich können die Einrichtungen die Lebenslagen der Kinder (in ihren materiellen, kulturellen, sozialen und psychisch/physischen Dimensionen) direkt verbessern und Entwicklungsgefährdungen zu beeinflussen versuchen, die mit dem Leben in benachteiligten Quartieren unter schwierigen Bedingungen häufig einhergehen. So können ErzieherInnen mit den Kindern viel draußen unternehmen, um ihnen Erfahrungen zu ermöglichen, die sie zu Hause nicht machen, oder sie schaffen einen Rahmen, der den Kindern emotionale Sicherheit bietet. In der schriftlichen Befragung haben wir uns auf zwei Bereiche beschränkt: die Sprachförderung bei mehrsprachigen Kindern und den Umgang mit „Armut“. Genauer betrachtet zielt die Frage nach dem Umgang mit „Armut“ auf mehrere Aspekte ab, und zwar erstens auf materielle Notlagen oder

¹⁰ Mit der Frage, welchen Anforderungen sich Kindertageseinrichtungen in sozialen Brennpunkten gegenübersehen, hat sich Christa Preissing (o.J.) ausführlicher auseinandergesetzt. Wir haben daraus Teile herausgegriffen.

geringe Einkommen der Familien und zweitens darauf, was „unter Armutsbedingungen bei den Kindern ankommt“ (z.B. ihre materielle Versorgung, ihre kognitive Entwicklung, sprachliche, kulturelle und soziale Kompetenzen und ihre psychische und physische Lage).

Die Befragung will aber nicht nur den Ist-Zustand erfassen. Kindertageseinrichtungen, die in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf arbeiten, setzen sich täglich mit dem Leben der Kinder auseinander. Sie haben deshalb Vorstellungen darüber, welche Angebote und Maßnahmen erforderlich sind und wo es Verbesserungsbedarf gibt. Übersicht 3 gibt die Themen der schriftlichen Befragung wieder:

Übersicht 3: Themen der schriftlichen Befragung von LeiterInnen

Grunddaten der Einrichtung	Betreute Altersgruppen Öffnungszeiten Trägerschaft
Situation im Stadtteil	Ruf des Quartiers Ausstattung des Quartiers Subjektives Stimmungsbild der LeiterInnen über das Daten zur Einordnung: Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug, Wohnqualität, soziale Mischung in der Einrichtung
Lebenssituation in der Familie	Einkommenssituation Wohnsituation Deutschkenntnisse Kinderzahl Familienklima emotionale Zuwendung Unterstützung der Familie durch Freunde, Verwandte, Nachbarn
Arbeit der Einrichtungen	thematische Schwerpunkte Sprachförderung bestehende Angebote und Maßnahmen Umgang mit Armut Zusammenarbeit mit den Eltern - Formen, Hindernisse
Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, Mitarbeit in Gremien	Mitarbeit in Gremien Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, Zufriedenheit Hindernisse bei der Zusammenarbeit
Erforderliche Maßnahmen	erforderliche Angebote und Maßnahmen sonstige Forderungen und Kritik

3 Empirische Grundlage

Gegenstand der Untersuchung sind Kindertageseinrichtungen in den Gebieten des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“.¹¹ Durch die Verknüpfung mit dem Programm war es nicht mehr notwendig, solche Stadtgebiete eigens zu identifizieren. Der nächste Schritt bestand darin, an die Adressen der Kindertageseinrichtungen in den ausgewählten Gebieten zu gelangen. Das DJI-Projekt „Netzwerke im Stadtteil“, das das Komplementärprogramm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ in denselben Gebieten wissenschaftlich begleitet, hat deshalb im Juni 2001 die betreffenden Schulverwaltungsämter angeschrieben und um die Adressen aller in den Programmgebieten liegenden Schulen und Kindertageseinrichtungen gebeten. Die Liste der Kindertageseinrichtungen wurde dem Projekt „Zahlenspiegel“ zur Verfügung gestellt.

Zum Zeitpunkt der Recherche umfasste die aktuellste Liste der Programmgebiete vom 30. November 2000 215 Standorte in 157 Städten.¹² Die Schulverwaltungsämter haben die Anfrage zu den Kindertageseinrichtungen – die ja nur selten in ihrem Zuständigkeitsbereich liegen – meistens an das zuständige Jugendamt weitergegeben. In anderen Fällen wurde sie von den Schulverwaltungsämtern selbst oder der Stadtverwaltung bearbeitet und dem Deutschen Jugendinstitut mitgeteilt.

Bis Anfang November 2001 waren Adressen aus 115 Städten bzw. 157 Programmgebieten eingegangen. Die Adressen lagen somit für knapp drei Viertel der Programmgebiete vor (s. Übersicht 4 nachfolgende Seite). Insgesamt umfasste die Liste 1.213 Einrichtungen aus allen Bundesländern.

Bei genauerem Durchsehen der Adressen und einigen Nachfragen bei AnsprechpartnerInnen für das Programm „Soziale Stadt“ auf kommunaler Ebene wurde deutlich, dass nicht alle angegebenen Einrichtungen tatsächlich in den Programmgebieten liegen. Offenbar wussten die befragten Institutionen nicht immer über die genauen Abgrenzungen der Programmgebiete Bescheid. Dies ist nicht so verwunderlich, weil die Quartiersgrenzen häufig nicht mit den Stadtbezirksgrenzen übereinstimmen.

¹¹ Sofern nicht eigens vermerkt, beziehen sich alle folgenden Aussagen und Übersichten ausschließlich auf Kindertageseinrichtungen in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf, aus denen wir Adressen erhalten haben.

¹² Bremen und Bremerhaven haben wir dabei jeweils als eine Stadt gezählt, Berlin und Hamburg ebenfalls als jeweils eine Stadt.

Aus diesem Grund wurden alle kommunalen oder lokalen AnsprechpartnerInnen des Programms „Soziale Stadt“ telefonisch oder schriftlich danach befragt, ob die Adressen tatsächlich im jeweiligen Quartier liegen. Von 141 kontaktierten Personen haben sich nur 18 nicht gemeldet, so dass für 62 Kindertageseinrichtungen nicht noch einmal überprüft werden konnte, ob sie sich tatsächlich in einem Programmgebiet befinden. In diesem Fall haben wir uns auf die Informationen aus der ersten Recherche verlassen.

Übersicht 4: Anzahl der Programmgebiete „Soziale Stadt“ am 30.11.2000 und Programmgebiete in der Untersuchung nach Bundesländern

	Programm- gebiete gesamt *	Programmgebiete in der Untersuchung	
		Gebiete	in %
Deutschland insgesamt	215	157	73,0
Brandenburg	8	7	87,5
Berlin**	15	6	40,0
Baden-Württemberg	7	6	85,7
Bayern***	30	25	83,3
Bremen	16	15	93,8
Hessen	19	12	63,2
Hamburg	5	4	80,0
Mecklenburg-Vorpommern	8	6	75,0
Niedersachsen	14	9	64,3
Nordrhein-Westfalen	33	27	81,8
Rheinland-Pfalz	11	7	63,6
Schleswig-Holstein	7	7	100,0
Saarland	14	8	57,1
Sachsen	12	6	50,0
Sachsen-Anhalt	9	7	77,8
Thüringen	7	5	71,4

* am 30.11.00 laut difu

** In Berlin ist auch das Gebiet „Reuterkiez“ enthalten. Es ist zwar noch kein Programmgebiet, jedoch bereits als solches ausgewiesen.

*** „München - Mittlerer Ring“ ist bis Anfang 2002 noch kein Programmgebiet gewesen, es wurden deshalb keine Tageseinrichtungen angeschrieben. Auf der Liste des difu ist es aber bereits enthalten.

Aus Zeitmangel war es nicht möglich, zunächst die Richtigkeit aller Adressen zu überprüfen und dann die Fragebögen zu verschicken. Deshalb wurden auch Kindertageseinrichtungen angeschrieben, bei denen sich später herausstellte, dass sie nicht innerhalb der ausgewählten Gebiete liegen. Die Fragebögen, 71 an der Zahl, die nicht in den erhebungsrelevanten Gebieten liegen, gehen nicht in die Untersuchung mit ein. Übersicht 5 gibt einen Überblick darüber, wie viele der Einrichtungen, von denen wir Fragebögen erhalten haben, in den Programmgebieten liegen:

Übersicht 5: Eingegangene Fragebögen und ihr Standort

	Einrichtungen	in %
Einrichtungen, die den Fragebogen ausgefüllt haben	497	100,0
davon ...		
im Programmgebiet	336	67,6
im Programmgebiet laut 1. Info*	62	12,5
haben ihr Einzugsgebiet dort liegen außerhalb	27	5,4
	72	14,5
Einrichtungen, die wir berücksichtigt haben**	419	84,3
* nur solche, die im Programmgebiet liegen oder ihr Einzugsgebiet dort haben. 6 Einrichtungen sind nicht enthalten, weil sie keine Kindertageseinrichtungen sind.		

Insgesamt wurden Mitte November 1.142 Einrichtungen in 157 Programmgebieten in 115 Städten angeschrieben und die LeiterInnen darum gebeten, den Fragebogen auszufüllen¹³ und spätestens bis Ende November 2001 an das Deutsche Jugendinstitut zurückzuschicken. Mitte Dezember haben wir die Einrichtungen, die noch nicht geantwortet hatten, erneut angeschrieben und die Frist bis Mitte Januar 2002 verlängert.

Die Anfrage wurde an die EinrichtungsleiterInnen gerichtet, ohne zuvor Rücksprache mit dem Städte- und Gemeindebund, den Jugendämtern oder anderen Trägern gehalten zu haben, was dazu führte, dass wir aus einzelnen Gebieten überhaupt keine Antwort bekamen.

In Telefongesprächen mit EinrichtungsleiterInnen, VertreterInnen von Trägern und Jugendämtern und durch die Recherche bei AnsprechpartnerInnen des Programms „Soziale Stadt“ wurde deutlich, dass die angeschriebenen Einrichtungen zum Teil nicht im Programmgebiet liegen, keine Kindertageseinrichtungen sind, doppelt angeschrieben wurden oder dass sie umgezogen oder unbekannt waren. Ausgewertet werden nur Fragebögen von Kindertageseinrichtungen in den Programmgebieten, allerdings mit einer Ausnahme: Manchmal stellte sich heraus, dass Einrichtungen zwar nicht innerhalb der Grenzen des Gebiets liegen, doch größtenteils von Kindern aus dem Quartier besucht werden. In diesem Fall werden die Fragebögen zwar berücksichtigt, die Angaben zum Umfeld der Kindertageseinrichtung jedoch nicht ausgewertet. Übersicht 6 auf der nachfolgenden Seite gibt die Größenordnung wieder.

¹³ Bei 91 Einrichtungen hatten wir zu diesem Zeitpunkt bereits klären können, dass sie nicht im Programmgebiet liegen. So erklärt sich die Differenz zu den 1.213 Adressen.

Übersicht 6: Auswahlgesamtheit, nicht relevante Adressen und Rücklaufquote

	Einrichtungen	Anteil an allen Adressen in %
Adressen aller Kindertageseinrichtungen	1213	100,0
davon ...		
nicht im Programmgebiet	297	24,5
keine Kindertageseinrichtung	24	2,0
doppelt angeschrieben	3	0,2
mit falscher Adresse / umgezogen	7	0,6
Bruttostichprobe / Auswahlgesamtheit	882	72,7
davon zurückgekommen und in der Auswahlgesamtheit*	419	
Rücklaufquote in %**	47,5	

* Von einer Einrichtung haben wir erfahren, dass sie zwar im Programmgebiet liegt, jedoch nicht von Kindern aus dieser Gegend besucht wird. Diesen Fragebogen haben wir nicht mit aufgenommen.
** Eingegangene relevante Fragebögen im Verhältnis zur Auswahlgesamtheit

Ein Blick auf die Verteilung der eingegangenen Fragebögen zeigt, dass sie aus allen Bundesländern kommen, der Rücklauf liegt zwischen 14 % in Mecklenburg-Vorpommern und 70 % in Hessen.

Innerhalb eines Gebietes wurden zwischen 1 und 33 Einrichtungen angeschrieben. Dies kann zum Teil an einer unterschiedlich hohen Versorgung liegen, aber auch an der Größe der Gebiete. Beispielsweise wohnten 1999 nur 400 Menschen innerhalb der Schalthausiedlung in Merzig (Saarland), im Programmgebiet Duisburg-Marxloh dagegen 21.600 (vgl. difu 2000, Gemeinden und Gebiete des Programmjahres 1999). Aus 20 (von 155) Gebieten kam überhaupt keine Antwort, was vermuten lässt, dass sich dort die zuständigen Träger gegen eine Teilnahme gewandt haben, weil die Umfrage zuvor nicht mit ihnen abgesprochen war. Auch der Anteil der Einrichtungen innerhalb eines Gebietes, die geantwortet haben, ist unterschiedlich hoch: Er schwankt zwischen 10 % (von insgesamt 10 Einrichtungen!) und 100 % bzw. 1 und 17 Einrichtungen.¹⁴

¹⁴ vgl. dazu im Anhang die Liste aller Programmgebiete, aus denen Kindertageseinrichtungen angeschrieben wurden

Übersicht 7: Rücklauf nach Bundesländern

	Eingegangene Fragebögen*	Auswahl-gesamtheit	Rücklaufquote
Baden-Württemberg	17	25	68,0
Bayern	56	83	67,5
Berlin	23	59	39,0
Brandenburg	23	41	56,1
Bremen	29	84	34,5
Hamburg	18	34	52,9
Hessen	33	47	70,2
Mecklenburg-Vorpommern	3	22	13,6
Niedersachsen	17	31	54,8
Nordrhein-Westfalen	121	255	47,5
Rheinland-Pfalz	17	31	54,8
Saarland	13	27	48,1
Sachsen	14	44	31,8
Sachsen-Anhalt	14	45	31,1
Schleswig-Holstein	14	41	34,1
Thüringen	7	13	53,8
Gesamt	419	882	47,5

* Nur Einrichtungen aus der Auswahlgesamtheit, also Kindertageseinrichtungen, die im Programmgebiet liegen oder ihr Einzugsgebiet dort haben

Es gibt keine eindeutigen Anzeichen, dass die Einrichtungen, die geantwortet haben, sich von denen, die nicht geantwortet haben, systematisch unterscheiden, systematische Verzerrungen lassen sich aber auch nicht ausschließen. Der Rücklauf von knapp der Hälfte der Einrichtungen ist befriedigend. Die relativ großen Differenzen in den Rücklaufquoten zwischen den Bundesländern und die geringe Anzahl von Einrichtungen innerhalb der meisten Programmgebiete verbieten jedoch detaillierte Vergleiche zwischen Bundesländern und zwischen den einzelnen Quartieren.

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung von LeiterInnen von Kindertageseinrichtungen wird ergänzt durch Informationen über die Quartiere, die das Deutsche Institut für Urbanistik (difu) im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Programms „Soziale Stadt“ erhoben hat, und durch zwei Leitfadenterviews mit LeiterInnen. Bei einigen Fragen können wir außerdem unsere Befunde mit den Ergebnissen einer Erhebung der wissenschaftlichen Begleitung des E & C-Programms bei LeiterInnen von Einrichtungen der Jugendhilfe – zu einem großen Teil im Bereich Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit – vergleichen.¹⁵

¹⁵ Die wissenschaftliche Begleitung des Programms hat LeiterInnen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in den zwölf Modellgebieten des Programms mit einem teilstandardisierten Fragebogen befragt. Die Befunde beruhen auf 163 verwertbaren Fragebögen. Anders als bei unserer Befragung standen hier Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit im Mittelpunkt. Ergebnisse der Erhebung finden sich in: DJI-Projekt Netzwerke im Stadtteil - Wissenschaftliche Begleitung E & C, 2002a und 2002b.

4 Befunde der schriftlichen Befragung

Grunddaten über die Tageseinrichtungen

Im Hinblick auf die betreuten Altersgruppen unterscheiden sich die Kindertageseinrichtungen in den ausgewählten Quartieren nur wenig von den nicht ausgewählten. Es überwiegen mit 76 % die traditionellen Einrichtungsarten, die Kinder in altersspezifischen Gruppen betreuen, allerdings nicht ganz so deutlich wie in Deutschland insgesamt (81 %). Auch in den ausgewählten Quartieren stellen Tageseinrichtungen für Kinder von 3 Jahren bis zum Schuleintritt, also Kindergärten, den größten Anteil (knapp 40 %), allerdings nicht so deutlich wie in Deutschland insgesamt (über 60 %). Dies liegt vor allem an dem in unsere Befragung aufgenommenen größeren Anteil von kombinierten Einrichtungen, die Kindergartenkinder betreuen.

Übersicht 8: Kindertageseinrichtungen nach betreuten Altersgruppen in Deutschland am 31.12.1998 und in der Befragung

Kindertageseinrichtungen nach betreuten Altersgruppen	in Deutschland am 31.12.1998	in der Befragung im Winter 2001/2002
	in %	in %
Traditionelle Einrichtungen zusammen*	81,3	76,0
Altersspezifische Einrichtungen	71,7	49,0
davon ...		
<i>Kinderkrippen</i>	1,4	1,4
<i>Kindergärten</i>	62,5	38,7
<i>Horte</i>	7,8	8,9
Kombinierte Einrichtungen	9,6	26,9
davon ...		
<i>für Krippen- und Kindergartenkinder</i>	3,0	7,5
<i>für Krippen- und Hortkinder</i>	<0,1	0,0
<i>für Kindergarten- und Hortkinder</i>	3,3	13,0
<i>für Krippen-, Kindergarten- und Hortkinder</i>	3,3	6,5
Einrichtungen mit alterserweiterten Gruppen	11,0	9,1
Einr. mit traditionellen u. alterserw. Gruppen	7,7	14,9
Alle Kindertageseinrichtungen	100,0	100,0

* Altersspezifische Einrichtungen und kombinierte Einrichtungen zusammen

Quelle/Berechnungsgrundlage: Statistisches Bundesamt: Fachserie 13, Reihe 6.3.1. 1998, eigene Befragung

In Bezug auf ihre Trägerschaft unterscheiden sich die befragten Einrichtungen kaum von anderen in Deutschland. Die öffentlichen Träger sind etwas weniger vertreten als freie Träger. Knapp ein Drittel der Kindertageseinrichtungen

haben kirchliche Träger, nichtkirchliche und sonstige Träger machen jeweils etwa 15 % aus.

Knapp ein Zehntel der Einrichtungen (9 %) sind Elterninitiativen oder andere private Initiativen. Vergleicht man diese mit den Zahlen des Statistischen Bundesamts, zeigt sich, dass ihr Anteil in Deutschland insgesamt lediglich um einen Prozentpunkt niedriger liegt.

Der größte Teil der Einrichtungen hat ganztags geöffnet und bietet ein Mittagessen an (80 %). Wie viele Kinder dies in der Einrichtung in Anspruch nehmen können, ist damit noch nicht gesagt. Denn auch wenn nur für einige wenige Kinder in der Einrichtung ein Ganztagsplatz zur Verfügung steht, wurde sie als Einrichtung gezählt, die ganztags geöffnet hat (und ein Mittagessen anbietet).

Übersicht 9: Grundinformationen über die befragten Kindertageseinrichtungen in den ausgewählten Quartieren

	Einrichtungen	in %
Trägerschaft		
öffentlicher Träger	161	38,5
kirchlicher freier Träger	133	31,8
nicht kirchlicher freier Träger	59	14,1
sonstiger Träger	65	15,6
<i>Gesamt</i>	<i>418</i>	<i>100,0</i>
keine Angabe	1	0,2
Öffnungszeiten und das Angebot eines Mittagessens		
vormittags ohne Mittagessen	20	4,9
vormittags bis nach dem Mittagessen	9	2,2
nachmittags ohne Mittagessen	4	1,0
nachmittags mit Mittagessen	5	1,2
ganztags mit Mittagessen	328	79,6
vor- und nachmittags ohne Mittagessen	46	11,2
<i>Gesamt</i>	<i>412</i>	<i>100,0</i>
keine Angabe	7	1,7
Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung		

Informationen über die Quartiere

Informationen über die Quartiere beruhen auf zwei Quellen: einerseits auf Daten des Deutschen Instituts für Urbanistik (difu), andererseits auf den Ergebnissen der eigenen Befragung.¹⁶ Im Hinblick auf die eigene Befragung ist zu beachten, dass es um Einschätzungen der LeiterInnen geht. Wenn man „harte Fakten“ über einen Stadtteil erwartet, erscheint dies als Nachteil. Der Vorteil

¹⁶ Die difu-Informationen über die Quartiere wurden allen Einrichtungen zugewiesen, auch solchen, die sich nicht im Quartier befinden, aber ihr Einzugsgebiet dort haben, bei den Aussagen der EinrichtungsleiterInnen über die Quartiere werden dagegen nur die Einrichtungen berücksichtigt, die im Gebiet liegen. Deshalb unterscheidet sich die Zahl der jeweils gültigen Fälle.

dieser Herangehensweise besteht jedoch gerade darin, dass es nicht die „objektiven Fakten“ an sich sind, auf deren Grundlage die LeiterInnen handeln, sondern ihre Einschätzung der Lage, die sowohl von der tatsächlichen Lage als auch von der Wahrnehmung, der Sensibilität und der Bewertung der befragten LeiterInnen abhängt.

Die EinrichtungsleiterInnen innerhalb desselben Quartiers sind sich in ihren Einschätzungen bezüglich des Einzugsgebiets nicht immer einig. Wir können auf der Grundlage der Befragung jedoch nicht entscheiden, ob die LeiterInnen tatsächlich mit unterschiedlichen Ausgangslagen konfrontiert sind oder diese nur unterschiedlich einschätzen. Dies hat seinen Grund unter anderem darin, dass wir nicht mit Sicherheit sagen können, ob sich die LeiterInnen tatsächlich genau auf das ausgewählte Gebiet beziehen: Sowohl in den Leitfadenterviews als auch in Telefonaten mit LeiterInnen zeigt sich, dass viele von dem Programm „Soziale Stadt“ beziehungsweise „E & C“ noch nichts gehört hatten. Außerdem sind Stadtteilsgrenzen und Quartiersgrenzen nicht immer identisch.

Allgemeine Informationen

Nach den Informationen des difu liegt ein Großteil der Einrichtungen in Städten mit 100.000 und mehr Einwohnern, knapp ein Drittel befindet sich in Städten ab einer halben Million und immerhin fast ein Drittel liegt aber auch in Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern.

Übersicht 10: Ausgewählte Standortmerkmale der befragten Kindertageseinrichtungen

	Einrichtungen	in %
Einrichtungen nach Gemeindegrößenklassen		
weniger als 100.000 Einwohner	103	28,7
100.000 bis u. 500.000 Einwohner	150	41,8
500.000 und mehr Einwohner	106	29,5
<i>Gesamt</i>	359	100,0
keine Angabe	60	14,3
Einrichtungen nach dem Anteil arbeitsloser Personen im Quartier und in der Stadt insgesamt		
Anteil im Quartier niedriger als in der Gesamtstadt	7	3,7
0 bis u. 5 % über Anteil in der Gesamtstadt*	109	57,1
5 bis u. 10 % über Anteil in der Gesamtstadt	47	24,6
10 % und mehr über Anteil in der Gesamtstadt	28	14,7
<i>Gesamt</i>	191	100,0
keine Angabe	228	54,4
Einrichtungen nach dem Ausländeranteil im Quartier und in der Stadt gesamt		
Anteil im Quartier geringer als in der Gesamtstadt	29	8,7
0 bis u. 5 % über Anteil in der Gesamtstadt*	69	20,7
5 bis u. 10 % über Anteil in der Gesamtstadt	84	25,2
10 bis u. 15 % über Anteil in der Gesamtstadt	56	16,8
15 bis u. 20 % über Anteil in der Gesamtstadt	37	11,1
20 % und mehr über Anteil in der Gesamtstadt	58	17,4
<i>Gesamt</i>	333	100,0
keine Angabe	86	25,8

* Gemeint sind Prozentpunkte.

Quelle/
Berechnungsgrundlage:
Daten des Deutschen Instituts für Urbanistik, eigene Befragung

Anteil arbeitsloser Personen höher ist als in der Stadt insgesamt¹⁷ und nur 7 Einrichtungen liegen in Gebieten, in denen dieser Anteil niedriger liegt.

Der Ausländeranteil liegt in den Quartieren im Osten Deutschlands (mit den Quartieren im ehemaligen Ostberlin) im Durchschnitt bei 4 %, in den westlichen Gebieten bei knapp 26 %. Hier spiegelt sich wider, dass im Osten Deutschlands viel weniger Menschen ausländischer Herkunft leben als im Westen: Im früheren Bundesgebiet und Berlin West betrug der Ausländeranteil Ende 2000 10,3 %, in den neuen Ländern und Berlin Ost 2,4 %.¹⁸

Eine große Differenz zwischen den Einrichtungen im alten und neuen Bundesgebiet zeigt sich auch beim Verhältnis zwischen dem Quartier und dem gesamten Stadtgebiet (s. Übersicht 11). Sowohl im Hinblick auf den Anteil arbeitsloser Personen als auch den Ausländeranteil ist der Unterschied zwischen dem Quartier und dem gesamten Stadtgebiet im Westen größer als im Osten. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die Einrichtungen im Westen mit einer größeren sozialen Entmischung im Quartier konfrontiert sind als die Einrichtungen im Osten Deutschlands.

Übersicht 11: Standortmerkmale der befragten Kindertageseinrichtungen im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern

	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder u. Berlin-Ost	
	Einrichtungen	in %	Einrichtungen	in %
Differenz des Anteils arbeitsloser Personen				
Gültige Fälle	156	100,0	35	100,0
Anteil im Quartier geringer als in der Stadt	2	1,3	5	14,3
0 bis u. 5 % über Anteil in der Gesamtstadt*	92	59,0	17	48,6
5 bis u. 10 % über Anteil in der Gesamtstadt	34	21,8	13	37,1
10 % u. mehr über Anteil in der Gesamtstadt	28	17,9	0	0,0
Differenz des Ausländeranteils				
Gültige Fälle	293	100,0	40	100,0
Anteil im Quartier geringer als in der Stadt	16	5,5	12	30,0
0 bis u. 5 % über Anteil in der Gesamtstadt*	42	14,3	28	70,0
5 bis u. 10 % über Anteil in der Gesamtstadt	84	28,7	0	0,0
10 bis u. 15 % über Anteil in der Gesamtstadt	50	17,1	0	0,0
15 bis u. 20 % über Anteil in der Gesamtstadt	41	14,0	0	0,0
20 % u. mehr über Anteil in der Gesamtstadt	60	20,5	0	0,0

* Gemeint sind Prozentpunkte.

Quelle/Berechnungsgrundlage: Daten des Deutschen Instituts für Urbanistik, eigene Befragung

¹⁷ Informationen des difu über den Anteil arbeitsloser Personen im Quartier und den Ausländeranteil beruhen auf Angaben der kommunalen Verwaltungen.

¹⁸ Zahlen des Statistischen Bundesamtes: Daten zur Bevölkerungsfortschreibung am 31.12.2000.

Die LeiterInnen der Kindertageseinrichtungen sollten einschätzen, ob die Arbeitslosigkeit, der Anteil der SozialhilfeempfängerInnen und die Wohnqualität in der Gegend, in der ihre Einrichtung liegt, im Vergleich zum gesamten Stadtgebiet niedrig, durchschnittlich oder hoch sind. Es stellt sich heraus, dass sie die Arbeitslosigkeit meist als hoch (im Vergleich zum übrigen Stadtgebiet) einschätzen (knapp zwei Drittel von ihnen). Als durchschnittlich wird sie von knapp einem Drittel (30 %) bewertet. Nur ein kleiner Teil der LeiterInnen schätzt sie als niedrig ein.

Vergleicht man diese Einschätzungen mit den Angaben der Stadtverwaltungen, zeigt sich, dass fast alle LeiterInnen in Quartieren, in denen der Anteil Arbeitsloser 10 und mehr Prozentpunkte über dem in der Gesamtstadt liegt, die Arbeitslosigkeit im Quartier als hoch bewerten. LeiterInnen in Quartieren, die sich im Hinblick auf den Anteil Arbeitsloser weniger stark von der Gesamtstadt unterscheiden (5 bis u. 10 Prozentpunkte über dem Anteil in der Stadt insgesamt und geringer), sind sich weniger einig: Über ein Drittel schätzt sie als durchschnittlich ein. Im Großen und Ganzen spiegeln die Einschätzungen der LeiterInnen hinsichtlich der Arbeitslosigkeit im Stadtteil aber durchaus die Angaben der Stadtverwaltungen wider.

Ein ganz ähnliches Bild zeigt sich im Hinblick auf den Anteil an SozialhilfeempfängerInnen. Der größte Teil der LeiterInnen hält ihren Anteil für hoch. Die Wohnqualität wird von 44 % als niedrig und von mehr als der Hälfte als durchschnittlich bewertet. Dies ist angesichts der Tatsache, dass die Gebiete nicht zuletzt wegen ihres städtebaulichen Entwicklungsbedarfs ausgewählt wurden, überraschend. Auch in Bezug auf andere Punkte wie z.B. die infrastrukturelle Ausstattung der Quartiere sind die Einschätzungen der LeiterInnen teilweise positiver als wir erwartet hatten. Dafür kann es mehrere Gründe geben, auf die an späterer Stelle eingegangen wird.

Übersicht 12: Einschätzungen der befragten LeiterInnen in Bezug auf die Arbeitslosigkeit, den Anteil von SozialhilfeempfängerInnen und die Wohnqualität im Quartier im Vergleich zur Gesamtstadt

	Die Arbeitslosigkeit ist		Der Anteil der SozialhilfeempfängerInnen ist		Die Wohnqualität ist	
	Einrichtungen	in %	Einrichtungen	in %	Einrichtungen	in %
Gültige Fälle	379	100,0	382	100,0	373	100,0
niedrig	19	5,0	17	4,5	164	44,0
durchschnittlich	114	30,1	90	23,6	200	53,6
hoch	246	64,9	275	72,0	9	2,4

Die Frage ist mit einigen Veränderungen aus der Einrichtungsbefragung der AWO-ISS-Studie entnommen.

Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

Knapp ein Drittel der EinrichtungsleiterInnen schätzt das Quartier in allen drei Merkmalen als schlechter gestellt ein, d.h. die Arbeitslosigkeit und der Anteil der SozialhilfeempfängerInnen sind hoch, die Wohnqualität ist niedrig. Eine weitere typische Konstellation ist eine hohe Arbeitslosigkeit und ein hoher Anteil von

SozialhilfeempfängerInnen im Quartier bei durchschnittlicher oder (seltener) hoher Wohnqualität – gut ein Viertel der LeiterInnen schätzt die Lage so ein. Überraschend ist die relativ große Zahl derer (knapp jede/r Fünfte), die die Lage im Stadtteil in allen drei Bereichen für durchschnittlich (oder seltener: besser als im Stadtgebiet insgesamt) halten.

Einschätzungen über die Ausstattung der Quartiere

Wie oben dargelegt, beeinflusst die Ausstattung der Wohngegend einerseits die Lebenslagen von Kindern und andererseits die Möglichkeiten der Kindertageseinrichtungen. Je nachdem, wie die LeiterInnen die Lage einschätzen, werden sie darauf reagieren. Den EinrichtungsleiterInnen wurde deshalb die Frage gestellt, wie gut verschiedene Einrichtungen, Angebote etc. für die Menschen im Stadtteil zugänglich oder erreichbar sind.¹⁹ Sie konnten ihre Antwort von 1 (positivste Bewertung) bis 5 (negativste Bewertung) abstufen.²⁰ Wenn sie darüber nichts wussten, sollten sie die Frage nicht beantworten.

Insgesamt haben sich recht viele LeiterInnen eine Einschätzung zugetraut. Am besten wussten sie über die Ausstattung des Stadtteils mit Kindertageseinrichtungen und über Einkaufsmöglichkeiten Bescheid (nur jeweils 2 % haben diese Punkte nicht beantwortet), am wenigsten über Frühfördereinrichtungen und öffentliche Treffpunkte für Kinder und Jugendliche (jeweils 14 % haben nicht geantwortet). Laut der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung von 1999 sind viele der ausgewählten Quartiere davon bedroht, „ins soziale Abseits abzurutschen“ (VV Städtebauförderung 1999). Viele Quartiere würden zunehmend unattraktiver, was unter Umständen dazu führe, dass die, die es sich leisten können, den Stadtteil nach und nach verlassen. Aus diesem Grund wurden die EinrichtungsleiterInnen nicht nur nach der gegenwärtigen Ausstattung, sondern – in Bezug auf verschiedene Punkte – auch nach der Entwicklung in den letzten fünf Jahren gefragt. Zu beachten ist dabei, dass die Mehrzahl der befragten LeiterInnen (81 %) nicht selbst im Einzugsgebiet der Einrichtung wohnt.

Offene Angebote für Kinder und Jugendliche am Nachmittag, Sportmöglichkeiten und Vereine, Spielplätze, öffentliche Treffpunkte für Kinder und Jugendliche, Bibliotheken oder der Bücherbus (mit Kinderliteratur) sind Dinge, die in der Freizeit für Kinder und Jugendliche Bedeutung haben. In den Quartieren scheint es vor allem an öffentlichen Treffpunkten für Kinder und Jugendliche zu mangeln: Über die Hälfte der Befragten (52 %) bewertet das Quartier dahingehend als schlecht. Darüber hinaus fehlt es häufig an offenen Angeboten für Kinder und Jugendliche am Nachmittag (etwa 40 % der LeiterInnen).

¹⁹ Die Frage ist angelehnt an eine Frage im Fragebogen der E & C – Begleitung und an Fragen bei Tietze (1998).

²⁰ Die genaue Formulierung lautete: „Wie gut sind die folgenden Punkte für die Menschen im Stadtteil zugänglich oder erreichbar? Berücksichtigen Sie bitte auch, dass Angebote, die sehr teuer sind, möglicherweise nicht zugänglich sind, obwohl sie in der Nähe sind. Geben Sie eine Note von 1 bis 5 für den jeweiligen Punkt. Wenn Sie darüber nichts wissen, lassen Sie das Feld bitte frei.“ Wir sprechen von „gut“ oder „eher gut“, wenn 1 oder 2, von „mittel“, wenn 3 und von „eher schlecht“ oder „schlecht“, wenn 4 oder 5 angegeben wurde.

Etwas besser bewerten die LeiterInnen im Durchschnitt die Ausstattung mit Spielplätzen und Sportmöglichkeiten/Vereinen. Jeweils knapp ein Viertel berichtet über eine eher schlechte Ausstattung in diesen Bereichen, mehr als die Hälfte bewertet den Stadtteil dahingehend als mittel oder gut. Die Erreichbarkeit von Bibliotheken mit Kinderliteratur wird von gut zwei Dritteln der LeiterInnen als eher gut oder mittel eingeschätzt.

Interessant ist, ob sich die Möglichkeiten zum Spielen für Kinder (Plätze, Spielplätze usw.) aus der Sicht der Befragten in den letzten fünf Jahren verbessert haben. Ein Drittel der LeiterInnen geht davon aus. Die Hälfte der Befragten sieht jedoch keine Veränderung, die Ausstattung sei nach wie vor gut (22 %), mittel (13 %) oder schlecht (15 %). Nicht wenige LeiterInnen (16 %) sind der Meinung, der Stadtteil habe sich in diesem Bereich zum Schlechteren entwickelt. Es bleibt abzuwarten, ob sich durch die Programme „Soziale Stadt“ und „E & C“ daran etwas ändert.

Übersicht 13: Die Ausstattung der Quartiere – Freizeitbereich für Kinder und Jugendliche (in Prozent)

Anteil der LeiterInnen, die die Zugänglichkeit bzw. Erreichbarkeit als ... einschätzen*	schlecht	mittel	gut
öffentliche Treffpunkte für Kinder und Jugendliche	51,6	30,4	18,0
Schwimmbäder	49,6	20,6	29,8
offene Angebote für Kinder und Jugendliche am Nachmittag	40,9	30,6	28,4
Bibliotheken oder Bücherbus mit Kinderliteratur	31,7	22,9	45,5
Spielplätze	24,1	29,9	45,9
Sportmöglichkeiten und Vereine für Kinder und/oder Erwachsene	24,0	36,3	39,6

* 1 und 2 heißt gut, 3 heißt mittel, 4 und 5 heißt schlecht. Die Punkte sind nach der Spalte „schlecht“ geordnet.

Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

Die Ausstattung der Quartiere mit Kindertageseinrichtungen, Grund-, Haupt- und weiterführende Schulen ist ebenfalls bedeutsam. Im Hinblick auf Kindertageseinrichtungen (88 % der LeiterInnen) und Grund- und Hauptschulen (81 %) schätzt ein sehr großer Teil der EinrichtungsleiterInnen ihr Quartier positiv ein. Nur etwa 5 % der Befragten bewerten es diesbezüglich negativ. Weniger gut ist die Ausstattung mit weiterführenden Schulen. Knapp ein Drittel der LeiterInnen bewertet das Gebiet diesbezüglich negativ, weniger als die Hälfte meint, weiterführende Schulen seien gut erreichbar.

Übersicht 14: Die Ausstattung der Quartiere – Kindertageseinrichtungen und Schulen
(in Prozent)

Anteil der LeiterInnen, die die Zugänglichkeit bzw. Erreichbarkeit als ... einschätzen	schlecht	mittel	gut
weiterführende Schulen	29,2	29,2	41,6
Grund- und Hauptschulen	6,0	12,6	81,4
Kindertageseinrichtungen	4,7	7,0	88,3

Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

Im Folgenden soll die Ausstattung der Quartiere mit Kindertageseinrichtungen näher untersucht werden.

Wie sehen die LeiterInnen, die gegenwärtig von einer guten Versorgung mit Kindertageseinrichtungen im Quartier sprechen, die Entwicklung in den letzten fünf Jahren? Etwas mehr als die Hälfte meint, die Versorgung sei gut geblieben, 43 % meinen, sie sei in den letzten fünf Jahren besser geworden. Ein kleiner Teil der LeiterInnen (5 %) hat angegeben, die Versorgung sei schlechter geworden (aber noch immer gut).

Eine zweite vertiefende Frage bezieht sich auf die Versorgung mit Plätzen für Kinder im Krippen-, Kindergarten- und Hortalter. Die LeiterInnen sollten beurteilen, ob in ihrem Stadtteil eine Unterversorgung, ein bedarfsgerechtes Angebot oder eine Überversorgung an Kindertageseinrichtungen für Kinder dieser Altersgruppen vorliegt. Anders als bei Einschätzungen, die die Zahl der Plätze mit den Kinderzahlen der betreffenden Altersgruppen in Beziehung setzen, spielen bei dieser Frage an die LeiterInnen wohl weitere Erwägungen mit hinein (z.B. über alternative Kinderbetreuungsarrangements oder ob Angebote für Krippenkinder überhaupt notwendig sind). Trotz dieser Differenzen spiegeln sich in den Antworten im Großen und Ganzen die Informationen aus der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik für ganz Deutschland wider: Drei Viertel der EinrichtungsleiterInnen sprechen davon, dass eine Unterversorgung für Kinder im Krippenalter vorliegt. Nur gut jede fünfte befragte LeiterIn (22 %) hält die Versorgung für bedarfsgerecht, 11 EinrichtungsleiterInnen (3 %) sprechen von einer Überversorgung. Ein ähnliches, wenn auch nicht so deutliches Bild, zeigt sich im Hinblick auf Plätze für Grundschulkinder. Was Kindergärten angeht, halten gut zwei Drittel der LeiterInnen das Angebot für bedarfsgerecht (69 %), 19 % sprechen von einer Unterversorgung, 12 % von einer Überversorgung.²¹ Angesichts des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz gibt es doch zu denken, dass fast jede fünfte LeiterIn von einer zu geringen Versorgung spricht.

²¹ Es wäre falsch, nun pauschal davon auszugehen, dass im Falle einer Überversorgung mit Kindergartenplätzen Einrichtungen geschlossen oder Plätze abgebaut werden sollten. Zum einen gibt es oft große Lücken bei den Plätzen für Kinder unter 3 Jahren und Schulkinder. Der Versorgungsgrad hängt zum anderen im Wesentlichen von zwei Faktoren ab: von der Entwicklung der Kinderzahlen, also allgemeinen demografischen Trends und der Abwanderung aus und Zuwanderung in die Quartiere, und dem Aus- oder Abbau von Plätzen. Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf sind für die Bewohner häufig unattraktiv, viele wollen wegziehen, zurück bleiben die, die sich dies nicht leisten können. Für die Einrichtungen kann das bedeuten, dass sie ihre Plätze nicht voll besetzen können oder die Wartelisten kürzer werden.

Die Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Quartieren sind – wie auch in Deutschland insgesamt – in allen Altersbereichen zu finden, im Krippen- und Hortbereich sind sie besonders groß: Sie spiegeln die nach wie vor bessere Versorgung im Osten Deutschlands wider.

Auf den ersten Blick ist es erstaunlich, dass die LeiterInnen einerseits allgemein von einer relativ guten Ausstattung des Quartiers mit Kindertageseinrichtungen sprechen, diese Einschätzung aber für Kinder im Krippenalter, im Kindergartenalter und im Grundschulalter viel negativer ausfällt. Betrachtet man die Fragen genauer, wird deutlich, dass es um unterschiedliche Dinge geht: Im ersten Fall wird danach gefragt, wie gut erreichbar oder wie gut zugänglich Kindertageseinrichtungen für Menschen im Stadtteil sind. Es geht jedoch nicht darum, ob die Plätze in diesen Einrichtungen tatsächlich ausreichen und dem Bedarf der Familien im Stadtteil entsprechen. Darauf zielt die zweite Frage ab. Sie ist deshalb aussagekräftiger.

Frühfördereinrichtungen und Erziehungsberatungsstellen sind ein weiterer Bestandteil der Infrastruktur. Auffallend ist der hohe Anteil der LeiterInnen, die die Erreichbarkeit von Frühfördereinrichtung als schlecht einschätzt. Über die Hälfte bewertet ihr Quartier als schlecht. Auch die Ausstattung mit Erziehungsberatungsstellen wird im Durchschnitt eher als schlecht bewertet. 38 % halten sie für schlecht, nur jeweils 31 % schätzen sie als gut oder mittel ein. In diesen Zahlen spiegelt sich wider, dass es generell zu wenig Erziehungsberatungsstellen und Frühfördereinrichtungen selbst in Großstädten gibt. Die geforderte Zusammenarbeit von Kindergärten, Erziehungsberatungsstellen und Frühförderstellen (z.B. Weiß 2000, S. 189) wird schon allein dadurch erschwert. Dies ist gerade in den Stadtteilen, um die es hier geht, problematisch.²²

Übersicht 15: Die Ausstattung der Quartiere – Erziehungsberatungsstellen und Frühfördereinrichtungen (in Prozent)

Anteil der LeiterInnen, die die Zugänglichkeit bzw. Erreichbarkeit als ... einschätzen	schlecht	mittel	gut
Frühfördereinrichtungen	53,3	24,3	22,5
Erziehungsberatungsstellen	38,4	30,8	30,8
Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung			

Auch nach der Erreichbarkeit von Gesundheitsdiensten, Krankenhäusern und Kinderärzten wurde gefragt: Die Versorgung mit Kinderärzten wird überwiegend als gut betrachtet, allerdings schätzen sie auch 15 % der LeiterInnen als schlecht ein. Die Ausstattung mit Gesundheitsdiensten und Krankenhäusern wird in etwa ebenso häufig als gut (35 %), mittel (35 %) und schlecht (31 %) bewertet.

²² Siehe zum Thema Frühförderung: Weiß (Hrsg.): Frühförderung mit Kindern und Familien in Armutslagen. Ernst Reinhardt Verlag 2000, und darin insbesondere die Beiträge von Weiß „Frühförderung bei sozioökonomisch bedingten Entwicklungsgefährdungen“ und Klein „Frühförderung in Sozialen Brennpunkten“.

Über eine Verbesserung oder Verschlechterung in Hinsicht auf Gesundheitsdienste und Krankenhäuser berichten nur wenige LeiterInnen: 90 % sagen, es hätte hier keine Veränderung in den letzten fünf Jahren gegeben, jeweils etwa 5 % sprechen von einer Verbesserung oder Verschlechterung.

Übersicht 16: Die Ausstattung der Quartiere – Kinderärzte, Gesundheitsdienste und Krankenhäuser (in Prozent)

Anteil der LeiterInnen, die die Zugänglichkeit bzw. Erreichbarkeit als ... einschätzen	schlecht	mittel	gut
Gesundheitsdienste und Krankenhäuser	30,5	34,6	34,9
Kinderärzte	15,3	30,3	54,4

Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

Eine mangelnde Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr kann einen Stadtteil weiter isolieren. Fahrradwegnetze, die Dichte des Straßenverkehrs und die Verkehrssicherheit haben Einfluss auf die Bewegungsfreiheit der Kinder. Drei Viertel der LeiterInnen schätzen das Quartier in Bezug auf öffentliche Verkehrsmittel als gut ein. Interessant ist, dass EinrichtungsleiterInnen, die in Randgebieten arbeiten, die Ausstattung ebenfalls meist positiv bewerten (ebenfalls knapp drei Viertel von ihnen). Dem Ausbau des Radwegnetzes geben die Befragten im Durchschnitt schlechtere Noten: Fast die Hälfte von ihnen betrachtet es als eher schlecht, immerhin knapp ein Drittel als gut. Noch negativer wird die Verkehrsdichte und die Verkehrssicherheit der Kinder eingeschätzt. Wie hat sich in den Augen der EinrichtungsleiterInnen in den letzten Jahren die Verkehrsbelastung in den Quartieren entwickelt? 30 % der LeiterInnen geben an, dass die Lage im Stadtteil in den letzten Jahren gleich gut geblieben ist. Es gibt für sie gegenwärtig keine oder wenige Probleme. Eine etwa gleich große Zahl von LeiterInnen stellt fest, dass die Lage gleich schlecht geblieben ist (einige oder viele Probleme), und für weitere 29 % der LeiterInnen ist die Lage in den letzten Jahren schlechter geworden. Einige sagen, dass es gegenwärtig wenige Probleme gibt, dass es in den letzten Jahren aber gleichzeitig eine Entwicklung zum Schlechteren gegeben hätte (5 %). Besser geworden ist die Verkehrsbelastung in den Augen der EinrichtungsleiterInnen nur selten: etwa 6 % stellen dies fest.

Übersicht 17: Die Ausstattung der Quartiere – öffentliche Verkehrsmittel und Fahrradwege (in Prozent)

Anteil der LeiterInnen, die die Zugänglichkeit bzw. Erreichbarkeit als ... einschätzen	schlecht	mittel	gut
Netz von Fahrradwegen	44,8	23,9	31,4
öffentliche Verkehrsmittel	6,5	18,4	75,1

Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

Zur infrastrukturellen Ausstattung gehören neben kinder- und jugendbezogenen Angeboten und Einrichtungen auch solche Merkmale, die allgemein Einfluss auf die Lebensqualität im Stadtteil haben: So ist das Angebot an kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen meist gering: 57 % der LeiterInnen sind dieser Auffassung. Nur 15 % halten es für gut. Was Möglichkeiten zur Erholung angeht, bewerten etwa gleich viele Befragte den Stadtteil als gut (35 %), mittel (31 %) oder schlecht (33 %). In den letzten fünf Jahren – so berichten über drei Viertel der LeiterInnen (77 %) – wären die Erholungsmöglichkeiten weder besser noch schlechter geworden. Wenn sie doch von einer Veränderung sprechen, dann etwa ebenso häufig von einer Entwicklung zum Schlechteren (12 %) wie zum Besseren (11 %). Die Einkaufsmöglichkeiten werden von mehr als der Hälfte der Befragten (54 %) als gut („1“ oder „2“) bewertet. Jeweils knapp ein Drittel (23 %) schätzt sie aber auch als mittel oder schlecht ein. In diesem Bereich zeigen sich in den letzten Jahren mehr Veränderungen als bei den Erholungsmöglichkeiten: Ein Viertel der LeiterInnen ist der Meinung, dass sich die Versorgung verschlechtert, knapp ein weiteres Viertel (23 %), dass sie sich verbessert und etwa die Hälfte (51 %), dass es hier keine Veränderungen gegeben hätte.

Übersicht 18: Die Ausstattung der Quartiere – Einkaufsmöglichkeiten, Erholung, Kultur (in Prozent)

Anteil der LeiterInnen, die die Zugänglichkeit bzw. Erreichbarkeit als ... einschätzen	schlecht	mittel	gut
Angebot an kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen	56,7	28,1	15,3
Möglichkeiten der Erholung	33,1	31,5	35,5
Kneipen, Gaststätten	29,3	32,9	37,8
Einkaufsmöglichkeiten	23,5	23,0	53,5

Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

Zusammenfassend bestehen die größten Mängel – so die Einschätzungen der LeiterInnen im Mittel – bei der „Versorgung“ mit öffentlichen Treffpunkten und offenen Angeboten für Kinder und Jugendliche, bei Frühfördereinrichtungen und Erziehungsberatungsstellen. Diese Mängel sind insbesondere in den Stadtteilen, um die es hier geht, problematisch. Denn dort wachsen Kinder häufig unter erschwerten Entwicklungsbedingungen auf. Zudem leben die Familien häufig in beengten Wohnverhältnissen, so dass öffentliche Treffpunkte und offene Angebote sehr wichtig wären. Kindertageseinrichtungen können dies zumindest für ihre Kinder auffangen, sofern sie ganztags geöffnet haben und ihnen ein geeigneter Außenbereich zur Verfügung steht. Die Erreichbarkeit von Kindertageseinrichtungen, Grund- und Hauptschulen und die Verfügbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel wird im Mittel am positivsten bewertet.

Interessant ist, dass die LeiterInnen in Ostdeutschland die Quartiere (im Mittel) positiver einschätzen als die LeiterInnen im Westen – und dies gilt für alle Merkmale, nach denen wir gefragt haben.

Wir haben unsere Befunde mit Ergebnissen der Erhebung der E & C-Programmbegeleitung bei LeiterInnen von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe vor allem im Bereich Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in zwölf ausgewählten Quartieren verglichen. Es ergibt sich ein ganz ähnliches Bild: Das Angebot an Schulen und Kindertageseinrichtungen wird im Mittel relativ positiv bewertet, die „Ausstattung“ mit öffentlichen Treffpunkten und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche sehr häufig negativ. Auch in dieser Erhebung wurden die Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Quartieren sichtbar.

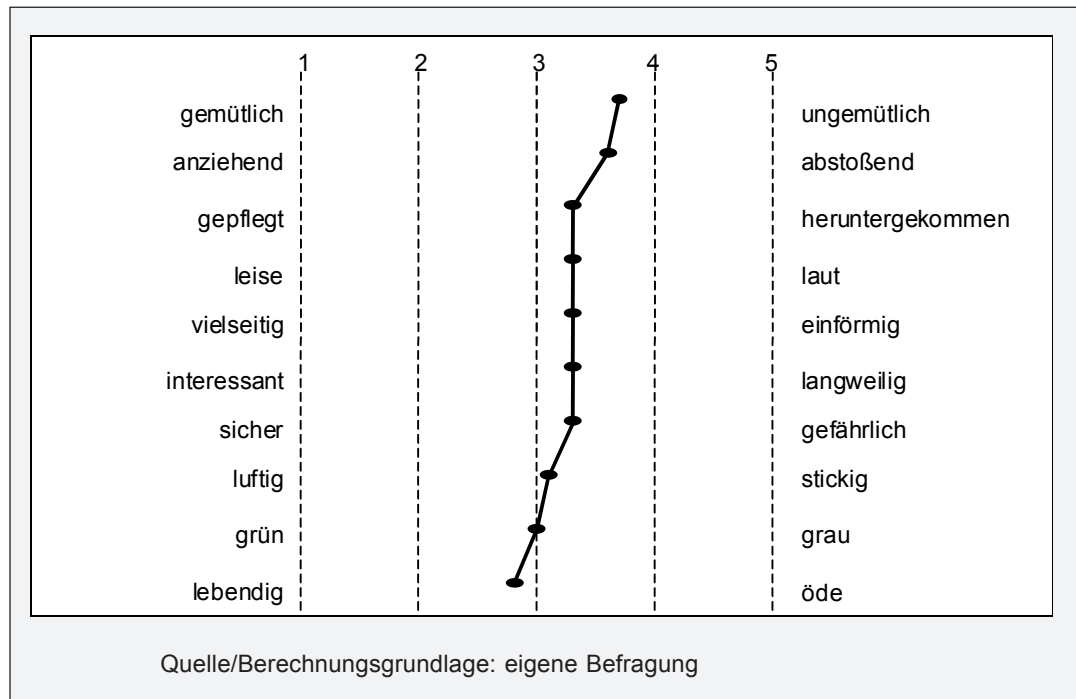
Stimmungsbild der LeiterInnen und Ruf des Quartiers²³

Neben der Ausstattung eines Stadtteils hat auch der subjektive Eindruck, den man von ihm gewinnt, Einfluss auf seine Attraktivität. Die EinrichtungsleiterInnen sollten deshalb den Stadtteil bzw. die Gegend, in der ihre Einrichtung liegt, anhand mehrerer Gegensatzpaare einordnen. Gerade bei dieser Frage gab es viele Einwände von LeiterInnen, die sagten, sie könnten die Frage so nicht beantworten, ohne dass ein falscher Eindruck entstünde. Ein Beispiel: Eine Leiterin beschrieb die Gegend als „leise“. Das heiÙe aber nicht, dass das Leben dort angenehm wäre, denn hinter der Ruhe wüde sich groÙe Not verbergen und die Probleme wüden eher versteckt. Die Mittelkategorie „teils, teils“ wurde von den LeiterInnen sehr häufig gewäht. Daraus lässt sich zum einen schließen, dass mit einer solchen Frage die Charakteristika eines Quartiers nur schlecht eingefangen werden können. Zum anderen ist dies wohl auch Ausdruck dafür, dass sich die LeiterInnen an den negativen Zuschreibungen, die viele der Quartiere erleiden, nicht beteiligen wollen. Auch in der Erhebung der E & C-Programmbegeleitung, in der überwiegend Angaben von LeiterInnen aus den Bereichen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit enthalten sind, haben die Befragten häufig die Mittelkategorie gewäht.²⁴ Was diese Frage ergründet, ist also ein eher vages Stimmungsbild, das – bei allen Einschränkungen – insgesamt eher negativ getönt ist.

²³ Die Fragen sind mit einigen Änderungen aus der Befragung der E & C – Begleitung übernommen worden.

²⁴ Vergleicht man die Angaben der LeiterInnen, die im Einzugsgebiet ihrer Einrichtung wohnen, mit denen, die dort nicht wohnen, zeigt sich, dass sie die Gegend in fast allen Punkten (außer beim Gegensatzpaar lebendig – öde) positiver einschätzen, auch dies ein Ergebnis, das auch die Erhebung der E & C-Programmbegeleitung erbracht hat. Dafür kann es mehrere Gründe geben: Möglicherweise schätzen die wenigen LeiterInnen, die dort wohnen, den Stadtteil positiver ein, weil sie ihn auch privat kennen. Möglicherweise wohnen sie eher noch in den attraktiveren Quartieren. Auf der Grundlage der eigenen Befragung können wir diesen Vermutungen nicht nachgehen.

Übersicht 19: Stimmungsbild der LeiterInnen (Mittelwerte)



In einer weiteren Frage sollten die EinrichtungsleiterInnen auf einer Skala von „1“ (sehr gut) bis „5“ (mangelhaft) angeben, welchen Ruf der Stadtteil in der Gesamtstadt bzw. in der Gegend allgemein hat.²⁵ Nur wenige LeiterInnen – nicht einmal jede Zehnte (9 %) – berichten von einem guten Ruf („2“). Von einem sehr guten Ruf ist nie die Rede. Immerhin knapp jede fünfte Befragte (18 %) hat die Note „3“ vergeben. Ein Großteil jedoch – fast drei Viertel – berichtet von einem schlechten (32 %) oder sehr schlechten (42 %) Image des Quartiers. In den letzten fünf Jahren ist der Ruf der Quartiere selten besser geworden (17 % der LeiterInnen) und wenn doch, dann ist er in der Mehrzahl der Fälle noch immer schlecht. Meist hat er sich verschlechtert (31 %) oder ist gleich schlecht geblieben (34 %). Auch hierin unterscheiden sich die LeiterInnen in den ost- und westdeutschen Quartieren: In den neuen Ländern (mit Berlin Ost) wurde der Ruf auf einer Skala von 1 bis 5 im Mittel um eine Note schlechter angegeben (Ost: 3,3, West: 4,2). Auch in der Erhebung der wissenschaftlichen Begleitung des E & C-Programms sprachen die Befragten meist von einem schlechten Ruf. Ebenso zeigen sich die Unterschiede zwischen West und Ost.

Ein Blick auf die bisher dargestellten Befunde lässt erkennen, dass die Kindertageseinrichtungen in den Quartieren häufiger als anderswo mit Arbeitslosigkeit und/oder mit einem verhältnismäßig hohen Anteil von Familien, die Sozialhilfe beziehen, konfrontiert sind. Viele LeiterInnen berichten, dass Erziehungsberatungsstellen und Frühförderereinrichtungen schlecht erreichbar sind, ein Problem, das es jedoch nicht nur in den ausgewählten Stadtteilen gibt.

²⁵ Wir interpretieren 1 als sehr gut, 2 als gut, 4 als schlecht und 5 als sehr schlecht.

Nur: Gerade dort wären sie besonders wichtig. Öffentliche Treffpunkte und offene Angebote sind – so die LeiterInnen – relativ häufig Mangelware. Die Quartiere im Osten werden im Hinblick auf ihren Ruf und ihre Ausstattung allgemein positiver eingeschätzt als die im Westen. Gleichzeitig sind sie weniger segregiert als westdeutsche Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf. Wir vermuten, dass die bessere Ausstattung dieser Gebiete zu DDR-Zeiten, die nach wie vor geringere Segregation und der bessere Ruf zusammenspielen und so die nach wie vor bessere Ausstattung in den ostdeutschen gegenüber den westdeutschen Gebieten erklären können. Dem müsste freilich genauer nachgegangen werden.

Vor dem Hintergrund, dass die Kindertageseinrichtungen in Gebieten liegen, die „infolge sozialräumlicher Segregation davon bedroht sind, ins soziale Abseits abzurutschen“ (VV-Städtebauförderung 1999), sind einige Einschätzungen der LeiterInnen positiver als wir erwartet hatten. Wie kann man diese Diskrepanz deuten? Die folgenden Punkte sind mögliche Erklärungen, denen genauer nachgegangen werden müsste:

1. Die Gebiete wurden im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ nicht nach jugend- und kinderpolitischen Erwägungen ausgewählt. Die Ausstattung mit Angeboten für Kinder und Jugendliche war also kein zentrales Kriterium bei der Auswahl der Quartiere.
2. Manche Frageformulierungen sind sehr allgemein gehalten. „Wohnqualität“ ist zum Beispiel ein Begriff, der offen lässt, ob das Leben im Stadtteil oder der Zustand der Wohnungen oder des unmittelbaren Wohnumfelds gemeint sind.
3. LeiterInnen von Kindertageseinrichtungen richten – wie alle anderen Akteure auch (dazu gehören auch die Öffentlichkeit, die Politik, etc.) – einen spezifischen Blick auf das Einzugsgebiet ihrer Einrichtung. Sie haben eine eigene Perspektive, mit der auch bestimmte Ziele verbunden sein können, z.B. der Wunsch, den Stadtteil durch Verallgemeinerungen nicht noch weiter zu stigmatisieren.
4. Es ist wahrscheinlich, dass die LeiterInnen den Stadtteil nicht als Außenstehende wahrnehmen. Denn sie haben täglich mit den Kindern und Familien aus dem Stadtteil zu tun. Zwar handelt es sich auch nicht um eine reine Innensicht, weil die meisten nicht selbst dort wohnen und sie in ihrer Funktion als LeiterInnen befragt wurden. Dennoch könnten die zum Teil positiven Einschätzungen Ausdruck einer Diskrepanz zwischen Außensicht und der Perspektive der LeiterInnen von Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen sein. Insbesondere beim Stimmungsbild über den Stadtteil könnte dies eine Rolle spielen.
5. Wenn sich der Blick weniger auf den Vergleich mit Kindern aus anderen Stadtteilen oder anderen „Schichten“ richtet und mehr darauf, wie auf die Lebenssituation der Kinder im Stadtteil reagiert werden kann, verschieben sich möglicherweise die Maßstäbe, die die MitarbeiterInnen von Kindertageseinrichtungen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf anlegen. So hat eine LeiterIn berichtet, dass sie selbst an den Kindern eher die Fortschritte sieht, die diese in den zwei Jahren im Kindergarten machen, BesucherInnen aus anderen Tageseinrichtungen wären aber erschrocken darüber, wie wenig die Kinder können. Möglich wäre, dass sich diese Sicht auf positive Entwicklungen auch bei den Einschätzungen über die Stadtteile äußert.

Der familiäre Hintergrund der Kinder

Die LeiterInnen wurden nach der Lebenssituation in den Familien und die Hilfestellung von Verwandten und Bekannten gefragt.²⁶ Denn diese Faktoren haben – vermittelt dadurch, wie die Familien damit umgehen – großen Einfluss auf die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern. Wir haben nach den in Übersicht 20 wiedergegebenen Bereichen unterschieden:

Übersicht 20: Fragen zur familiären Lebenssituation der Kinder, die die Einrichtung besuchen

Einkommenssituation / Erwerbstätigkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Familien, die von Sozialhilfe leben • Familien, in denen Vater und/oder Mutter arbeitslos sind • Familien, die überschuldet sind • Beide Eltern sind berufstätig / der alleinerziehende Elternteil arbeitet
Weitere Risikofaktoren für Armut	<ul style="list-style-type: none"> • kinderreiche Familien (3 und mehr Kinder) • Ein-Eltern-Haushalte • Mutter oder Vater sind behindert oder chronisch krank • Familien mit behinderten Kindern bzw. einem behinderten Kind
Wohnsituation	<ul style="list-style-type: none"> • Familien in Not- und Flüchtlingsunterkünften • Familien in schlechten Wohnverhältnissen
Deutschkenntnisse	<ul style="list-style-type: none"> • Eltern sprechen kaum/nicht Deutsch • Mindestens ein Elternteil hat deutsche Sprachkenntnisse
Familienklima und die Zuwendung zum Kind	<ul style="list-style-type: none"> • regelmäßige Streitigkeiten in der Familie • Die materiellen Grundbedürfnisse des Kindes sind nicht immer gewährleistet • Kind berichtet von gemeinsamen familiären Aktivitäten am Wochenende
Unterstützung von Freunden, Bekanntem und Verwandten	<ul style="list-style-type: none"> • Die Familie kann sich bei Problemen auf die Unterstützung von Freunden, Bekannten und Verwandten verlassen

Zusätzlich wollten wir wissen, ob sich die Lebensumstände der Kinder in der Einrichtung von den Lebensumständen der Kinder aus anderen Stadtteilen unterscheiden.

Aus den Antworten lässt sich schließen, wie hoch der Anteil der Kinder innerhalb der Einrichtungen ist, deren Eltern z.B. Sozialhilfe beziehen. Wir können hingegen nicht feststellen, wie viele Kinder in der Einrichtung in mehreren Bereichen (finanzielle Situation, Familienklima und so weiter) unter wenig förderlichen Entwicklungsbedingungen aufwachsen.

²⁶ Die Fragen sind zum Teil angelehnt an die ISS-AWO-Einrichtungsbefragung (Hock et al. 1999) und die Erhebung „Armut im Vorschulalter“ im Rahmen desselben Projekts.

LeiterInnen von Kindertageseinrichtungen wissen über die Lebenssituation der Familien nicht immer genau Bescheid. Dies wäre aber wichtig. Denn wenn man die Lebenssituation der Kinder kennt, kann man daraus resultierende Entwicklungsrisiken besser beurteilen und angemessener damit umgehen. Das heißt natürlich nicht, die Eltern „um jeden Preis auszuhorchen“. Es ist zu bedenken, dass die ErzieherInnen und LeiterInnen im Rahmen ihrer Beziehung zu den Kindern und Eltern davon erfahren.

Hock et al. haben in ihrer Einrichtungserhebung herausgefunden, dass – nach Einschätzung der befragten LeiterInnen – nur etwa ein Viertel der MitarbeiterInnen in Kindertageseinrichtungen über die finanzielle Situation in den Familien sehr gut oder gut informiert ist. Über die Situation in der Familie wussten immerhin zwei Drittel von ihnen gut oder sehr gut Bescheid (siehe Hock et al. 2/1999, S. 52). Deshalb haben wir die Antwortvorgabe „kann ich nicht einschätzen“ mit aufgenommen und um eine „grobe“ Einschätzung gebeten.

Nun zu den Ergebnissen: Auch wenn der größte Teil der Kinder aus dem engeren lokalen Umfeld kommt, so sind in immerhin fast jeder fünften Einrichtung ein Viertel oder ein noch höherer Anteil der Kinder nicht aus dem Stadtteil. Deshalb beziehen sich die Angaben zur familiären Situation zwar größtenteils, aber nicht ausschließlich auf Kinder, die im Programmgebiet wohnen.

Die Quartiere wurden in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen, weil sie einen „besonderen Entwicklungsbedarf“ haben. Dies spiegelt sich in den Einschätzungen der LeiterInnen wider: Ein Großteil von ihnen (etwa drei Viertel) glaubt, dass die Lebensumstände der Kinder in der Einrichtung im Großen und Ganzen „problematischer“ sind als die von Kindern aus anderen Stadtteilen.

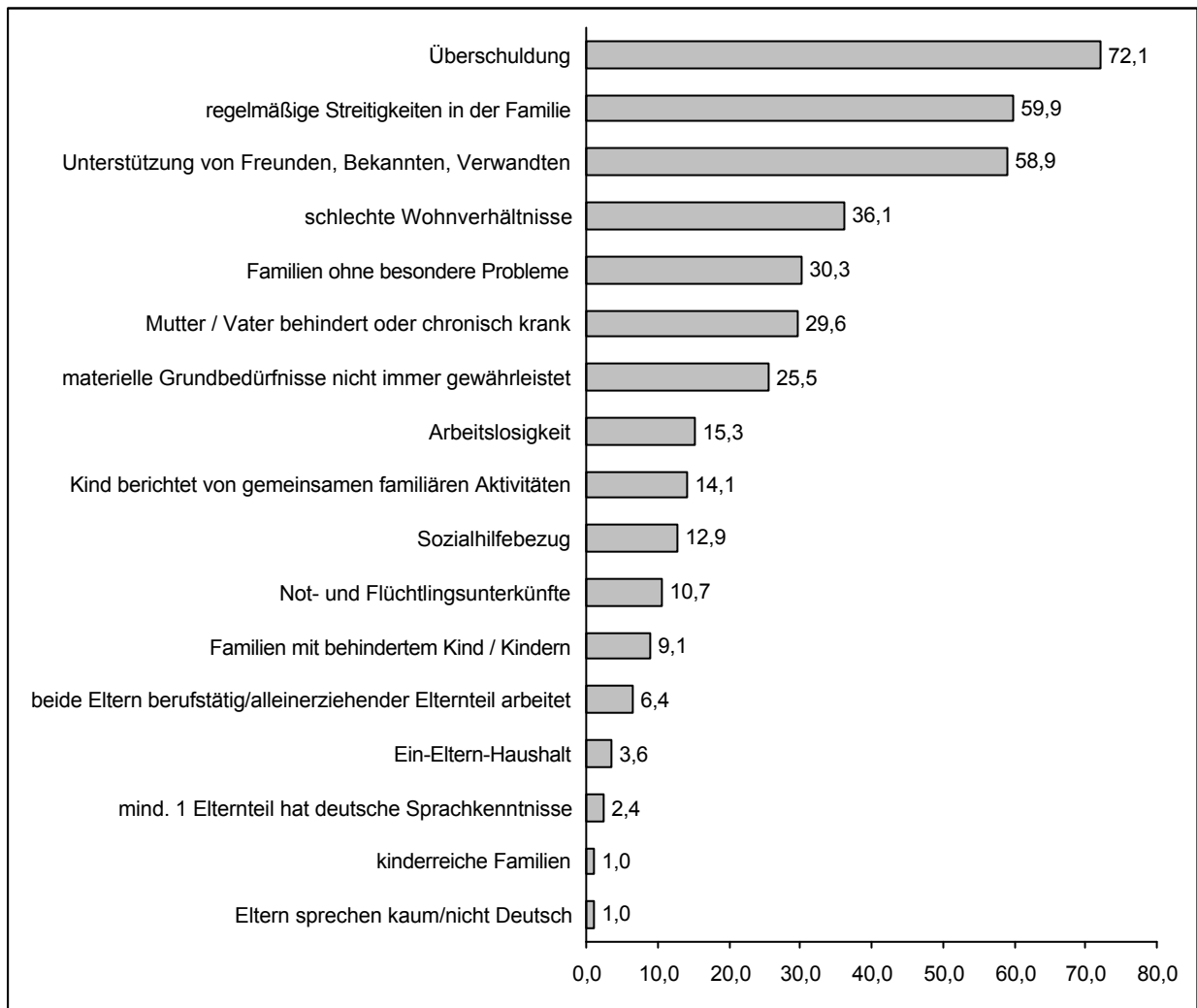
Ein relativ großer Teil der LeiterInnen findet aber auch, dass sie sich nicht unterscheiden (20 %) oder sogar besser sind als in anderen Stadtteilen (7 %). Nun kann dies zum einen daran liegen, dass die Kinder in der Tageseinrichtung die Bevölkerungsstruktur im Quartier nicht widerspiegeln, z.B. weil die Einrichtung am Rand des Gebietes liegt und ihr Einzugsgebiet in einem wohlhabenderen Stadtteil hat. Zum anderen wäre es möglich, dass sich die Quartiere im Urteil der LeiterInnen in dieser Hinsicht gar nicht so sehr von anderen Stadtteilen unterscheiden. Drittens wäre es möglich, dass einer LeiterIn durch die tägliche Arbeit mit Kindern aus „sozialen Brennpunkten“ gar nicht mehr so bewusst wird, dass andere Kinder ganz anders aufwachsen.

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wie gut die LeiterInnen über verschiedene Aspekte der familiären Lebenssituation informiert sind.²⁷ Es stellte sich heraus, dass sich die Mehrzahl der LeiterInnen von Kindertageseinrichtungen keine Einschätzung darüber zutraut, wie viele Familien von Überschuldung betroffen sind, ob es regelmäßig Streitigkeiten in der Familie gibt

²⁷ Wir vermuten, dass die LeiterInnen etwas besser Bescheid wissen, als es die Zahlen andeuten. Denn viele EinrichtungsleiterInnen haben uns telefonisch darauf hingewiesen, dass sie für viele der Punkte zwar keine konkreten Zahlen nennen können, dass sie aber einen bestimmten Eindruck haben.

und ob die Familien sich bei Problemen auf die Unterstützung von Freunden, Bekannten und Verwandten verlassen können. Weniger als zwei Drittel der LeiterInnen können die Wohnverhältnisse einschätzen. Sehr viele LeiterInnen wissen hingegen etwas über die Anzahl der Kinder in der Familie, die Sprachkenntnisse der Eltern, über die Arbeitslosigkeit bzw. Erwerbstätigkeit der Eltern und den Bezug von Sozialhilfe.

Übersicht 21: Anteil der LeiterInnen, die verschiedene Aspekte der familiären Lebenssituation nicht einschätzen können (in Prozent)



Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

Übersicht 22 gibt wieder, in wie vielen Einrichtungen der Anteil der Kinder, die unter potentiell problematischen familiären Bedingungen aufwachsen, eher hoch oder niedrig liegt. Der Anteil der Kinder wurde eingeteilt in die Kategorien „keine Kinder“, „bis unter ein Viertel der Kinder“, „ein Viertel bis unter die Hälfte der Kinder“, „die Hälfte bis unter drei Viertel der Kinder“ und „drei Viertel der

Kinder und mehr“. Nicht berücksichtigt sind die Einrichtungen, die sich keine Einschätzung zugetraut oder die Frage gar nicht beantwortet haben.²⁸

Übersicht 22: Anteil der Einrichtungen mit vielen bzw. wenigen Kinder aus bestimmten familiären Verhältnissen (in Prozent)

Anteil der Einrichtungen, in denen	Gültige Fälle	3/4 der Kinder und mehr	1/2 bis unter 3/4 der Kinder	1/4 bis unter 1/2 der Kinder	bis unter 1/4 der Kinder	keine Kinder
Mindestens ein Elternteil hat deutsche Sprachkenntnisse	383	67,9	16,2	10,4	5,5	0,0
Familien, in denen beide Eltern berufstätig sind / der alleinerziehende Elternteil arbeitet	362	8,0	23,8	38,1	28,7	1,4
Das Kind berichtet über gemeinsame familiäre Aktivitäten z.B. am Wochenende	338	10,9	20,1	32,8	35,8	0,3
Familien, in denen Vater und/oder Mutter arbeitslos sind	328	5,5	14,9	31,1	46,3	2,1
Familien, die von Sozialhilfe leben	348	5,2	14,4	31,9	46,3	2,3
einem Elternhaus, in dem die Eltern nicht / kaum Deutsch sprechen	380	5,0	14,5	22,1	52,6	5,8
kinderreichen Familien (mit drei oder mehr Kindern)	386	2,3	5,7	24,1	65,3	2,6
einem Ein-Eltern-Haushalt	384	0,5	4,9	27,1	66,7	0,8

Lesebeispiel: Der Anteil der Einrichtungen, in denen drei Viertel der Kinder und mehr aus Familien kommen, in denen beide Eltern berufstätig sind, beträgt 8,0 %. Der Anteil der Einrichtungen, in denen die Hälfte bis unter drei Viertel der Kinder aus solchen Familien kommen, beträgt 23,8 %.

Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

Die Aussagen der LeiterInnen zur Einkommenssituation spiegeln wider, dass sie mit besonderen familiären Lagen konfrontiert sind. So berichtet zum Beispiel mehr als die Hälfte der LeiterInnen, dass mindestens ein Viertel der Kinder aus Familien kommt, die Sozialhilfe beziehen. Etwa jede dritte LeiterIn gibt an, dass die Eltern von mindestens der Hälfte der Kinder beide berufstätig sind (bzw. der allein erziehende Elternteil arbeitet). Etwa jede fünfte LeiterIn berichtet, dass mindestens die Hälfte der Kinder aus Familien stammt, in denen die Eltern kaum Deutsch sprechen. Es zeigt sich aber auch, dass die familiären Lagen unterschiedlich sind.

²⁸ Bei einigen Punkten haben relativ viele LeiterInnen überhaupt nichts angegeben. Dies kann einerseits bedeuten, dass sie darüber nichts wissen oder ihnen die Frage zu ungenau formuliert war. Andererseits können leere Felder auch bedeuten, dass der Punkt auf keines der Kinder zutrifft. Bei folgenden Fragen war dies der Fall: „Familien in Not- und Flüchtlingsunterkünften“ (49 %), „Familien mit behinderten Kindern/ einem behinderten Kind“ (24 %), „Mutter/Vater behindert oder chronisch krank“ (17 %), „schlechte Wohnverhältnisse“ (16 %). Wenn relativ viele LeiterInnen einen Punkt nicht beantwortet haben („kann ich nicht einschätzen“ oder gar keine Antwort), haben wir diesen deshalb in der Darstellung weggelassen.

Kinder mit Migrationshintergrund

Wie die Zahlen des difu bereits gezeigt haben, liegt im Westen Deutschlands der Ausländeranteil in vielen Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf höher als im gesamten Stadtgebiet. Zusätzlich haben wir den LeiterInnen der Kindertageseinrichtungen Fragen zu Kindern mit Migrationshintergrund gestellt. Dabei haben wir eine weite Definition von „Migrationshintergrund“ verwendet, die auch Aussiedler und eingebürgerte MigrantInnen beinhaltet. Die Angaben sind deshalb nicht mit dem statistischen Ausländeranteil, der sich allein auf die Staatsangehörigkeit bezieht, gleichzusetzen.

Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund an allen Kindern in der Einrichtung liegt in den betreffenden ostdeutschen Quartieren im Durchschnitt bei 11 %, im Westen bei 50 %, also höher als der Ausländeranteil in den Quartieren insgesamt (ostdeutsche Quartiere: 4 %, westdeutsche Quartiere: 26 %). Zum Teil dürfte dies an der weiteren Definition des Migrationshintergrunds liegen, aber auch daran, dass Familien mit Migrationshintergrund im Durchschnitt mehr Kinder haben als deutschstämmige Familien. Ein Blick auf die Verteilung der befragten Einrichtungen zeigt: Während in etwa 9 von 10 Einrichtungen in den Programmgebieten im Osten Deutschlands Kinder mit Migrationshintergrund weniger als ein Viertel ausmachen, so sind in mehr als der Hälfte der Einrichtungen im Westen Kinder mit Migrationshintergrund sogar in der Mehrzahl. Im früheren Bundesgebiet gibt es jedoch auch einen sehr kleinen Teil von Einrichtungen, die – so die Angaben der LeiterInnen – nur geringfügig von Kindern aus Migrantenfamilien besucht werden.²⁹

Übersicht 23: Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in den Tageseinrichtungen in den ost- und westdeutschen Quartieren

	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	Einrichtungen	in %	Einrichtungen	in %
Einrichtungen insgesamt	357		62	
davon mit einem Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund von				
0 bis unter 5%	9	2,7	20	37,0
5 bis unter 15%	29	8,7	17	31,5
15 bis unter 25%	29	8,7	13	24,1
25 bis unter 50%	87	26,2	4	7,4
50 bis unter 75%	108	32,5	0	0,0
75 bis 100%	70	21,1	0	0,0
<i>Gesamt</i>	332	100,0	54	100,0
keine Angabe	25	7,0	8	12,9
Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung				

²⁹ Nur eine dieser Einrichtungen liegt in einem Quartier, in dem tatsächlich kaum Menschen ausländischer Herkunft wohnen. Warum die restlichen acht Kindertageseinrichtungen kaum von Kindern mit Migrationshintergrund besucht werden, können wir nicht feststellen.

Ein Großteil der Kinder mit Migrationshintergrund ist schon in Deutschland geboren, ein Ergebnis, das sich im Westen deutlicher zeigt als im Osten Deutschlands. Während in den westdeutschen Einrichtungen nur ein Fünftel der Kinder aus Migrantenfamilien nicht in Deutschland geboren wurde, ist es in den befragten ostdeutschen Einrichtungen etwa die Hälfte der Migrantenkinder.

Auch die Antwort auf die Frage, ob die Einrichtung von Kindern besucht wird, die neben Deutsch noch weitere Sprachen sprechen, spiegelt die oben genannten Befunde wider: Es gibt nur wenige Einrichtungen, die ausschließlich von nur Deutsch sprechenden Kindern besucht werden. Dies trifft auf jede fünfte befragte Einrichtung in den neuen Ländern und nur knapp 1 % der Einrichtungen im früheren Bundesgebiet (3 Einrichtungen) zu. Wie die Kindertageseinrichtungen mit der Mehrsprachigkeit der Kinder umgehen, wird im folgenden Abschnitt zur pädagogischen Arbeit in den Einrichtungen dargestellt.

Die pädagogische Arbeit in den Kindertageseinrichtungen und die Zusammenarbeit mit anderen Stellen und Angeboten

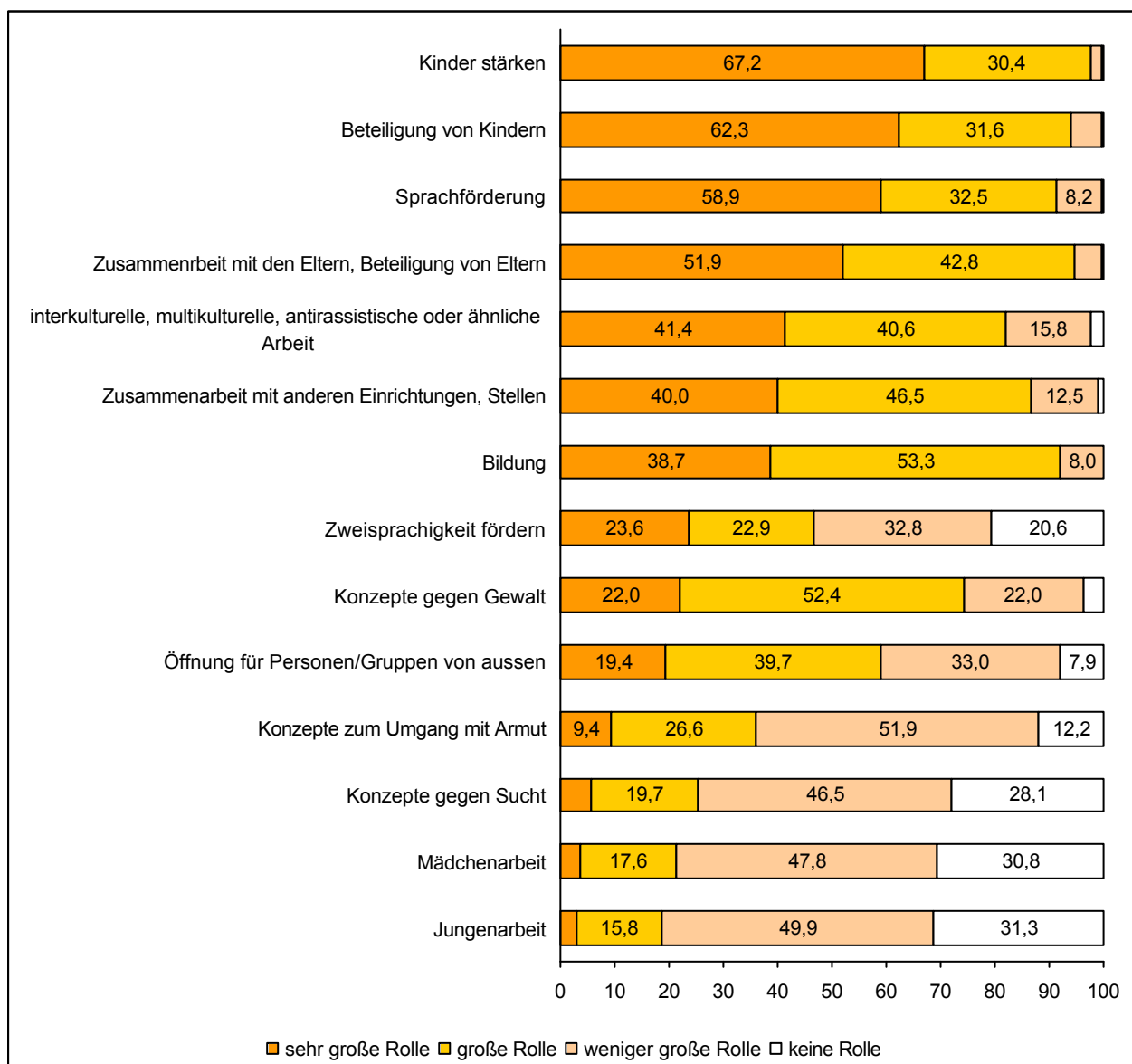
Wichtige Anliegen dieser Untersuchung sind, etwas über die pädagogische Arbeit in den Kindertageseinrichtungen, über die Zusammenarbeit mit den Eltern und mit anderen Angeboten, Stellen, Institutionen etc. herauszufinden. Damit greift die Untersuchung einen Teil der professionellen Unterstützungsangebote (zum Beispiel neben offenen Angeboten, Beratungsangeboten für Familien und so weiter) heraus. Dies gilt es im Auge zu behalten, denn „die Anforderungen, die die spezifischen Lebenslagen von Familien und Kindern in sozialen Brennpunkten an die Angebotsstruktur und die pädagogische Arbeit in den Tageseinrichtungen stellen, können nur im Kontext anderer formeller und informeller Angebote, Maßnahmen und Initiativen betrachtet werden. Von der Qualität des sozialen Netzwerkes in der Region und seiner einzelnen Bestandteile hängt es ab, welche Anforderungen zu Aufgaben der Tageseinrichtung werden sollten (...). [Sie] (...) wird auch erheblichen Einfluss darauf haben, welche Aufgaben die Tageseinrichtungen überhaupt übernehmen können“ (Preissing, o.J., S. 33).

Die Ziele unserer Untersuchung überschneiden sich mit den Zielsetzungen des E&C-Programms, wonach „ein besonderes Augenmerk auf die Angebote der Kindertagesbetreuung im Stadtteil gelegt werden [soll]. Dabei gilt es, Einrichtungen der Kindertagesbetreuung zu Anlaufstellen für Kinder und Eltern im Stadtteil, als Orte der Begegnung, an denen auch Beratung, Lernen und Unterstützung angeboten werden können, weiterzuentwickeln. Die Öffnung der pädagogischen Praxis der Einrichtungen hin zu den unterschiedlichen Lebenswelten der Kinder und ihrer Familien im Stadtteil wie auch zu anderen Angeboten im Stadtteil (...) ist ein wichtiger Schritt, um Einrichtungen der Kindertagesbetreuung zu stadtteil- und kindbezogenen Kristallisationspunkten und Elterntreffs zu entwickeln“ (BMFSFJ April 2001, S. 8 f.).

Thematische Schwerpunkte

Einen ersten Einblick geben die thematischen Schwerpunkte, die die Einrichtungen in ihrer Arbeit setzen. Dabei wurden den LeiterInnen Antworten vorgegeben und sie sollten für jedes Thema ankreuzen, ob es eine sehr große, eine große, eine weniger große oder keine Rolle spielt. Zusätzlich wurde ihnen die Möglichkeit gegeben, weitere Schwerpunkte anzugeben.

Übersicht 24: Thematische Schwerpunkte der Kindertageseinrichtungen in den ausgewählten Quartieren (in Prozent)



Lesebeispiel: 24 % der LeiterInnen, die die Frage beantwortet haben, haben angegeben, dass „Zweisprachigkeit fördern“ eine sehr große Rolle spielt, 23 % haben angegeben, dass dies eine große Rolle spielt, 33 % haben angegeben, dass dies eine weniger große Rolle spielt und 21 % der LeiterInnen haben angegeben, dass dies keine Rolle spielt.

Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

Bei der Betrachtung der Antworten kristallisieren sich drei Blöcke von Schwerpunkten heraus:

- ♦ Kinder zu stärken, sie zu beteiligen, Sprachförderung, die Zusammenarbeit mit den Eltern/Beteiligung von Eltern, interkulturelle (oder ähnliche) Arbeit, die Zusammenarbeit mit anderen Stellen und Einrichtungen, Bildung, Konzepte gegen Gewalt und die Öffnung für Personen oder Gruppen von außen spielen in den meisten Einrichtungen als thematische Schwerpunkte eine sehr große oder große Rolle: Etwa drei Viertel der LeiterInnen und mehr geben dies an.

In der Mitte liegen die Schwerpunkte „Zweisprachigkeit fördern“ und „Öffnung für Personen/Gruppen von außen“. Kaum überraschend spielt die Förderung von Zweisprachigkeit insgesamt eine umso größere Rolle, je höher der Anteil der mehrsprachigen Kinder in der Einrichtung ist. Der Umgang mit Mehrsprachigkeit wird im folgenden Abschnitt genauer beleuchtet.

- ♦ Für einen Großteil der Einrichtungen (etwa zwei Drittel und mehr) spielen Konzepte zum Umgang mit Armut, Konzepte gegen Sucht, Mädchen- und Jugendarbeit eine weniger große oder gar keine Rolle. Zumindest ein Teil der Einrichtungen dürfte von Armut stärker betroffen sein, was man (mit Einschränkungen) an dem hohen Anteil von arbeitslosen und Sozialhilfe beziehenden Familien ablesen kann. Es überrascht deshalb, dass Konzepte zum Umgang mit Armut nur selten eine größere Rolle spielen. Wie die Einrichtungen in der täglichen Arbeit mit Armut umgehen, wird an späterer Stelle beschrieben.

- ♦ Etwa ein Drittel der LeiterInnen hat weitere Schwerpunkte angegeben. Am häufigsten genannt wurde das Thema Ernährung bzw. Gesundheitserziehung allgemein. Auch Umwelterziehung bzw. das Thema „Naturerfahrung“ kommt vor. Als weitere Bereiche haben sich die Bewegungsförderung, die Förderung von Sinneserfahrungen, Konzentration und Körper- und Selbstwahrnehmung, die Themen „soziales Verhalten“, „Selbstständigkeit“, „Förderung des Selbstwertgefühls“, aber auch eine eher am einzelnen Kind orientierte Förderung („sonderpädagogische Förderung“, „individuelle heilpädagogisch orientierte Arbeit am Einzelfall“ etc.) herauskristallisiert.

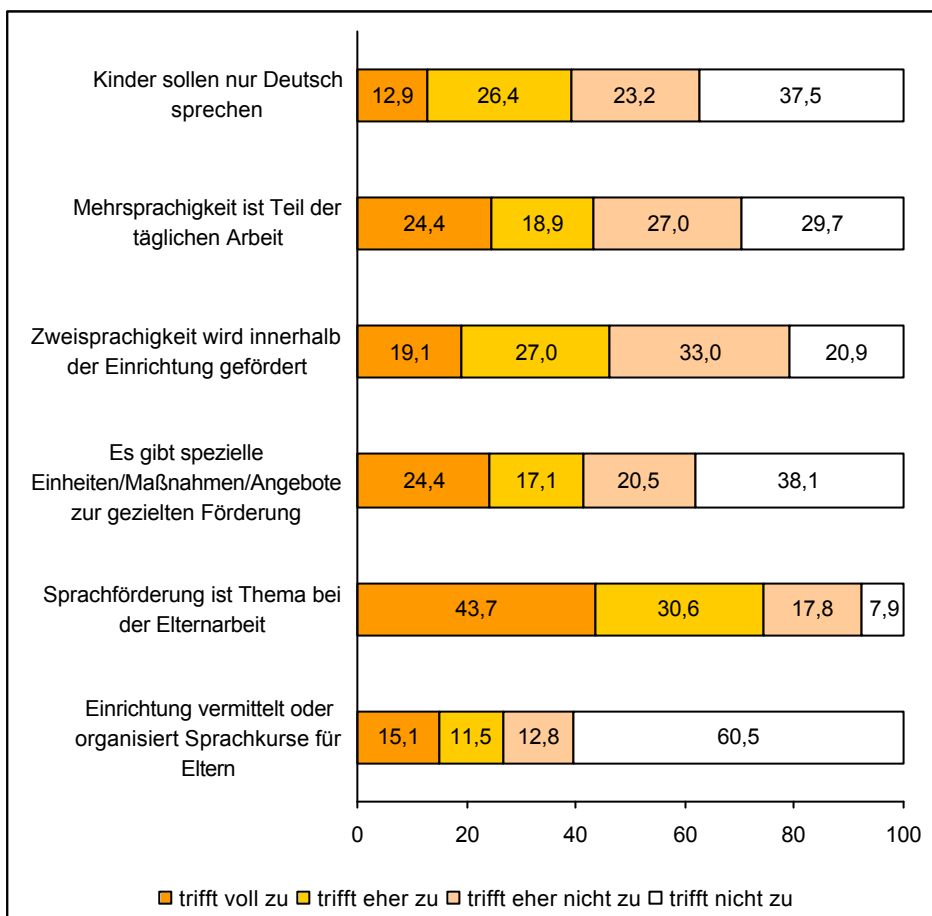
Der Umgang mit Mehrsprachigkeit in den Einrichtungen

Obwohl die Sprachentwicklung für alle Kinder – egal, ob sie neben Deutsch noch weitere Sprachen sprechen oder nicht – eine zentrale Bedeutung hat, sind wir im Rahmen der Untersuchung nur dem Umgang mit Mehrsprachigkeit genauer nachgegangen. Denn in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf im Westen sind so gut wie alle befragten Einrichtungen mit der Mehrsprachigkeit von Kindern konfrontiert und auch im Osten Deutschlands sind dies vier Fünftel der Einrichtungen.

Den LeiterInnen von Tageseinrichtungen, die auch von mehrsprachigen Kindern besucht werden, wurden sechs Aussagen vorgegeben. Übersicht 25 gibt ihre Antworten wieder.³⁰

³⁰ Bei manchen Aussagen machen die Angaben „trifft eher zu“ oder „trifft eher nicht zu“ auf Anheb wenig Sinn. So könnte man sagen: Entweder die Einrichtung vermittelt Sprachkurse oder sie tut es nicht. Wurde z.B. dennoch „trifft eher zu“ angegeben, lässt sich dies auf mehrere Arten interpretieren: Möglicherweise werden nur selten Sprachkurse vermittelt oder die LeiterIn vermittelt zwar weiter, hält dies aber nicht für besonders bedeutsam.

Übersicht 25: Verschiedene Umgangsweisen mit Mehrsprachigkeit (in Prozent)



Lesebeispiel:

43,7 % der LeiterInnen geben an, dass die Aussage „Sprachförderung ist Thema bei der Elternarbeit“ voll zutrifft.

30,6 % geben an, dass dies eher zutrifft.

17,8 % geben an, dass dies eher nicht zutrifft und 7,9 % geben an, dass dies nicht zutrifft.

Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

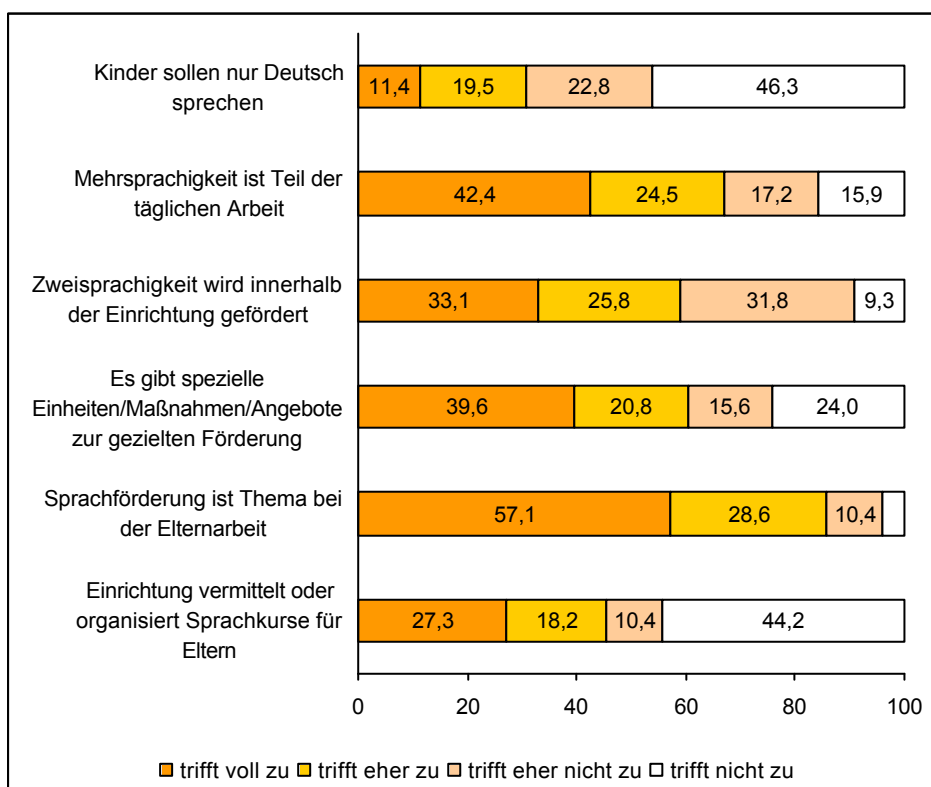
Wir wollen zunächst der Frage nachgehen, ob es zwischen diesen Umgangsweisen Zusammenhänge gibt, und welche Rolle es spielt, ob viele oder nur wenige Kinder in den Einrichtungen mehrsprachig sind.

Es überrascht wenig, dass Einrichtungen, in denen die Kinder nur Deutsch sprechen sollen (etwa 40 % der LeiterInnen), Zweisprachigkeit innerhalb der Einrichtung seltener fördern und dass Mehrsprachigkeit seltener Teil der täglichen Arbeit ist. Interessant ist, dass sie auch seltener spezielle Einheiten zur gezielten Förderung mehrsprachiger Kinder haben als die übrigen Einrichtungen.

Je höher der Anteil der mehrsprachigen Kinder ist, desto häufiger wird Zweisprachigkeit innerhalb der Einrichtung gefördert und desto seltener sollen die Kinder nur Deutsch sprechen. So fördern zwei Drittel der Einrichtungen mit einem hohen Anteil mehrsprachiger Kinder (mindestens drei Viertel der Kinder) Zweisprachigkeit. Nur etwa jede fünfte LeiterIn in solchen Einrichtungen spricht davon, dass die Kinder nur Deutsch sprechen sollen. Gleichzeitig gibt es

Einrichtungen mit einem hohen Anteil von mehrsprachigen Kindern, in denen Zweisprachigkeit nicht gefördert wird (knapp ein Drittel) und in denen die Kinder nur Deutsch sprechen sollen. Wir vermuten, dass in diesen Kindertageseinrichtungen die Erstsprache der Kinder in der täglichen Arbeit nicht zur Kenntnis genommen wird, als Hindernis beim Erlernen der deutschen Sprache angesehen wird, oder dass einfach das Wissen darüber fehlt, wie die Erstsprache der Kinder in der pädagogischen Arbeit aufgegriffen werden soll oder kann. Dies ist problematisch: So ist es für das Selbstwertgefühl der Kinder wichtig, dass ihre Muttersprache wertgeschätzt wird. Außerdem haben Kinder, die ihre Muttersprache gut beherrschen, weniger Probleme beim Erwerb der zweiten Sprache.³¹ Diese Erkenntnisse aus der Sprachforschung hat übrigens auch eine der ausführlich befragten LeiterInnen bestätigt.

Übersicht 26: Verschiedene Umgangsweisen mit Mehrsprachigkeit in Einrichtungen mit einem Anteil mehrsprachiger Kinder von 50 % und mehr (Anteil von Einrichtungen)



Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

³¹ Siehe dazu das Gutachten des Sozialpädagogischen Instituts NRW: Sprachförderung in Kindertagesstätten. Dezember 1999 oder auch zwei Veröffentlichungen des DJI-Projekts „Kulturenvieffalt aus der Perspektive von Kindern“: Treffpunkt deutsche Sprache – Sprachförderung von mehrsprachigen Kindern in Tageseinrichtungen Projektheft 5/2001 und Mehrsprachigkeit im multikulturellen Kinderleben Projektheft 2/1999. Noch ausführlicher hat sich Karin Jampert (2002) mit dem Spracherwerb im Kindergarten auseinandergesetzt. Beispiele für Materialien, mit denen Kindertageseinrichtungen arbeiten können, sind das multimediale Materialpaket „Das bin ich“, herausgegeben (u.a.) von der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (2001) (bestellbar beim nds Verlag, Postfach 102752, 45027 Essen) oder die Materialien „LIFE - Ideen und Materialien für interkulturelles Lernen“, herausgegeben von der BMW AG München.

Es hat sich gezeigt, dass sich spezielle Einheiten, Maßnahmen oder Angebote zur gezielten Förderung mehrsprachiger Kinder und Mehrsprachigkeit als Teil der täglichen Arbeit nicht ausschließen. Etwa ein Drittel der Einrichtungen macht beides („trifft voll zu“ und „trifft eher zu“), für knapp die Hälfte treffen beide Aussagen nicht zu und nur jeweils jede zehnte LeiterIn sagt, dass Mehrsprachigkeit Teil der täglichen Arbeit sei, es aber keine speziellen Einheiten oder Angebote für die Kinder gebe oder umgekehrt.

Wie Einrichtungen, in denen mindestens die Hälfte der Kinder mehrere Sprachen spricht, mit der Mehrsprachigkeit der Kinder umgehen, verdeutlicht noch einmal die vorangehende Übersicht 26. Es fällt auf, dass auch in Einrichtungen mit einem hohen Anteil mehrsprachiger Kinder relativ viele LeiterInnen der Meinung sind, die Kinder sollen nur Deutsch sprechen – angesichts der oben dargestellten Erkenntnisse der Sprachforschung ist dies als negativ zu bewerten.

In etwas weniger als der Hälfte der Einrichtungen mit mehrsprachigen Kindern arbeitet pädagogisches Personal, das die Muttersprache(n) zumindest eines Teils der Kinder spricht. Übersicht 27 stellt die Situation in Einrichtungen mit einem verschiedenen großen Anteil an mehrsprachigen Kindern dar. Angesichts der Bedeutung, die muttersprachliche ErzieherInnen bei der Sprachförderung – und nicht nur dort – haben, ist der Anteil der Einrichtungen mit muttersprachlichem Personal als noch zu gering einzuschätzen. Interessant ist, dass über drei Viertel der Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, die im Rahmen der E & C-Programmbegleitung in zwölf Gebieten befragt wurden, muttersprachliche Kräfte beschäftigen. Dies ist ein Hinweis darauf, dass in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit mehr muttersprachliche Fachkräfte arbeiten als in Kindertageseinrichtungen.

Übersicht 27: Muttersprachliches Personal* in Einrichtungen mit 25 % und mehr mehrsprachigen Kindern

Einrichtungen mit einem Anteil von mehrsprachigen Kindern von ...	Personal, das die Muttersprache(n) der Kinder spricht			
	gültige Fälle		ja	nein
	Einr.	in %	in %	in %
25 bis unter 50 %	110	100,0	44,5	55,5
50 bis unter 75 %	91	100,0	57,1	42,9
75 bis 100 %	65	100,0	63,1	36,9

* Muttersprachliches pädagogisches Personal, das die Muttersprache zumindest eines Teils der nichtdeutschen Kinder spricht

Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

Zusammenarbeit mit den Eltern

Die Zusammenarbeit mit den Eltern ist ein wichtiger Teil der Arbeit in Kindertageseinrichtungen. Wir sind deshalb folgenden Fragen nachgegangen:

- Mit wie vielen Eltern haben die Einrichtungen regelmäßig Kontakt?
- Wie verbreitet sind bestimmte Formen der Zusammenarbeit und für wie wichtig halten sie die LeiterInnen?³²
- Gibt es Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit den Eltern, und wenn ja, welche?

Es stellt sich heraus, dass nach Auskunft der LeiterInnen der größte Teil der Einrichtungen zu allen bzw. den meisten Eltern regelmäßig Kontakt hat. Nur eine geringe Zahl von Kindertageseinrichtungen hat zu weniger als der Hälfte der Eltern regelmäßig Kontakt (8 %). Dies widerspricht – zumindest auf den ersten Blick – der Erfahrung, dass Kindertageseinrichtungen, die vor allem mit sozial benachteiligten Familien zu tun haben, oft Schwierigkeiten haben, die Eltern zu erreichen. Man sollte das Ergebnis aber nicht überbewerten, weil regelmäßiger Kontakt vieles bedeuten kann, zum Beispiel auch schon, die Mutter beim Bringen und Abholen ihres Kindes zu sehen.

Übersicht 28: Anzahl der Eltern, zu denen ein regelmäßiger Kontakt besteht*

Einrichtungen, die Kontakt haben zu ...	Einrichtungen	in %	
weniger als 50 % der Eltern	32	8,3	
50 bis unter 75 % der Eltern	46	11,9	
75 bis unter 90 % der Eltern	74	19,2	
90 bis unter 100 % der Eltern	50	13,0	
allen Eltern	184	47,7	
<i>Gesamt</i>	386	100,0	
keine Angabe	33	7,9	Quelle/ Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

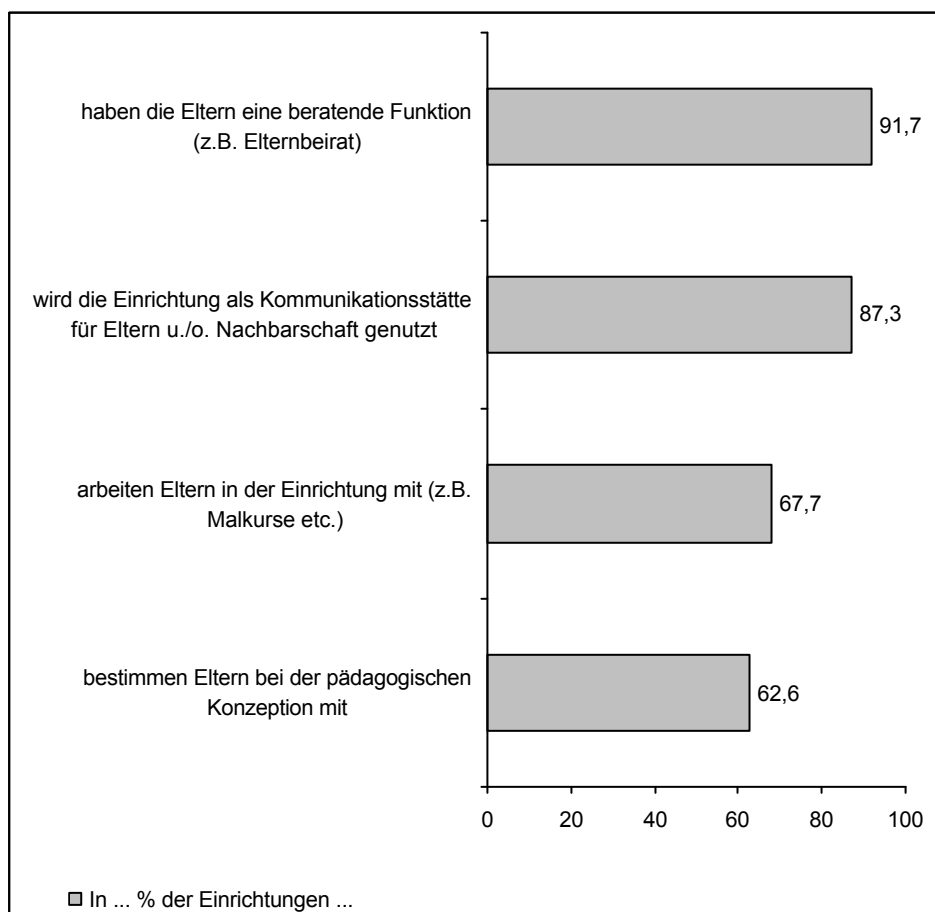
* Die genaue Frageformulierung lautete: „Bei wie vielen Kindern in Ihrer Einrichtung haben Sie oder die Erzieherinnen regelmäßig Kontakt zu einem oder beiden Elternteilen?“

Tür- und Angelgespräche, elternbildende und informative Formen der Zusammenarbeit (wie Elternbriefe, Mitteilungszettel oder Ähnliches, aber auch Elternabende) und Einzelberatung von Eltern oder Einzelgespräche mit den Eltern, haben so gut wie alle Einrichtungen angegeben. Auf die Frage, für wie wichtig sie diese Formen halten, haben nahezu alle LeiterInnen „wichtig“ oder „sehr wichtig“ angekreuzt. Größere Unterschiede zwischen den Einrichtungen gibt es in Bezug auf die in den zwei folgenden Übersichten aufgeführten Formen.

³² Die Frage ist angelehnt an einen Aufsatz von Martin R. Textor (1997).

Sie haben im weiten Sinne mit einer Beteiligung der Eltern in den Kindertageseinrichtungen und mit der Öffnung der Einrichtungen zum Stadtteil zu tun. Übersicht 29 gibt den Anteil der Einrichtungen wieder, die die jeweilige Form der Zusammenarbeit nutzen. Zunächst ist erstaunlich, dass nicht alle LeiterInnen angeben, dass die Eltern eine beratende Funktion (z.B. Elternbeirat) haben, wo Elternbeiräte doch vorgeschrieben sind und auch die Beratung zu ihren Aufgaben gehört. Dies kann man so deuten, dass in diesen Fällen der Elternbeirat nach Meinung der LeiterIn seiner Aufgabe nicht gerecht wird, möglicherweise wird dem Elternbeirat diese Aufgabe von der LeiterIn nicht zugestanden. Auf der Grundlage der Befragung können wir nicht sagen, was zutreffender ist. Viele LeiterInnen geben an, dass die Einrichtung als Kommunikationsstätte für Eltern und/oder Nachbarschaft genutzt wird, dass Eltern in der Einrichtung mitarbeiten und dass sie bei der pädagogischen Konzeption mitbestimmen. Ob sich darin widerspiegelt, dass Kindertageseinrichtungen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf diesbezüglich mehr machen als andere Kindertageseinrichtungen, ist schwer zu sagen: Wenn unter einer Mitarbeit von Eltern z.B. schon das Kuchenbacken zum Sommerfest verstanden wird, sind zwei Drittel

Übersicht 29: Ausgewählte Formen der Zusammenarbeit mit den Eltern in den Einrichtungen (in Prozent)

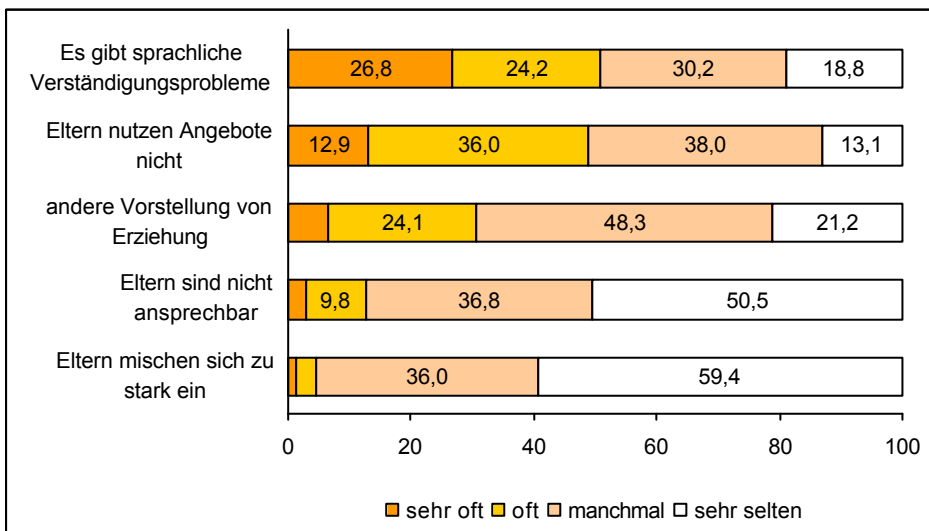


Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

der LeiterInnen sicherlich wenig. Wenn die LeiterInnen dies jedoch enger gefasst haben als eine Mitarbeit im pädagogischen Bereich, sind zwei Drittel der Einrichtungen sehr viel. Ähnliches gilt für die Frage, ob die Eltern bei der pädagogischen Konzeption mitbestimmen. Wenn die LeiterInnen darunter die Mitbestimmung im Rahmen des Elternbeirats verstanden haben, sind gut 60 % der LeiterInnen sehr wenig, bedeutet Mitbestimmung mehr als „nur“ die Mitarbeit im Elternbeirat, liegt die Zahl recht hoch.

Um einen Eindruck von möglichen Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit den Eltern zu bekommen, haben wir die in Übersicht 30 aufgeführten Schwierigkeiten im Fragebogen thematisiert. Jede LeiterIn sollte angeben, wie häufig diese in der Einrichtung vorkommen, wobei eine Abstufung zwischen „sehr oft“, „oft“, „manchmal“ und „sehr selten“ möglich war. Dass die Eltern die Angebote nicht nutzen und sprachliche Verständigungsprobleme auftauchen, kommt in etwa der Hälfte der Einrichtungen oft oder sehr oft vor. Nur in wenigen Einrichtungen sind Eltern nach Aussage der LeiterInnen oft oder sehr oft nicht ansprechbar oder mischen sich zu stark ein. Knapp ein Drittel der LeiterInnen meint, dass Eltern häufiger eine andere Vorstellung von Erziehung hätten.

Übersicht 30: Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit den Eltern (in Prozent)



Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

Umgang mit Armut

Neben dem Umgang mit Mehrsprachigkeit und der Zusammenarbeit mit den Eltern haben wir in der Befragung der LeiterInnen den Umgang mit Armut thematisiert. Dem liegt die Einschätzung zugrunde, dass Armut gerade in Stadtteilen, in denen überproportional viele sozial benachteiligte Menschen leben, eine Rolle spielt. Hock et al. haben gezeigt, dass sich Armut als ein „komplexes, multidimensionales Problem“ (Hock et al. 4/2000, S. XIV) darstellt und deshalb einer ebenso komplexen Wahrnehmung und eines sensiblen Verständnisses bedarf:

„Die Entwicklung von multidimensionalen und interdisziplinären Hilfskonzepten, insbesondere für Kindertageseinrichtungen und Schulen ist kurz- bis mittelfristig zu realisieren. Hier ist dem Fakt Rechnung zu tragen, dass „Armut“ eine mehrdimensionale Lebenslage ist, in der stets materielle und immaterielle Faktoren zusammenfließen, die die Entwicklungschancen und damit die Lebensperspektiven der jungen Menschen nachhaltig beeinflussen“ (Hock et al. 4/2000, S. 105).

Wie groß die Armut speziell in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf ist und wie sie von den MitarbeiterInnen in Kindertageseinrichtungen dort wahrgenommen wird, wären wichtige Fragen. Allerdings würde es den Rahmen dieser Untersuchung sprengen, würden wir ihnen in der nötigen Differenziertheit nachgehen.

Darüber, wie die LeiterInnen das Problem „Armut“ wahrnehmen, können wir auf der Grundlage der schriftlichen Befragung nichts aussagen. In Gesprächen sind einzelne LeiterInnen jedoch auf das Thema „Armut“ zu sprechen gekommen. So sollten die LeiterInnen folgende Frage beantworten: „Denken Sie, dass Armut innerhalb der Familien der Kinder – also zunächst ein Mangel an materiellen Dingen – ein bedeutsames Problem darstellt? Als Antwortmöglichkeiten waren „Ja“, „Nein“ und „Kann ich nicht einschätzen“ vorgesehen. Mit der Einschränkung auf den materiellen Aspekt von Armut hatten die LeiterInnen große Probleme. Dies wurde in den Gesprächen deutlich. Nach ihrer Einschätzung werde fälschlicherweise suggeriert, Armut sei mit Händen zu greifen. Sie bestehe außerdem aus vielen Facetten. Mehrmals wurde angesprochen, dass ein Teil der Kinder zwar schöne Kleidung hätte, aber trotzdem morgens hungrig in die Einrichtung käme oder emotional vernachlässigt würde. In diesen Sätzen wird deutlich, dass dem immateriellen Aspekt von Armut große Bedeutung zukommt.

Für eine ausführlichere Darstellung dieses Themas verweisen wir auf die AWO-ISS-Studie (z.B. Hock et al. 4/2000) und beschränken uns auf einige wenige Punkte:

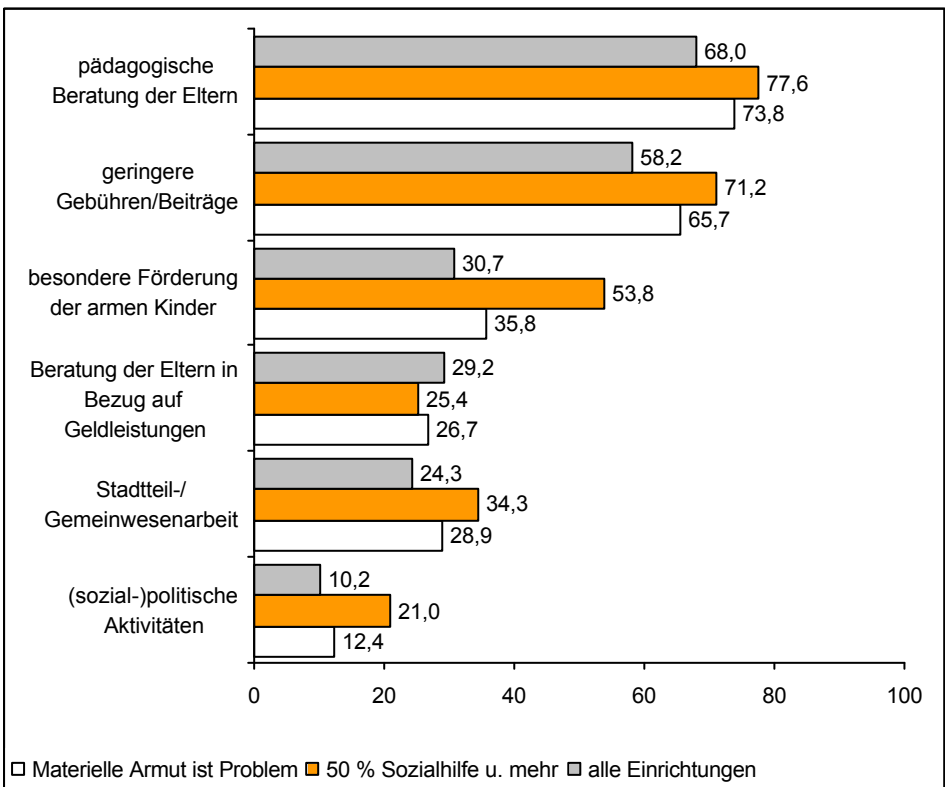
- ♦ Haben die LeiterInnen den Eindruck, dass die „Armut“ im Stadtteil in den letzten fünf Jahren schlimmer geworden ist, dass die Situation sich nicht verändert hat oder dass sie besser geworden ist? Wie stark sind in der Einschätzung der LeiterInnen davon die Familien betroffen, mit denen sie zu tun haben?
- ♦ Wie wird in den Kindertageseinrichtungen mit „Armut“ umgegangen?

Mehr als die Hälfte der LeiterInnen hat den Eindruck, dass die „Armut“ im Stadtteil in den letzten fünf Jahren schlimmer geworden ist. Weitere 40 % der Befragten geben an, die Situation sei gleich geblieben. Nur sehr wenige – gerade einmal 16 EinrichtungsleiterInnen (das entspricht 4 % aller gültigen Antworten) – meinen, dass die Lage besser geworden ist. Auch in der Erhebung der E & C-Programmbegleitung in zwölf Quartieren vor allem bei LeiterInnen im Bereich der Jugend- und Jugendsozialarbeit gaben fast zwei Drittel der Befragten an, dass die Verarmung von Familien ein erhebliches Problem im Quartier sei (vgl. DJI-Projekt Netzwerke im Stadtteil 2002a, S. 27). Bezogen auf die Familien, mit denen die Kindertageseinrichtungen zu tun haben, hat etwa die Hälfte der LeiterInnen (in unserer Befragung) angegeben, der Mangel an materiellen

Dingen sei ein bedeutsames Problem. Wie oben bereits dargelegt, ist es problematisch, Armut auf ihren materiellen Aspekt zu beschränken. Wir vermuten deshalb, dass Armut eher noch in mehr Einrichtungen präsent ist. Trotz dieser einschränkenden Bemerkungen: Die Befunde über das Ausmaß der Armut sind Anlass zur Sorge und unterstreichen die Notwendigkeit, in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf (aber auch anderswo) solchen Entwicklungen (weiterhin) entgegenzusteuern.

Den LeiterInnen wurden verschiedene mögliche Umgangsweisen mit Armut in den Einrichtungen vorgegeben.³³ Sie sollten für jeden Punkt angeben, ob es sich um ein Regelangebot handelt, ob sie dies in Einzelfällen machen oder ob es so etwas bei ihnen nicht gibt. Beim Punkt „geringere Gebühren/Beiträge“ ist zu berücksichtigen, dass die LeiterInnen damit wohl eher die Kosten für Ausflüge oder Ähnliches und nicht geringere Elternbeiträge im Sinn hatten. Denn für die Höhe der Beiträge für Eltern mit einem geringen Einkommen sind die Kindertageseinrichtungen nicht selbst zuständig. Darüber hinaus konnten sie selbst in wenigen Worten beschreiben, wie in der Einrichtung – abgesehen von den genannten Punkten – mit „Armut“ umgegangen wird.

Übersicht 31: Umgang mit „Armut“ in den befragten Kindertageseinrichtungen ist Regelangebot (in Prozent)



Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

³³ Die Frage ist mit kleinen Veränderungen aus der AWO-ISS-Einrichtungsbefragung übernommen worden.

Wie Übersicht 31 zeigt, werden die pädagogische Beratung der Eltern (etwa zwei Drittel der LeiterInnen) und geringere Gebühren und Beiträge (fast 60 %) am häufigsten als Regelangebote genannt, mit denen auf Armut reagiert wird.³⁴ Immerhin ein Viertel der Einrichtungen ist aber auch regelmäßig in der Stadtteil- oder Gemeinwesenarbeit engagiert, d.h. es werden zum Beispiel Spielzeug- und Kleidertauschbörsen oder Flohmärkte organisiert. Am seltensten wurden (sozial-)politische Aktivitäten als Regelangebot genannt, etwa 40 % der LeiterInnen berichten jedoch, dies in Einzelfällen zu machen.

Die 68 Einrichtungen, bei denen die Eltern von mehr als der Hälfte der Kinder Sozialhilfe beziehen, unterbreiten die genannten Angebote häufiger als Regelangebot. Eine Ausnahme stellt die Beratung von Eltern in Bezug auf Geldleistungen dar. Sie wird von den 68 Einrichtungen etwas seltener genannt. Ähnliches zeigt sich beim Blick auf die Kindertageseinrichtungen, deren LeiterInnen der Meinung sind, (materielle) Armut sei innerhalb der Familien ein bedeutsames Problem. Herausgreifen möchten wir die pädagogische Beratung der Eltern im Hinblick auf „Armut“ – etwas, das eigentlich zu den Kernaufgaben von Kindertageseinrichtungen gehört: Sie gehört in immerhin einem Viertel der Einrichtungen, die besonders mit dem Problem konfrontiert sind (50 % und mehr Kinder von SozialhilfeempfängerInnen/materielle Armut wird als bedeutsames Problem in den Familien erkannt), nicht zum Regelangebot, sondern wird nur in Einzelfällen gemacht. Die Zahlen zeigen auf, dass die Einrichtungen durchaus auf Armut reagieren, jedoch zum Teil noch nicht in ausreichendem Maße. Dies ist ein Hinweis darauf, dass ein Teil der LeiterInnen damit überfordert oder ratlos ist. Eine Sensibilisierung für die Formen und Folgen von Armut und welche Möglichkeiten Kindertageseinrichtungen haben (in Aus- und Fortbildung), ist sinnvoll.

62 LeiterInnen haben zusätzlich in eigenen Worten beschrieben, wie sie in der Einrichtung mit Armut umgehen und dabei die Aussagen in Übersicht 31 konkretisiert oder weitere Umgangsweisen genannt. Dabei haben sich folgende Punkte herauskristallisiert:

- ♦ Die Kindertageseinrichtungen selbst, Fördervereine, Träger oder private Spender tragen teilweise oder ganz die Kosten für Freizeitangebote, Ausflüge, Theater, Kino, Ferienfahrten etc.
- ♦ Einrichtungen als „Spenden-Manager“: Die Einrichtung wirbt Spenden ein, gibt materielle Spenden weiter oder hängt Spendenaufrufe aus.
- ♦ Bei der Planung von besonderen Angeboten achten die Einrichtungen darauf, dass keine hohen Kosten damit verbunden sind.
- ♦ Die Sensibilität für die Situation der Kinder („einfach ein offenes Ohr und eine gute Wahrnehmung haben“, wie eine Leiterin schreibt).
- ♦ In der pädagogischen Arbeit wird Armut thematisiert, der kreative Umgang mit Alltagsmaterial wird eingeübt.

³⁴ Die AWO-ISS-Studie, die unter anderem AWO-Kindertageseinrichtungen (nicht nur die in den von uns ausgewählten Quartieren) befragt hat, kam übrigens zu einem ähnlichen Ergebnis (vgl. Hock et al. 2/1999, S. 80).

- Die finanzielle und pädagogische Beratung der Eltern wird ebenfalls genannt: Es würden – so eine Leiterin – Gespräche darüber geführt, was Kinder brauchen. Zum Beispiel gebe es auch in armen Familien ein Überangebot an Spielzeug.
- Ernährung: Es gibt auch Frühstück in der Einrichtung, auf eine gesunde Ernährung mit Obst und Gemüse wird geachtet.
- Die Zusammenarbeit mit anderen Stellen wird ebenfalls genannt: Es gibt eine Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen im Stadtteil, mit dem Allgemeinen Sozialdienst (ASD) und Kontakte zur Familienpflege. Die Einrichtungen vermitteln die Eltern weiter an Erziehungsberatungsstellen, das Sozialamt, die Schuldnerberatung oder die RAA (in Nordrhein-Westfalen: Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien).

*Die Zusammenarbeit der Kindertageseinrichtungen
mit anderen Institutionen und Angeboten*

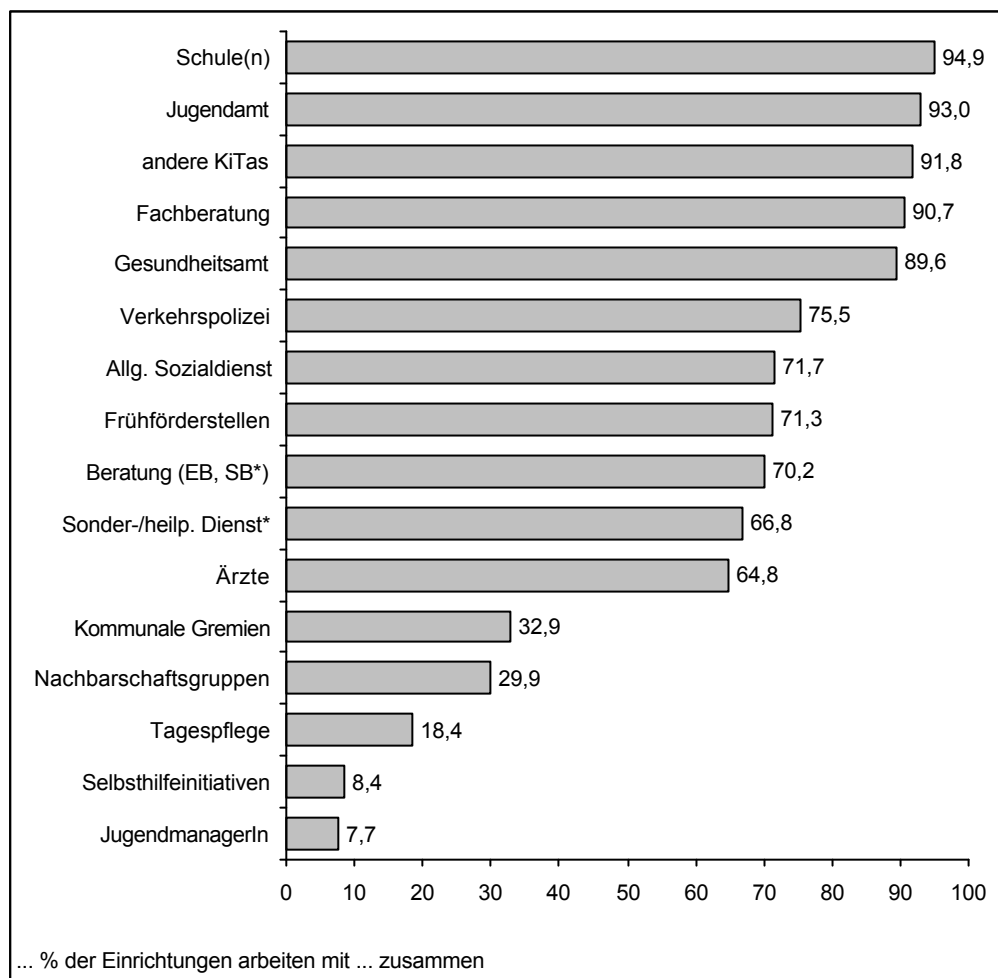
Die LeiterInnen sollten im Rahmen der schriftlichen Befragung für eine Reihe von Einrichtungen, Gruppen oder Behörden angeben, ob es eine Zusammenarbeit gibt und wenn ja, wie zufrieden sie damit sind.

Sie wurden auch gefragt, ob sie (oder andere MitarbeiterInnen) sich in Gremien oder Arbeitskreisen engagieren. Mehr als vier Fünftel der LeiterInnen berichten, dass sie selbst oder andere MitarbeiterInnen der Kindertageseinrichtung in Gremien mitarbeiten, davon der größte Teil in stadtteilbezogenen Arbeitskreisen (80 %) und themenspezifischen Arbeitskreisen (64 %), 40 % in Fachgremien oder Ausschüssen und immerhin 14 % im Kinder- und Jugendhilfeausschuss.

Übersicht 32 auf der nachfolgenden Seite macht deutlich, dass sehr viele LeiterInnen von einer Zusammenarbeit mit Schulen, dem Jugendamt, anderen Kindertageseinrichtungen, der Fachberatung und dem Gesundheitsamt (mindestens 9 von 10 Einrichtungen), der Verkehrspolizei und dem Allgemeinen Sozialdienst berichten.³⁵ Weniger als jede zehnte Einrichtung kooperiert hingegen mit Selbsthilfeinitiativen. Hinweise für eine Öffnung der Einrichtung zum Stadtteil gibt u.a. die Zusammenarbeit mit Nachbarschaftsgruppen. Immerhin fast ein Drittel der LeiterInnen spricht hier von einer Zusammenarbeit.

³⁵ Die Frage ist angelehnt an die Befragung der E & C-Begleitung und an eine Erhebung des Staatsinstituts für Frühpädagogik IFP (1996).

Übersicht 32: Zusammenarbeit der Kindertageseinrichtungen mit Behörden, Stellen und anderen Angeboten (in Prozent)



* EB = Erziehungsberatung, SB = Schuldnerberatung, Sonder-/heilp. Dienst = Sonder- und heilpädagogische Einrichtungen und Dienste

Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

Mit der Zusammenarbeit mit anderen ist ein Großteil der LeiterInnen zufrieden, übrigens ein Ergebnis, das auch die Befragung von Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen im Rahmen der E & C-Programmbegleitung erbracht hat (vgl. DJI-Projekt Netzwerke im Stadtteil, 2002b). Es gibt aber doch Unterschiede zwischen den einzelnen Kooperationspartnern, wie die nachfolgende Übersicht 33 zeigt. Noch am größten ist die Unzufriedenheit („weniger zufrieden“ oder „unzufrieden“) in Bezug auf Ärzte, kommunale Gremien (z.B. Stadtrat oder Bürgermeister), Schulen und den Allgemeinen Sozialdienst. Zur Zusammenarbeit mit der Schule haben sich einige LeiterInnen in eigenen Worten genauer geäußert; sie war auch Thema bei den ausführlichen Interviews. An späterer Stelle wird davon berichtet. Der Anteil der Kindertageseinrichtungen, die mit der Kooperation mit Frühförderstellen, anderen Kindertageseinrichtungen, sonder- und heilpädagogischen Einrichtungen/Diensten, der Tagespflege und der Verkehrspolizei weniger zufrieden oder unzufrieden sind, liegt dagegen unter 10 %.

Übersicht 33: Zufriedenheit mit der Zusammenarbeit der Kindertageseinrichtungen mit Behörden, Stellen und anderen Angeboten

Zufriedenheit mit Zusammenarbeit*	gültige Antworten		sehr zufrieden / zufrieden		weniger zufrieden / unzufrieden	
	Einr.	Einr.	in %	Einr.	in %	
Verkehrspolizei	306	285	93,1	21	6,9	
Tagespflege	71	66	93,0	5	7,0	
Sonder- /heilpäd. Dienste u. Einr.	265	245	92,5	20	7,5	
andere KiTas	375	343	91,5	32	8,5	
Frühförderstellen	279	253	90,7	26	9,3	
Selbsthilfeinitiativen	32	29	90,6	3	9,4	
Erziehungs- /Schuldnerberatung	274	245	89,4	29	10,6	
Fachberatung	358	320	89,4	38	10,6	
Nachbarschaftsgruppen	114	100	87,7	14	12,3	
Gesundheitsamt	364	315	86,5	49	13,5	
Jugendamt	377	316	83,8	61	16,2	
Allgemeiner Sozialdienst	268	204	76,1	64	23,9	
Schule(n)	379	269	71,0	110	29,0	
Kommunale Gremien	125	88	70,4	37	29,6	
Ärzte	249	166	66,7	83	33,3	

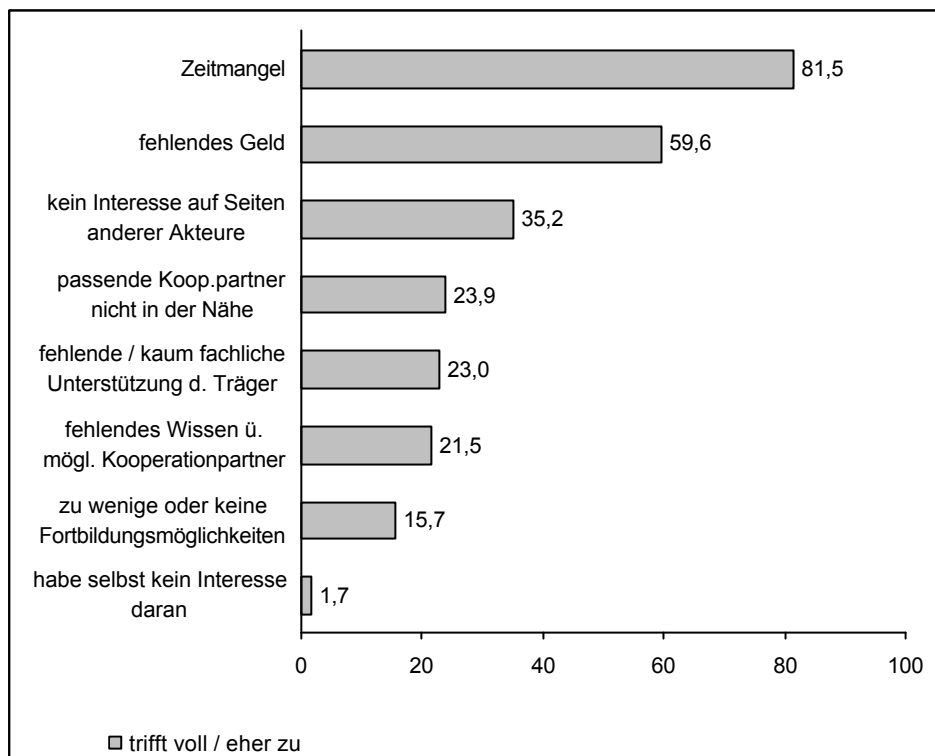
* sortiert nach dem Anteil der LeiterInnen, die mit der Zusammenarbeit zufrieden sind

Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

Aufschluss über Hindernisse, die in den Augen der EinrichtungsleiterInnen eine Zusammenarbeit mit anderen erschweren oder verhindern, gibt Übersicht 34 auf der nachfolgenden Seite. Die einzelnen Punkte wurden den Befragten vorgegeben, wobei sie für jeden angeben sollten, ob er voll zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder nicht zutrifft.

Demnach sind Zeitmangel und fehlendes Geld die am öftesten genannten Hindernisse. Relativ viele LeiterInnen (mehr als jede Dritte) sehen das mangelnde Interesse von Kooperationspartnern als Hindernis. Jeweils mehr als jede fünfte LeiterIn hat aber auch angegeben, dass passende Kooperationspartner nicht in der Nähe seien, dass ihnen das Wissen über mögliche Partner fehle und dass sie – was die Kooperation mit anderen angeht – kaum oder überhaupt keine fachliche Unterstützung durch den Träger bekämen.

Übersicht 34: Hindernisse, die die Zusammenarbeit mit anderen erschweren oder verhindern* (in Prozent)



* Die genaue Frageformulierung lautete: „Im Folgenden sind Hindernisse genannt, die die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, Einrichtungen oder Behörden erschweren oder verhindern können. Geben Sie bitte an, welche in Bezug auf Ihre Einrichtung zutreffen.“

Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

Welche Angebote wurden entwickelt, was ist notwendig?

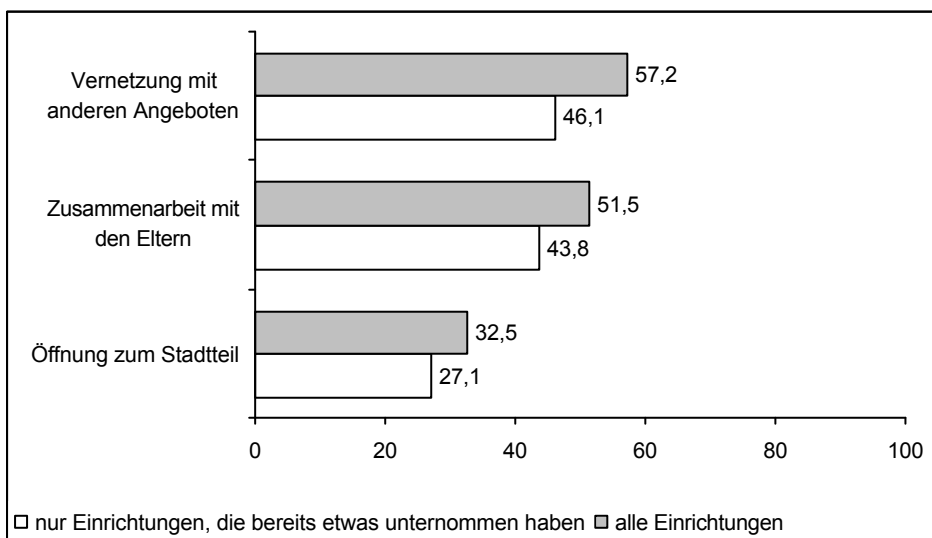
Kindertageseinrichtungen haben täglich mit den Lebensbedingungen der Kinder zu tun. Wir gehen deshalb davon aus, dass die LeiterInnen von Kindertageseinrichtungen einen guten Eindruck davon haben, was getan werden müsste, um Kindern das Aufwachsen unter förderlichen Bedingungen zu ermöglichen. Aus diesem Grund haben wir danach gefragt, ob die Einrichtung im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Eltern, die Öffnung der Einrichtung zum Stadtteil oder die Vernetzung mit anderen Angeboten für Kinder und Familien in den letzten zwei Jahren bereits Angebote und Maßnahmen entwickelt bzw. daran teilgenommen hat oder sie konkret plant, und ob im Hinblick auf diese Bereiche weitere und gegebenenfalls andere Angebote/Maßnahmen besonders dringlich sind.

Es stellte sich heraus, dass etwa zwei Drittel der Einrichtungen in den letzten zwei Jahren Aktivitäten zur Öffnung der Einrichtung gegenüber dem Stadtteil unternommen haben – wobei wir nicht sagen können, was die LeiterInnen dar-

unter verstanden haben, ob sie etwa Ausflüge mit den Kindern zum Bäcker oder andere Betriebe unternehmen oder ihre Räume für Müttertreffs zur Verfügung stellen. 60 % haben etwas in Hinblick auf die „Vernetzung mit anderen Angeboten für Kinder und ihre Familien“ gemacht. Die Zusammenarbeit mit den Eltern wurde von noch mehr LeiterInnen angegeben (über 90 %).

Wie Übersicht 35 zeigt, hält ein Großteil der LeiterInnen – etwa 60 % – weitere Maßnahmen und Angebote zur Vernetzung mit anderen Angeboten für Kinder und Familien für besonders dringlich. Was die Zusammenarbeit mit den Eltern angeht, sind für gut die Hälfte der LeiterInnen weitere Angebote notwendig. Ein Drittel der LeiterInnen hat angegeben, dass im Hinblick auf die Öffnung der Einrichtung zum Stadtteil weitere Maßnahmen und Angebote nötig seien. Interessant ist, ob LeiterInnen in Einrichtungen, die in den letzten zwei Jahren bereits etwas unternommen haben, weiteren Handlungsbedarf sehen. In Bezug auf die Zusammenarbeit mit den Eltern tut dies etwas weniger als die Hälfte der LeiterInnen. Was die Öffnung zum Stadtteil angeht, sehen 27 % dieser LeiterInnen weiteren Handlungsbedarf. Eine weitere Vernetzung mit anderen Angeboten für Kinder und Familien halten 46 % dieser LeiterInnen für notwendig.

Übersicht 35: Anteil der LeiterInnen, die weitere und gegebenenfalls andere Maßnahmen und Angebote für besonders dringlich halten (in Prozent)



Quelle/Berechnungsgrundlage: eigene Befragung

Außerdem haben wir die Frage gestellt: „Gibt es ein Thema – sei es die Kooperation mit anderen Einrichtungen oder irgendetwas anderes –, das Sie für besonders verbesserungsbedürftig halten?“ An dieser Stelle konnten die LeiterInnen ihre Gedanken in eigenen Worten formulieren und waren nicht an Antwortvorgaben gebunden. Mehr als die Hälfte der befragten LeiterInnen hat diese Möglichkeit genutzt. Die Antworten geben einen Einblick in die Lage in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf. Zum Teil sind die Aussagen jedoch sehr konkret auf die Situation vor Ort bezogen, die wir im Detail nicht kennen. Deshalb sollte man die von den LeiterInnen genannten Forderungen und die

Beschreibungen der Defizite als Hinweise und Denkanstöße verstehen, die in den Programmgebieten (und nicht nur dort!) diskutiert werden müssen. Sie können aber nicht automatisch auf alle Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf gleichermaßen übertragen werden. Ebenso wenig können sie den Austausch von Praxis, Verwaltung und Kommunalpolitik ersetzen.

Fasst man die Aussagen der LeiterInnen zusammen, zeigt sich, dass sie im Hinblick auf die folgenden Punkte Verbesserungsbedarf sehen, Forderungen aufstellen und Mißstände kritisieren:

- ♦ die Situation von Kindern und ihren Familien allgemein, die Situation im Stadtteil
- ♦ das Fehlen von oder den Mangel an verschiedenen Angeboten
- ♦ strukturelle Rahmenbedingungen für die Kindertageseinrichtungen (Zeit, Personal, Gruppengröße)
- ♦ Ausbildung, berufsbegleitende Fortbildungen und das Image der Arbeit in Kindertageseinrichtungen
- ♦ die Zusammenarbeit mit anderen Stellen und Angeboten
- ♦ die Zusammenarbeit mit den Eltern

Die angesprochenen Probleme betreffen zum Teil insbesondere Kindertageseinrichtungen in „sozial schwachen“ Einzugsgebieten, zum Teil aber auch ganz allgemein die Ausgangslagen und Rahmenbedingungen von Tageseinrichtungen, ganz egal, wo sie liegen.

*Die Situation von Kindern und ihren Familien allgemein,
die Situation im Stadtteil*

Verbesserungsbedürftig sind nach der Einschätzung der LeiterInnen die Arbeitsmarktsituation in der Region und die Wohnverhältnisse. Die Verkehrssituation für Kinder im Stadtteil sollte (durch Verkehrsberuhigung) verbessert, die Spielplätze instand gehalten werden. Es mangelt an Möglichkeiten zur Freizeitbeschäftigung von Jugendlichen.

Im Hinblick auf die Tagesbetreuung von Kindern sollten Familien unterstützt werden. Vorgeschlagen wird, dass Kindertageseinrichtungen für alle Eltern oder zumindest für „sozial Schwache“ kostenfrei sein sollten. Kinder sollten auch dann aufgenommen werden können, wenn Eltern die Beiträge nicht aufbringen können oder wollen.

Dass die Kindertageseinrichtungen in „sozialen Brennpunkten“ unter besonderen Bedingungen arbeiten, bzw. dass es sich bei dem Einzugsgebiet überhaupt um einen „sozialen Brennpunkt“ handelt, sollten die übergeordneten Behörden berücksichtigen und mehr Personal bereitstellen. So schreibt eine Leiterin, dass das Bewusstsein fehle, dass „wir (...) für unser Konzept andere Kriterien ansetzen als „normale“ Einrichtungen“.

Die Ausstattung des Stadtteils mit verschiedenen Angeboten

Ein zweiter Block von Aussagen befasst sich mit dem Mangel an bzw. dem Fehlen von bestimmten Angeboten. Die LeiterInnen haben einerseits den Bereich der Kindertageseinrichtungen thematisiert, andererseits von einem Fehlen weiterer Angebote berichtet.

Was Kindertageseinrichtungen angeht, schreiben einige LeiterInnen, dass es allgemein zu wenig Kindertageseinrichtungen (im Stadtteil, in der Stadt) gebe. Auch wenn die Ausstattung mit Kindertageseinrichtungen im Mittel recht positiv bewertet wird, gibt es offenbar Quartiere, wo dies nicht ausreicht. Insbesondere die Versorgung von unter 3-jährigen Kindern und Schulkindern sei nicht bedarfsgerecht – eine Einschätzung, die auch von der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik vor allem für Westdeutschland gestützt wird. Zudem würden Ganztagsplätze fehlen oder seien als Regelangebot notwendig.

Weitere Angebote, an denen es mangelt, sind – so die Antworten der LeiterInnen – therapeutische Behandlungsmöglichkeiten für Kinder in der Kindertageseinrichtung, Begegnungsmöglichkeiten für Mütter (mit Kinderbetreuung), Frauengruppen, Nachhilfekurse für Schulkinder und Jugendhilfeeinrichtungen im Stadtteil. Speziell für MigrantInnen wäre es notwendig, dass Erziehungsberatungsstellen oder z.B. ergotherapeutische Praxen MitarbeiterInnen mit demselben Migrationshintergrund haben. Es fehle außerdem an Integrationsmaßnahmen und Angeboten zur Sprachförderung.

Strukturelle Rahmenbedingungen

Sehr häufig werden die strukturellen Rahmenbedingungen für die Kindertageseinrichtungen kritisiert: Viele schätzen die Personalsituation in der Einrichtung als sehr ungünstig ein. Für vieles hätten sie keine Zeit, zu wenig Personal bzw. die Gruppen wären zu groß. Elternarbeit, die Zusammenarbeit mit anderen Stellen und Angeboten, die Fortbildung der MitarbeiterInnen und die pädagogische Arbeit mit den Kindern leiden darunter. Bemängelt wird, dass Vor- und Nachbereitungszeiten nicht durchgesetzt sind, dass Vertretungskräfte fehlen und die Leitung auch in Gruppen arbeiten muss. Eine Leiterin fasst dies – stellvertretend für ähnliche Antworten – so zusammen:

„Wir warten dringendst auf die Reform, sind aber mit bisherigen Entwicklungen nicht einverstanden, da die überlangen Zeiten wieder nicht berücksichtigt werden. Wie soll mit wenig Personal und erschwerten Bedingungen pädagogisch sinnvoll gearbeitet werden?“

Aus- und Fortbildung und das Image der Arbeit in Kindertageseinrichtungen

Die LeiterInnen sprechen davon, dass die ErzieherInnenausbildung verbessert werden müsste. Denn: „Erziehung ist nicht nur eine Familienangelegenheit, sondern auch gesellschaftliches Anliegen, d.h. Verbesserung der Erzieherausbildung, Bildung statt Verwaltung“.

Notwendig wären auch mehr und bessere praxisbezogene berufsbegleitende Fortbildungen, „vor allem für ältere Kollegen“. Einen Informationsbedarf sehen die LeiterInnen bei den Themen Sprachförderung, interkulturelle Arbeit, „wie stärkt man Familien in sozialen Brennpunkten“ und beim Umgang mit Armut in den Familien. Außerdem wäre Kommunikationstraining „für Stresssituationen der MitarbeiterInnen“ nötig.

Allerdings müsste dieses auch zu günstigen Zeiten angeboten werden und nicht zu teuer sein bzw. nicht vom eigenen Gehalt finanziert werden müssen. Die mangelnde Anerkennung der pädagogischen Arbeit und des Erzieherberufs, die sich auch in der Bezahlung äußert, wird von den LeiterInnen ebenfalls kritisiert.

Zusammenarbeit mit anderen Stellen und Angeboten

Einen großen Stellenwert in den Aussagen der LeiterInnen hat – schon allein durch die Formulierung der Frage – die Zusammenarbeit mit anderen Stellen und Angeboten. Schulen und Kindertageseinrichtungen werden am häufigsten thematisiert. Neben einer Kooperation zweier Partner wird auch eine Vernetzung mehrerer Angebote untereinander für sinnvoll gehalten.

Mehr und bessere Zusammenarbeit ist – so die LeiterInnen – auf mehreren Ebenen wünschenswert: an der Basis, auf Leitungsebene und bei übergeordneten Dienststellen wie z.B. der Schulbehörde und dem Jugendamt.

Neben der Schule und anderen Kindertageseinrichtungen nennen die LeiterInnen als weitere (gewünschte) Kooperationspartner ausländische Vereine, die Frühförderung, die Kinderhilfe, den Allgemeinen Sozialdienst, das Gesundheitsamt und die Gemeinde. Einige Befragte wünschen sich externe Unterstützung im Hinblick auf die Sprachförderung („Für Sprachförderung sollte in die Einrichtung zusätzlich geschultes Personal kommen“) und „bei Kindern mit Verhaltensstörungen/Wahrnehmungsstörungen“.

Auch für eine Vernetzung von Angeboten plädieren einige LeiterInnen. So könne man Eltern und Kinder schneller und besser unterstützen:

„Ein problematischer Stadtteil wie [...] benötigt eine interdisziplinäre Anlaufstelle/einen Treffpunkt, wo Erziehungsberatung, Familienhilfe, Straßensozialarbeit, Cafés für Bürger, kulturelle Veranstaltungen etc. vorhanden sind“.

Was die Zusammenarbeit mit anderen Kindertageseinrichtungen angeht, wären für einige LeiterInnen ein eher informeller Erfahrungsaustausch oder gemeinsame Unternehmungen wünschenswert, einige wünschen sich eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit. Oft wird erwähnt, dass die Zusammenarbeit im Hinblick auf die Aufnahme der Kinder bei voll belegten Plätzen verbesserungsbedürftig ist.

Die Zusammenarbeit mit der Schule nimmt in den Bemerkungen der LeiterInnen einen relativ großen Raum ein – übrigens auch in den ausführlichen Gesprächen mit zwei LeiterInnen, in denen viele der hier nur kurz angeschnittenen Punkte Thema waren. Einige Befragte beklagen, dass es kaum Kontakt zur Schule gebe. Andere sehen Verbesserungsbedarf bei der Ausgestaltung der Zusammenarbeit:

So würde es auf Seiten der Schule häufig an der Akzeptanz fehlen oder die LehrerInnen würden aus Zeitmangel nicht in die Einrichtung kommen. Vorgeschlagen wird etwa, gemeinsame Projekte durchzuführen oder Konzepte auszutauschen. Die LeiterInnen legen darüber hinaus dar, warum die Kooperation mit der Schule für sie wichtig ist. So sei es zum Beispiel wichtig, von der Schule zu erfahren, wie sich die Kinder dort entwickeln, „um die eigene Arbeit besser einschätzen zu können“.

Zusammenarbeit mit den Eltern

Die LeiterInnen halten mehrere Aspekte der Zusammenarbeit mit den Eltern für verbesserungsbedürftig: die Motivation der Eltern, die Aufklärung der Eltern (eventuell schon ab der Geburt des Kindes) in Bezug auf seelische, geistige und körperliche Bedürfnisse des Kindes und vor allem, wie man diese am besten „ohne Konsumdenken“ erfüllt. Wichtig wäre auch (so eine LeiterIn) die Förderung der Selbstorganisation von Müttern, ein Thema, das in den ausführlichen Gesprächen mit den LeiterInnen zur Sprache kam.

5 Zwei Fallbeispiele

Die Befunde der schriftlichen Befragung erlauben – vorsichtig interpretiert – einen Überblick über Kindertageseinrichtungen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf. Dabei haben wir die familiäre Lebenssituation der Kinder, die wahrgenommene Situation im Stadtteil und die Arbeit der Kindertageseinrichtungen zum Thema gemacht. Im Folgenden sollen diese Befunde durch die Darstellung von zwei Leitfadeninterviews mit LeiterInnen ergänzt werden, die nach der Auswertung der Fragebögen durchgeführt wurden. So kann man einen plastischen Eindruck gewinnen von der Art, wie LeiterInnen die Lage im Stadtteil, das Befinden der Kinder oder die Elternhäuser der Kinder wahrnehmen. Man erfährt so auch etwas über pädagogische Orientierungen der LeiterInnen oder worauf LeiterInnen und ErzieherInnen mit speziellen Angeboten im Rahmen der täglichen Arbeit reagieren.

Die Gespräche dienen also dazu, die Ergebnisse der schriftlichen Befragung zu vertiefen und sie anschaulich zu machen. Diese Art der Kombination quantitativer und qualitativer Methoden wird als „Vertiefungsmodell“ (Mayring 2001, vgl. auch Kelle, Erzberger 1999) bezeichnet. Zwei Interviews können natürlich nicht im statistischen Sinne repräsentativ für alle Kindertageseinrichtungen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf sein. Man kann auch nicht davon ausgehen, nun die gesamte Bandbreite der Ausgangslagen, denen sich Tageseinrichtungen dort gegenübersehen, erfasst zu haben. Trotzdem haben die Interviews auch Aussagekraft über diese zwei ausgewählten Kindertageseinrichtungen hinaus. Denn bei der Auswahl der Gesprächspartnerinnen wurde versucht, verschiedene Ausgangslagen für Kindertageseinrichtungen zu erfassen.

Ausgewählt wurde eine Einrichtung in einer Mittelstadt (über 50.000 Einwohner) im Osten Deutschlands und eine Einrichtung in einer eher kleineren Großstadt (über 150.000 Einwohner) im Westen. In dem Quartier im Osten leben weit weniger AusländerInnen (ca. 2 %) als in dem Quartier im Westen (ca. 25 %) (Quelle: Erhebung des difu). Außerdem unterscheiden sich die Quartiere durch ihre Lage in der Stadt insgesamt: Die Plattenbausiedlung, in dem erhebungsrelevanten Quartier der ostdeutschen Mittelstadt, liegt am Innenstadtrand, das andere ist ein innerstädtisches Quartier in der westdeutschen Großstadt, ein Typus, den – wie weiter oben bereits dargestellt – Häußermann in seiner Analyse besonders im Blick hatte. Einige Merkmale der zwei Stadtteile bzw. der zwei Städte sind in Übersicht 36 auf der nachfolgenden Seite dargestellt.

Übersicht 36: Merkmale der ausgewählten Stadtteile/Städte

Merkmale der ausgewählten Stadtteile / Städte	Die Plattenbausiedlung	Das innerstädtische Quartier
Ost/West	Ost	West
Einwohner in der Stadt	> 50.000 Einwohner	> 150.000 Einwohner
Einwohner im Quartier	ca. 6.000 Einwohner	ca. 25.000 Einwohner
Einwohnerdichte im Quartier	> 100 Einwohner pro ha	> 180 Einwohner pro ha
Lage des Quartiers in der Stadt	Innenstadtrand	Innenstadt
Ausländeranteil im Quartier	etwas niedriger als in Stadt	mehr als 5 % über Stadt
Ausländeranteil in der Stadt	ca. 2 %	ca. 20 %
Arbeitslosenanteil im Quartier	liegt nicht vor	> 10 %
Arbeitslosenanteil in der Stadt	ca. 15 %	> 8 %

Quelle/Berechnungsgrundlage: Daten des Deutschen Instituts für Urbanistik

Die Einrichtung in einer ostdeutschen Plattenbausiedlung

Einrichtungsprofil

Die Einrichtung in der ostdeutschen Plattenbausiedlung – die Leiterin spricht lieber von einem „Kindergarten“ – ist eine große städtische Kindertageseinrichtung, die von 6 bis 18 Uhr abends geöffnet hat – ein Zeitraum, der auch voll ausgenutzt wird. Früh morgens und abends sind weniger Kinder da, auch der Dienstplan ist danach gestaltet. 157 Kinder besuchen die Einrichtung und teilen sich auf in 11 Gruppen. Eine der Gruppen ist eine reine Krippengruppe mit 9 Kindern im Alter von 12 Wochen bis ca. eineinhalb Jahren, die übrigen zehn Gruppen sind altersgemischt für Kinder von etwa eineinhalb Jahren bis zum Schuleintritt. Jeweils zwei Gruppen arbeiten in einer Einheit zusammen, so dass die Kinder das Gefühl haben, eine Gruppe zu bilden. Eine Einheit besteht aus jeweils drei großen Räumen und vier Nebenräumen. Außerdem stehen den Kindern ein großer und anregungsreicher Garten und eine Turnhalle im Keller des Gebäudes zur Verfügung.

In den altersgemischten Gruppen sind Bereiche jeweils speziell für die kleinen und großen Kinder eingerichtet, so dass sich die Kinder altersmäßig mit ihren Erzieherinnen zurückziehen können. Ansonsten sind die Kinder meist zusammen. Manche Angebote wie z.B. Ausflüge werden mit den älteren Kindern aus verschiedenen Gruppen gemacht. Zusatzangebote wie musikalische Früherziehung, Sport, Basteln usw. wurden früher ebenfalls gruppenübergreifend durchgeführt. Nun machen solche Angebote die Gruppen selbst, denn je mehr sie die Kinder aus ihrem Gruppenbereich herausgenommen hätten, desto weniger hätte ihnen das gefallen. Sie holen nun auch keine Personen von außen mehr in den Kinder-

garten, um solche Zusatzangebote zu machen. Dies wird folgendermaßen begründet:

„... wir sagen, das Kind muss Kind bleiben und nicht von früh bis Abend mit irgendwelchen zusätzlichen Sachen noch zugeschüttet werden (...), sie sollen hier Kind bleiben (...) die Haupttätigkeit fürs Kind im Kindergarten ist immer noch Spielen (...), und auch sämtliche Lernangebote finden in der Spieltätigkeit statt.“

Insgesamt sind im Kindergarten 26 MitarbeiterInnen beschäftigt, darunter 22 pädagogische Kräfte, ein Hausmeister, eine Hauswirtschaftskraft, eine Näherin, die für alle städtischen Einrichtungen zuständig ist und eine Rehabilitandin, die zwei Stunden in der Woche bei der Hauswirtschaft mithilft. 8 Erzieherinnen haben eine Arbeitszeit von jeweils 30 Stunden, die restlichen 14 pädagogischen Kräfte sind jeweils 37,5 Stunden beschäftigt. Fast alle Erzieherinnen haben die Zusatzausbildung zur Fachfrau für den Situationsansatz absolviert. Weil der Kindergarten eine Konsultationseinrichtung ist, wurde der Erzieher-Kinder-Schlüssel, der normalerweise auf 1,6 pro Gruppe festgesetzt ist, auf 1,8 erhöht. Das Land bezahlt die zusätzlichen ErzieherInnenstunden. Die Leiterin und die stellvertretende Leiterin sind freigestellt, aber trotzdem im Gruppenschlüssel enthalten. Die stellvertretende Leiterin arbeitet gruppenfrei als Springerin. Das Gespräch wurde mit beiden Leiterinnen geführt.

Die Kinder kommen zu einem großen Teil aus dem unmittelbaren Umfeld, aber auch aus der Innenstadt und aus eingemeindeten Dörfern.

Für Kinder ab 2 ½ Jahren gibt es genügend Plätze, aber die Einrichtung muss auch keine Kinder suchen. Für Kinder unter 2 ½ Jahren gibt es in der Einrichtung eine Warteliste. Kinder dieser Altersgruppe können in der Stadt grundsätzlich nur dann einen Platz bekommen, wenn beide Eltern arbeiten. Auch für diese Eltern reichen jedoch die Plätze nicht aus, so dass das Jugendamt eine Warteliste mit über 80 Interessenten für die Stadt insgesamt hat.

Das Umfeld

Der Kindergarten liegt neben einem Gymnasium am Rande des Quartiers, einer Plattenbausiedlung, die etwa 15 Gehminuten von der Innenstadt entfernt ist. Mit dem übrigen Stadtgebiet ist die Siedlung durch einen Fußgängerbahnübergang und eine lang gezogene Brücke verbunden. Als Außenstehendem erscheint einem die Siedlung als relativ abgetrennt vom Rest der Stadt.

Die Ausstattung des Quartiers mit Grünflächen, mit Spielplätzen, überhaupt mit Angeboten für Kinder, wird von den Leiterinnen als gut eingeschätzt. Auch die Eltern seien mit den Angeboten im Stadtteil zufrieden: Es gebe ausreichend Spielplätze, auch Kreativspielplätze, eine Skaterbahn, ein Biotop, die Eisenbahn, die für Kinder hoch interessant sei, und Sportmöglichkeiten. In der Nähe befände sich außerdem ein Jugendclub, der sehr viel mache, und eine Beratungsstelle, deren MitarbeiterInnen auf Wunsch auch in den Kindergarten kämen. Ein Verein mache – gestützt durch die Polizei – Veranstaltungen speziell für Kindergartenkinder, um sie auf Straßenverkehrsprobleme hinzuweisen. Vieles sei letztes Jahr

durch eine Initiative des Kinderbüros passiert, einer städtischen Einrichtung, die für die Kinder im außerschulischen Bereich etwas anbietet bzw. fördert, z.B. Puppentheater, Theater, Musikgruppen und Töpfern, und die allgemein für die Rechte der Kinder eintrete. Im Rahmen dieser Initiative wäre eine Umfrage unter den Eltern der Stadt durchgeführt worden, um herauszufinden, was sie sich für ihre Kinder wünschen und was man machen könnte. Auch der Ortsteilbürgermeister setze sich sehr für den Stadtteil ein.

Nach Einschätzung der Leiterin ziehen die, die können, aus dem Stadtteil fort. Die Familien, die nachrücken, seien vorwiegend arbeitslos bzw. bekämen Sozialhilfe. Es zeigt sich also hier eine zunehmende soziale Entmischung, die als typisch für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf gesehen wird.

Familiärer Hintergrund und Befindlichkeit der Kinder

Die zwei Gesprächspartnerinnen haben die Beobachtung gemacht, dass sich die Kinder in den letzten Jahren zunehmend schlechter ausdrücken könnten, es am zusammenhängenden Sprechen mangle und viele Schwierigkeiten hätten, etwas zu behalten und anderen zuzuhören. Andere aussprechen zu lassen und erst dann zu sprechen, bereite ebenfalls vielen Kindern Probleme. Viele Kinder wären nervös. Außerdem fällt ihnen auf, dass die Kinder außerhalb der Kindertageseinrichtung wenig Bewegung hätten und mit den Eltern kaum aus dem Stadtteil herauskämen. Der Schularzt, der die Kinder ein Jahr, bevor sie in die Schule kommen, untersucht, stelle immer mehr Haltungsschäden fest. Die Gründe für die Mängel im Sprechen, für Bewegungsmangel und Probleme bei der Konzentrationsfähigkeit sehen die Interviewpartnerinnen in den Elternhäusern der Kinder: In vielen Familien werde wenig kommuniziert, auch am Wochenende unternehmen viele Eltern nichts mit ihren Kindern, die Kinder kämen allgemein wenig raus und sähen – nicht nur am Wochenende – viel fern. Dabei hätten die Eltern, die Arbeit haben, größtenteils wenig Zeit, kümmerten sich um ihre Kinder aber noch am meisten. Arbeitslose Familien, die die Zeit hätten, nähmen sich diese Zeit nicht.

„Wenn wir montags fragen, was ist denn am Wochenende zu Hause passiert, dann hören sie von den meisten: Fernsehen geguckt, Video geguckt, CD angehört, Kassette angehört, so, das wars. (...) Am Montag ist das wie so `ne Euphorie hier, selbst auch bei schönem Wetter, bei schlechtem ist es noch schlimmer, dass die am Montag regelrecht ausflippen, weil die keinerlei Bewegung hatten am Wochenende, da hört man nur sämtliche Sendungen bis spät in die Nacht, was die Kinder alles gesehen haben (...).“

Wie die Kindertageseinrichtung reagiert

Die Einrichtung versucht, die Bedingungen, unter denen die Kinder aufwachsen, auf vielerlei Art zu kompensieren und auf die Eltern einzuwirken. Sie steht jedoch nicht alleine, sondern ist Bestandteil eines „Netzes“ anderer Institutionen. Die Leiterinnen kommen auch auf deren Angebote für Kinder zu sprechen, sofern diese die Kinder in ihrem Kindergarten betreffen.

- ♦ Weil viele Kinder mit ihren Eltern wenig aus dem Stadtteil herauskommen, machten sie – so die Interviewpartnerinnen – viele Ausflüge außerhalb des Stadtteils, gingen zu einem Biotop, besuchten die Polizei, die Feuerwehr, Museen, die Stadtbücherei oder Betriebe oder ließen sich z.B. von der Mutter eines Kindes, die als Hebamme arbeitet, zeigen, was sie mache. Diese Erlebnisse würden dann im Kindergarten noch einmal aufbereitet, z.B., indem die Kinder noch einmal darüber berichten sollen oder etwas malen. Mit den größeren Kindern gingen sie zum Einkaufen in einen nahe gelegenen Supermarkt. Aber auch innerhalb der Einrichtung bekämen die Kinder Anregungen, z.B., wenn sie zusammen mit dem Hausmeister handwerklich tätig seien oder in der Küche zusähen, wie das Essen zubereitet wird.
- ♦ Angesichts der mangelnden Bewegung vieler Kinder komme auf Initiative der Stadt einmal in der Woche ein Fußballtrainer in den Kindergarten, um – getrennt nach größeren und kleineren Kindern – Bewegungsspiele zu machen.
- ♦ Die Sprachfertigkeiten würden im Rahmen der täglichen Arbeit gefördert, besonders in Kinderkonferenzen, die in den Gruppen regelmäßig veranstaltet würden. Dort werde besprochen, was diese Woche gemacht wird, was sich die Kinder wünschen, was der Erzieherin aufgefallen ist, oder „eben solche Sachen, dass ein Kind eine besondere Verhaltensstörung hat, oft beißt oder kratzt und haut, dass man sich da nochmal hinsetzt und darüber spricht“. Die Kinder, die auf Ausflügen gewesen sind, erzählten den anderen, was sie dort erlebt hätten. Regeln, die die größeren Kinder zusammen mit der Erzieherin oder Leiterin für die Gartenbenutzung oder die Turnhalle aufgestellt hätten, übermittelten die Kinder im Rahmen der Kinderkonferenz an die anderen Kinder der Gruppe. Dies alles diene dazu, die Gruppengemeinschaft kennen zu lernen und das Zuhören und Aussprechenlassen zu üben.
- ♦ Auch die Eltern würden von den Leiterinnen immer wieder darauf hingewiesen, was sie mit ihren Kindern tun müssten: „Wir sagen den Eltern: Erzählen Sie abends wieder mal `ne Einschlafgeschichte, singen Sie mal ein Lied mit ihren Kindern, führen Sie am Abendbrottisch Gespräche mit ihren Kindern, (...) lassen Sie sich erzählen, was im Kindergarten passiert ist. Und immer wieder nachfragen, sich nicht nur mit einem Wort zufrieden geben (...).“

Zu den Bedingungen ihrer Arbeit befragt, stellen die Erzieherinnen fest, dass sie vieles – sei es bei der Elternarbeit oder wenn es darum gehe, außer Haus etwas zu besorgen – außerhalb ihrer Arbeitszeit machen müssten, weil die Verfügungszeiten, in denen sie nicht mit den Kindern arbeiten, knapp seien. Ihre Einrichtung habe noch Glück, weil die Leitung freigestellt sei, und so den Erzieherinnen etwas abnehmen könne.

Die Zusammenarbeit mit den Eltern

An vielen Stellen im Gespräch beklagen sich die Leiterinnen über die Passivität und mangelnde Eigeninitiative vieler Eltern. Sie würden wenig mit ihren Kindern machen, wenig aus dem Stadtteil herauskommen und sich auch nicht für die Kultur der Stadt interessieren. Viele hätten kein Interesse an der Arbeit der

Kindertageseinrichtung, für Arbeiten in der Kindertageseinrichtung – ein wichtiges Thema war z.B. die Gartengestaltung – seien sie nur sehr schwer zu gewinnen, obwohl das doch für ihre Kinder wäre.

„(...) aber dieses riesengroße Haus, wo wir bestimmt 120 Elternhäuser haben, wo man sich eigentlich mehr wünschen würde, da ist die Resonanz eben nicht so wie in kleineren Einrichtungen in der Stadt, wo die Eltern unheimlich viel in Eigeninitiative machen (...) da kommt nichts mal von den Eltern selber.“

Die Leiterin erwähnt aber auch positive Beispiele und betont, dass zwar ein Großteil der Eltern, aber durchaus nicht alle, so passiv seien, in manchen Gruppen funktioniere die Elternarbeit sehr gut. Die positiven Beispiele betreffen einerseits Arbeiten, die Eltern der Kindertageseinrichtung abnehmen. So würde ein Vater die Toiletten herrichten, eine Mutter hätte Gruppenräume renoviert. Die Eltern einer Gruppe würden nun auch ein Fest in Eigenregie organisieren, „wo sich die Erzieherinnen dann um nichts kümmern müssen“. Die Resonanz bei vielen Eltern sei andererseits groß gewesen, als es darum ging, für ein Fest etwas zu basteln.

Sowohl die positiven als auch negativen Beispiele der interviewten Leiterinnen hinterlassen den Eindruck, dass an die Eltern vor allem Forderungen herangebracht werden, die von ihnen wenig angenommen werden. Gefragt wird eher: „Was können die Eltern für ihre Kinder tun? Was können sie für den Kindergarten tun?“, als: „Was kann die Einrichtung für die Eltern tun?“. Eine typische Reaktion von Eltern gibt die stellvertretende Leiterin wie folgt wieder: „Wir bezahlen hier viel für den Kindergartenplatz, nun sollen wir hier auch noch arbeiten. Fällt uns doch gar nicht ein.“

Motivierender als Forderungen von Seiten des Kindergartens seien – so die Leiterin – andere Eltern: „Wenn die dann untereinander sich so bisschen motivieren, passiert mehr, als wenn wir uns hinstellen und sagen: ‚Ja können Sie nicht mal?‘“ Dies sei auch der Grund, warum sie sehr darauf achte, dass die Gruppen heterogen zusammengesetzt sind, dass also auch immer aktivere Eltern in einer Gruppe dabei sind, die dann die anderen „mitziehen“ könnten.

Die Kinder auf die Schule vorbereiten

Grundsätzlich wird die Zusammenarbeit mit der Schule von den befragten Leiterinnen der Einrichtung für sehr wichtig gehalten, denn der Übergang vom Kindergarten in die Schule müsse für die Kinder so einfach wie möglich gestaltet werden. Allerdings hätten sich die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit im Vergleich zur Lage in der DDR verschlechtert: Da die Kindergärten nicht mehr dem Bereich Bildung zugeordnet seien, sehe sich die Schule in dem einen Ministerium und der Kindergarten in dem anderen. Aus diesem Grund sei die Zusammenarbeit nicht mehr so eng wie früher. Das müsste – so die Ansicht der Leiterin – wieder kommen.

Nichtsdestotrotz bestehe eine enge Verbindung zur Grundschule in der Nähe. So gingen die Kinder, die im darauf folgenden Schuljahr in die Schule kommen, zu Schnuppertagen in die Schule, so dass sie einen Eindruck gewinnen könnten,

was auf sie zukommt und um die LehrerInnen schon einmal kennen zu lernen. Die Lehrkräfte gestalten – so die LeiterInnen – diesen Tag so, dass die Kinder sowohl vom Rechnen und Lesen als auch vom Sport etwas mitbekommen und die Pausengestaltung und den Hortbetrieb kennen lernen. Der Kindergarten übermittle außerdem an die betreffende Lehrkraft und den Direktor, was sie bei einzelnen Kindern zu beachten hätten, z.B. Linkshändigkeit und Hörprobleme. Lehrkräfte und Direktor kämen zu diesem Zweck in die Kindertageseinrichtung, um mit den Erzieherinnen zu sprechen.

Die Leiterin würde sich dennoch eine engere Zusammenarbeit mit der Grundschule wünschen, konkret: gemeinsam mit den LehrerInnen einen Elternabend in der Kindertageseinrichtung veranstalten. Denn die Eltern hätten, bevor die Kinder in die Schule kommen, tausend Fragen, auch seien Ängste da. Im Rahmen eines solchen Elternabends hätten sie dann die Möglichkeit, alles zu erfragen, was ihnen auf dem Herzen liegt. Die Lehrerinnen könnten die Eltern in diesem Rahmen auch darauf hinweisen, was sie im letzten Jahr vor dem Schuleintritt noch zu Hause mit ihren Kindern machen können. Den Wunsch nach einem gemeinsamen Elternabend lehne die Schule jedoch ab mit der Begründung, „das wäre nicht ihre Arbeit und sie machen dann selber ihren Elternabend und das würde reichen. Und zu diesem Elternabend in der Schule kommt aber nicht viel von den Eltern. Da sind sie teilweise gehemmt oder wollen sich nicht blamieren, wenn sie – in Anführungszeichen – dumme Fragen stellen.“ Das Vertrauensverhältnis, das die Leiterinnen und Erzieherinnen zu den Eltern bereits aufgebaut haben, würde den Zugang zu den Eltern also erleichtern.

Da die Schule nicht zu einer gemeinsamen Veranstaltung bereit sei, veranstalte die Kindertageseinrichtung in eigener Regie einen Elternabend, in dem vermittelt werde, was – aus der Sicht der Leiterinnen und Erzieherinnen – für die zukünftigen Schulkinder wichtig ist: „Schulweg üben, was kann ich zu Hause mit den Kindern machen, den Kindern kleine Aufgaben geben, die sie sich merken müssen, Aufgaben in der Familie übertragen, viel mehr die Kinder selber machen lassen“. Darüber hinaus machten sie die Eltern in diesem Rahmen auf etwaige Sprachprobleme der Kinder, auf Linkshändigkeit und auf Angebote wie die Logopädie oder Ergotherapie aufmerksam.

Die Einrichtung in einem innerstädtischen Quartier in Westdeutschland

Einrichtungsprofil

Die zweite besuchte Einrichtung ist eine städtische Kindertageseinrichtung, die von 7:00 bis 17:00 Uhr geöffnet hat. Dazu gehören zum einen zwei Hortgruppen für insgesamt 30 Schulkinder, die, abgesehen von drei Wochen im Sommer und den Tagen zwischen den Jahren, das ganze Jahr über geöffnet sind. Sie arbeiten in offener Arbeit, so dass es sich für die Kinder eigentlich um eine einzige Gruppe handelt. Zum anderen gibt es 3 Kindergartengruppen für 66 Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt. Die Hortkinder werden vor der Schule von den Erzieherinnen der Kindergartengruppen mitbetreut, dafür übernehmen die MitarbeiterInnen im Hort Kindergartenkinder zwischen 16:30 und 17:00 Uhr.

Für die 30 Kindergartenkinder, die ganztags da sind, steht ein Mittagessen zur Verfügung, die übrigen Kinder können vormittags von 7:30 bis 12:00 Uhr und nachmittags von 14:30 bis 17:00 Uhr kommen.

Auch nachmittags besuchten viele Kinder den Kindergarten, was – so die Leiterin – auch an dem Einzugsgebiet der Einrichtung liege: Vor allem die Kinder zwischen 3 und 6 Jahren könne man nicht alleine auf die Straße schicken. Das Verkehrsaufkommen wäre zu hoch, außerdem gebe es für Kinder mit 3, 4 oder 5 Jahren wenig geschützte Spielmöglichkeiten. Der Kindergarten werde deshalb am Nachmittag als Spielraum genutzt.

Ein Großteil der Kinder in der Tageseinrichtung kommt aus Familien mit Migrationshintergrund, im Kindergarten beträgt ihr Anteil 80 %, im Hort 60 %. Da zwei Flüchtlingsunterkünfte in der Nähe liegen, sind bis zu 20 % aller Kinder in der Einrichtung Flüchtlingskinder.³⁶ Aufgrund des hohen Anteils von Migrantenkindern werden der Einrichtung 1 ½ zusätzliche Stellen für ausländische Kräfte zur Verfügung gestellt, die teils vom Land, teils vom Jugendamt bezahlt werden. In der Einrichtung arbeiten neben diesen zwei ausländischen Fachkräften 11 weitere pädagogische Fachkräfte, davon 5 in Vollzeit und 6 in Teilzeit (29 bzw. 35 Stunden in der Woche). Die TeilzeitmitarbeiterInnen arbeiten überwiegend im Hort. Daneben sind 3 Wirtschaftskräfte und ein Hausmeister beschäftigt. Die Leiterin ist freigestellt.

Sehr wichtig für die Arbeit sei auch, dass zwei männliche und davon ein türkischer Erzieher dabei seien. Dass ein Teil des pädagogischen Personals die Muttersprache der Kinder spreche, sei eine wichtige Voraussetzung für die interkulturelle Arbeit, die sich die Kindertageseinrichtung als Schwerpunkt gesetzt hat.

Der Hort hat dieses Jahr eine Warteliste von zwanzig Kindern für 6 freie Plätze. Anders ist es im Kindergarten: Weil die Kinderzahlen im Stadtteil (nach Einschätzung der Leiterin) zurückgehen, gebe es keine Wartelisten.

Das Umfeld

Das innerstädtische Quartier ist der bevölkerungsreichste Teil der Stadt und dicht bebaut. Sichtbare Grenzen zum übrigen Stadtgebiet fallen zumindest einem Außenstehenden nicht auf. Innerhalb des Stadtteils gibt es – so die Leiterin – zwei unterschiedlich strukturierte Gebiete. Die Gegend, die am zentralsten liegt, werde zurzeit von Besserverdienenden und Studenten entdeckt, die die stadtnahe Lage schätzten. Aus diesem Grund gingen auch die Kinderzahlen im Stadtteil insgesamt zurück. Dort würden Eigentumswohnungen gebaut. Dahinter stehen – so die Leiterin – wohnungspolitische Entscheidungen. Die Einrichtung selbst liege in der etwas weiter außerhalb gelegenen Gegend. Hier gebe es viele Sozial-

³⁶ Der Ausländeranteil im Quartier liegt weit niedriger als der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in der Einrichtung. Dies dürfte u.a. an der unterschiedlichen Altersstruktur der deutschstämmigen Einwohner und der Einwohner mit Migrationshintergrund liegen.

wohnungen, viele alte Wohnungen, die z.B. noch kein Bad hätten. Nach dem, was die Leiterin über die Eltern der Kinder in der Einrichtung weiß, leben dort neben den vielen ausländischen Familien wenige deutsche Familien, die zu den sozial Schwächeren gehörten: Alleinerziehende, Arbeitslose oder Familien, die vom Sozialdienst betreut werden. Bei den ausländischen Familien handele es sich – so die Leiterin – in der Regel um vollständige Familien, die Väter seien berufstätige Arbeiter, die Frauen verdienten häufig als ungelernete Kräfte etwas dazu oder seien zu Hause. Viele der türkischen Frauen seien aus der Türkei gekommen, um hier zu heiraten, sind also nicht in Deutschland aufgewachsen und würden kaum Deutsch sprechen.

An der Fluktuation in der Einrichtung sieht die Leiterin, dass viele Familien aus dem Stadtteil wegziehen, es kämen aber auch immer wieder Kinder nach. Dies seien zu einem großen Teil Flüchtlingskinder und Kinder, die aus dem Ausland kämen, wo die Eltern sie bisher bei den Großeltern gelassen hätten.

Die Kindertageseinrichtung liegt innerhalb eines Areals, in dem weitere Angebote für Kinder und Familien angesiedelt sind. Darunter sind zum Beispiel eine Erziehungsberatungsstelle, ein Müttertreff, Krabbelgruppen und ein Projekt für ausländische Kinder, in dessen Rahmen Hausaufgabenbetreuung und Deutschkurse für Mütter angeboten werden. Weitere Angebote wie z.B. ein Partizipationsprojekt, das Kinder in stadtteilbezogene Entscheidungen mit einbeziehen will, gibt es nach Auskunft der Leiterin außerhalb des Areals im Quartier.

Familiärer Hintergrund und Befindlichkeit der Kinder

Angesprochen auf die Situation in den Familien, sagt die Leiterin, dass in den Familien weniger gesprochen werde. Außerdem werde sowohl in den ausländischen als auch deutschen Familien eine sehr einfache Sprache gesprochen, der Wortschatz sei sehr eingeschränkt, und nur diesen könnten die Eltern ihren Kindern vermitteln. Auch die aus der Türkei zugezogenen Mütter sprächen sehr einfaches Türkisch, was daran liege, dass sie aus ländlichen Gebieten kämen und häufig nicht lange zur Schule gegangen seien. Die Familien würden viel fernsehen. Generell falle auf, dass die Eltern weniger Zeit für ihre Kinder hätten. Einerseits läge dies an der Arbeit der Eltern, andererseits hätten viele nicht das Bewusstsein dafür. Das zeige sich zum Beispiel darin, dass viele Familien gar nicht zusammen essen, die Kinder würden sich ihr Essen zum Teil selbst aus dem Kühlschrank nehmen, oder darin, dass die Kinder in der Einrichtung erst lernen müssten, „dass es wichtig ist, dass man gewaschen ist, (...), dass man Zähne putzt (...)“.

Zusammenfassend meint die Leiterin, dass viele Kinder aus unterschiedlichsten Gründen vom Wissen her wenig von zu Hause mitbrächten, viele würden emotional vernachlässigt. Oft hätten die Eltern selbst Probleme, so dass „die Wahrnehmung der Kinder nicht so passieren kann, wenn man selber gefangen ist mit irgendwelchen Problemen, sei es Alkohol oder Arbeitslosigkeit.“

Die Kinder hätten auch eingeschränkte Möglichkeiten, sich zu bewegen, denn die Wohnungen seien viel zu eng und auch draußen hätten die Kinder wenig Freiraum.

Die Lage von Flüchtlingsfamilien

Besonders problematisch seien die Lebensumstände der Familien in Flüchtlingsunterkünften, wo sie unter sehr beengten Bedingungen untergebracht seien. Viele hätten traumatische Erlebnisse gehabt und litten unter dem Verlust der Heimat. Es fehle an psychologischer Betreuung für Kinder und Eltern.

Die Kinder, die aus den Unterkünften in den Kindergarten kommen, seien erst kurz in Deutschland, sprächen kaum Deutsch und wüssten zunächst nicht, „wo sie hier gelandet sind“. Am Anfang dauere es sehr lange, bis sie ihre Jacken auszögen oder ihren Rucksack ablegten. Wichtig sei hier, den Kindern Zeit zu geben, sie anzunehmen, aber nicht zu bedrängen. Die Zusammenarbeit mit Flüchtlingsfamilien sei besonders schwierig, weil die Eltern kaum Deutsch sprächen und so schlimme Sachen erlebt hätten, dass „sie selber noch gar nicht richtig angekommen sind“. Außerdem wüssten sie nicht so genau, ob sie hier blieben und hätten deshalb immer ein bisschen im Kopf „inwieweit lass ich mich hier auf alles ein?“.

Es wird deutlich, dass gerade die Lebensbedingungen von Flüchtlingsfamilien nicht nur von der Flucht und den Erlebnissen im Heimatland, sondern stark auch von diskriminierenden rechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland abhängig sind: Viele *müssen* in Gemeinschaftsunterkünften wohnen, vielen wird nur ein sehr unsicherer Aufenthaltsstatus zuerkannt, so dass sie über Jahre hinweg in Unsicherheit über ihre Zukunft leben müssen. Für die Kinder bedeutet das, unter zusätzlich erschwerten Bedingungen aufzuwachsen.³⁷

Wie die Kindertageseinrichtung reagiert

Auf die Lage im Stadtteil und die Lebenssituation der Familien hat die Einrichtung speziell mit dem Schwerpunkt der interkulturellen Arbeit und mit einer „anderen Qualität“ von Elternarbeit reagiert. Sie ist zudem eine wichtige erste Anlaufstelle für die Eltern. Ausgehend von der Beobachtung, dass viele Kinder aus den unterschiedlichsten Gründen wenig emotionale Zuwendung und Wissen von zu Hause mitbekommen, versucht sie, „durch die emotionale Zuwendung den Kindern Sicherheit zu geben und das Kognitive zu fördern.“

Bei der Entwicklung des Konzepts für die interkulturelle Arbeit habe es sich als sehr wichtig herausgestellt, dass von Anfang an ausländische Mitarbeiter dabei gewesen waren. Denn so sei es möglich gewesen, Missverständnisse in der interkulturellen Kommunikation auszuräumen.

„Im Nachhinein ist das ungeheuer wichtig gewesen, weil viele Sachen passieren, die einen befremden, die einen unsicher machen, wo man auch denkt: Warum grüßt mich denn der Mann überhaupt nicht, der guckt mir noch nicht einmal

³⁷ Das DJI-Projekt Multikulturelles Kinderleben hat ein Projektheft mit dem Titel „Flüchtlingskinder – eine Randgruppe im multikulturellen Milieu“ (Projektheft 3/2000) veröffentlicht. Das Heft kann kostenlos vom DJI bezogen werden und steht auch als Download zur Verfügung (Forschung – Kinder und Kinderbetreuung – Abgeschlossene Projekte: Multikulturelles Kinderleben).

in die Augen (...), was ist denn das für ein unfreundlicher Kerl (...)! Und wenn man dann mal nachfragen kann, eine Kollegin, die sagt, der ist schwer religiös (...), das ist für ihn ein Gebot der Höflichkeit, eine Frau nicht anzustarren, also das ist für ihn so, dass man das halt nicht macht. Und wenn man so was weiß, kann man dem Mann auch wieder ganz anders begegnen, dann weiß man, das ist seine Art, und fertig. (...), da waren ganz viele Sachen, die uns im Umgang mit Eltern, auch mit Kindern, sehr geholfen haben. Und das von Anfang an.“

Sehr große Bedeutung habe die muttersprachliche Förderung der Kinder. Dazu müsse man wissen, dass die Kinder besser Deutsch lernen, wenn sie ein gutes Stammwissen in ihrer Muttersprache hätten. Bei vielen Kindern wäre dies nicht der Fall. Außerdem sei es für die Kinder wichtig, dass die Sprache, mit der sie emotional am engsten verbunden sind, nicht abgelehnt werde. Die Forderung, nur Deutsch zu sprechen, werde zudem als Abwertung verstanden – mit der Folge, dass die Kinder auch in anderen Bereichen gehemmt würden. Relativ oft hätten sie Probleme, den Eltern dies klar zu machen, die sagen, „mein Kind soll doch Deutsch lernen, warum redet ihr Muttersprache mit dem Kind?“

Zentral für die interkulturelle Arbeit sind nach Einschätzung der Leiterin muttersprachliche MitarbeiterInnen. Mit ihnen könnten die Kinder auch in ihrer Muttersprache sprechen. Dabei würden sie am Anfang eher mehr Türkisch bzw. Italienisch sprechen und dann zunehmend ins Deutsche übergehen. Zudem wären sie für die Kinder sprachliche und auch ganz allgemein Vorbilder. Die Kinder würden sehen: Deutsch zu sprechen, das funktioniert. Besonders wertvoll sei ein männlicher türkischer Erzieher:

„Wir haben zwei männliche Erzieher im Kindergarten und ganz besonders einen türkischen Kollegen (...), der sehr wertvolle Arbeit leistet auch im Hinblick (...) auf die Integration der türkischen Jungen (...), [sie] sind schon sehr erstaunt darüber, dass ein Mann Mittagsdienst macht, [den] Tisch abwischt und so Sachen, das ist halt doch noch etwas außergewöhnlich in der Kultur, aber das sind so Sachen, die kann man dann vermitteln, ohne dass man da groß pädagogisch arbeiten muss, sondern einfach durch die Vorbildfunktion“.

Bei der Einteilung der Gruppen werde darauf geachtet, dass Kinder mit derselben Muttersprache einen Ansprechpartner in der Gruppe haben, „einfach weil die miteinander kommunizieren können, und das schafft schon mal viel Sicherheit.“ Die türkischen und italienischen Kinder – sie sind am stärksten vertreten – würden auf mehrere Gruppen verteilt.

Die interkulturelle Arbeit sei auch nicht auf ein isoliertes Projekt beschränkt. So würden sie Kleingruppenarbeit machen und spezielle Angebote unterbreiten, wie zum Beispiel Elternnachmittage für türkische Mütter, bei denen dann sowohl die türkischen als auch die deutschen MitarbeiterInnen dabei seien. Interkulturalität wäre zum anderen auch Teil der täglichen Arbeit, wo sich oft Gelegenheiten böten, z.B. Kinder zu fragen, was denn dieses oder jenes in ihrer Muttersprache heiße.

Auch die deutschen Eltern würden die Schwerpunktsetzung akzeptieren und hätten kein Problem mit dem hohen Anteil ausländischer Kinder. Dies zeigten schon die Aufnahmegespräche, man könne es auch an der starken Beteiligung der deutschen Eltern am Tag des Kindes, einem türkischen Fest, ablesen.

„Beim Aufnahmegespräch (...) erzähl ich allen Eltern, aber auch ganz bewusst den deutschen Eltern, dass wir hier sehr viele ausländische Kinder haben und dass der Schwerpunkt unserer Arbeit die interkulturelle Pädagogik ist (...), und dass es uns wichtig ist, dass sich auch die deutschen Eltern damit einverstanden erklären. Und mittlerweile ist es so, dass wir sogar (...) Familien haben, die sagen: doch, ich finds gut, ich möchte das gerade haben, dass mein Kind das sieht. Und bei allen anderen ist es zumindest so, dass sie sagen: Ach, da hab ich keine Probleme damit. Und wie ich hier im Haus feststelle, klappt das auch sehr gut.“

Die Zusammenarbeit mit den Eltern

Die Eltern hätten generell ein sehr einfaches Bildungsniveau, was man daran merke, dass das Interesse oder auch die Möglichkeiten nicht gegeben seien, „einen wahnsinnig theoretischen Elternabend“ zum Beispiel über Gewalt im Fernsehen durchzuführen. Früher sei so etwas schon einmal gemacht worden, da seien aber nur sehr wenige Eltern gekommen. Damit konfrontiert habe man zwei Möglichkeiten:

„Da kann man als Erzieherin sagen: Die Eltern interessieren sich nicht, die wollen überhaupt nicht kommen. Es gibt aber auch die Möglichkeit, [dass] man sagt: unsere Eltern brauchen das nicht oder sie wollen es nicht, egal, was brauchen und was wollen sie? Und so sind wir an das Thema dann mal rangegangen (...).“

In diesem Prozess hätten sie gemerkt, dass die Eltern Kinderbetreuung für die Geschwisterkinder bräuchten und ihnen ein Elternnachmittag ab 17:00 Uhr oder früher lieber wäre. Außerdem müsse man – aufgrund der Vielfalt der Eltern, der deutschen, der ausländischen, und der Sprachprobleme – eher praktisch und anschaulich Informationen vermitteln. Ergebnis sei eine andere Qualität von Elternarbeit ohne „erhobenen Zeigefinger“ und „mit Spaß“ gewesen.

„Wir haben z.B. die Eltern zu einem Nachmittag eingeladen und haben gesagt, wir wollen eine Hausführung machen (...); alle Räume, die wichtig waren, waren mit einer (...) Kollegin, mit mir besetzt, und wir haben in diesen Räumen unsere Arbeit demonstriert bzw. mit denen was gemacht (...). Wenn wir z.B. den Eltern erzählen wollten, wie wichtig bei uns das Essen ist, dann sind wir mit denen in die Küche gegangen, haben in der Küche mal unsere ganzen Gefrierschränke gezeigt, mal den Speiseplan gezeigt (...) oder was die Eltern auch immer interessiert (...). Meine ausländischen Kollegen [haben] mit denen ein Spiel gemacht, auf Deutsch oder in der ausländischen Sprache (...), auch den Deutschen hat das Spaß gemacht, das war jetzt nicht so, dass sie gesagt hätten, was ist denn das für ein Kram.“

Auf diese Weise entstand ein engeres Vertrauensverhältnis zwischen den MitarbeiterInnen des Kindergartens und den Eltern. In der Folge hätten Mütter

dann auf eine Bitte der Erzieherinnen hin sehr gerne Kostüme für ein Fest genäht – etwas, das sehr viele Mütter könnten.

Diese Herangehensweise an die Elternarbeit wird auch in anderen Zusammenhängen deutlich: z.B., wenn es darum geht, den Eltern zu verdeutlichen, dass sie wenig mit ihren Kindern sprechen. Sie hätten deshalb die Eltern eingeladen, in der Einrichtung in einer Gruppe von Eltern fernzusehen und sie danach gefragt, wie viel sie nun miteinander gesprochen hätten. Dadurch sei eine Diskussion unter den Eltern und mit den MitarbeiterInnen der Kindertageseinrichtung in Gang gekommen, ohne den Eltern „von oben herab“ zu sagen, dass sie etwas falsch machen.

Die Zusammenarbeit mit anderen Angeboten und Stellen

Die Kindertageseinrichtung arbeitet mit vielen anderen Stellen und Angeboten zusammen. Sie vermittelt Eltern weiter an die Erziehungsberatungsstelle (die allerdings eine Wartezeit von 3 Monaten hat!) und weist z.B. auf Deutschkurse für Mütter, auf Krabbelgruppen oder den Müttertreff hin. Auch wenn die Eltern Behördengänge zu erledigen hätten, fragten sie häufig um Rat. Bei den Eltern bestünde in der Regel ein großer Bedarf. Die Leiterin habe das Gefühl, „(...) auch im Verhältnis zu anderen Kindertagesstätten, wo ich früher gearbeitet habe, dass wir hier schon eine sehr wichtige Anlaufstelle sind.“ Dabei spielten die ausländischen Mitarbeiter als Ansprechpartner eine große Rolle.

In Einzelfällen sehe sich die Leiterin auch gezwungen, auf die elterliche Sorgspflicht hinzuweisen und den Sozialdienst des Jugendamts einzuladen. In der Regel werde zunächst mit den Eltern gesprochen und die Möglichkeit geboten, gemeinsam mit der Sozialarbeiterin und der Kindergartenleiterin ein Gespräch zu führen. Das würde auch fast immer gut klappen, weil die Eltern „wirklich überfordert sind, auch Hilfe suchen, weil sie sich von uns nicht hintergangen fühlen, sondern merken, dass da was im Argen liegt, aber wir wollen es offen mit den Eltern angehen.“

Die Kinder auf die Schule vorbereiten

In Kleingruppen würden die Kinder auf die Schule vorbereitet. Das fange so an, dass „man die Kinder auch stärkt in ihrem Selbstbewusstsein – ihr seid jetzt groß, ihr kommt bald in die Schule“. Außerdem machten sie Ausflüge mit den Kindern, sie gingen zum Bäcker, zum Zahnarzt, zur Feuerwehr und bereiteten die Erlebnisse dann konzentriert mit den Kindern auf, indem sie erzählen müssten, was sie gesehen hätten. Auch Ausflüge in die Vororte würden sie machen, denn die würden die Kinder – so die Einschätzung der Leiterin – nicht so gut kennen. Die Eltern kämen wohl wenig aus dem Stadtteil heraus. In Gesprächen mit den Eltern versuchten sie zu vermitteln, wie die Einrichtung die Kinder auf die Schule vorbereitet und was die Eltern selbst tun können.

Ganz allgemein fördere der Kindergarten, was die Kinder auch in der Schule bräuchten, nämlich die sprachliche und soziale Kompetenz. Nur wäre das nicht so offensichtlich:

„Es wird halt so gemacht unter dem Deckmantel von Spielen und Pädagogik, es ist nicht so offensichtlich, wir machen keine Arbeitsblätter, und es gibt keine Zeugnisse, aber wenn ich so sehe, was die Kinder in den drei Jahren leisten, ist das schon enorm. Und so Sachen, die man auch für die Schule braucht: Selbstbewusstsein, sich sprachlich ausdrücken, sich verständigen, zuhören können, abwarten können (...).“

Die Chance für Kindertageseinrichtungen gerade in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf sei, dass es im Elementarbereich keine Lehrpläne gebe, die sie erfüllen müssten, sondern „dass wir da individuell den Kindern das geben können, was sie brauchen.“ Denn diese Kinder bräuchten etwas ganz anderes als Kinder mit einem Mittelschichthintergrund.

Um Kinder auf die Schule vorzubereiten, wäre auch eine Zusammenarbeit mit der Schule wichtig. Die Leiterin würde sich deshalb Hospitationen in der Schule und einen gemeinsamen Elternabend wünschen. Das Problem seien nicht die Lehrer, sondern die Schulleitung der Haupteinzugsschule. Die würde sich gegen eine Zusammenarbeit sperren. So sage der Direktor beispielsweise, es sei keine Zeit für gemeinsame Elternabende vorhanden, oder – in den Worten der Leiterin – wir könnten schon Elternabende machen, aber die Erzieherin wäre dann für die Kinderbetreuung zuständig, während die Lehrer ihre Programme vorstellen. Lehrern, die die Kindergartenleiterin unterstützt hätten, wäre verboten worden, teilzunehmen. Aufgrund dieser Hemmnisse gebe es augenblicklich kaum eine Kooperation mit dieser Schule. Ein anderes Thema, das bei einer Zusammenarbeit von Schule und Kindergarten wichtig wäre, seien die Sprachfertigkeiten der Kinder. Denn die Leiterin habe teilweise den Eindruck, dass die Hortkinder schlechter Deutsch sprächen als zuvor im Kindergarten und dass das Deutsch für die Schule oft nicht ausreiche. Schule und Kindergarten müssten sich deshalb gemeinsam Konzepte überlegen und gemeinsam überprüfen, woran das liege.

Fazit

Bei der Auswahl der Interviewpartnerinnen wurde versucht, unterschiedliche Ausgangslagen einzubeziehen. Der auffälligste Unterschied zwischen beiden Einrichtungen besteht im recht niedrigen bzw. hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund. Ähnlich waren sich die Leiterinnen darin, dass sie beide wohl eher zu den Engagierteren gehören. Die eine Einrichtung war eine Konsultationseinrichtung, die andere hat selbst ein Konzept für interkulturelle Arbeit entwickelt.

Während der Gespräche hat sich herausgestellt, dass die Rahmenbedingungen für die beiden Kindertageseinrichtungen noch als relativ gut einzuschätzen sind: Beiden steht mehr Personal zur Verfügung als ansonsten üblich, im einen Fall deshalb, weil Stadt und Land den hohen Anteil von Migrantenkindern berücksichtigen. In beiden Quartieren gibt es relativ viele Angebote für Kinder und Familien.

Beide Einrichtungen berichten von ähnlichen familiären Hintergründen und Befindlichkeiten der Kinder: Es wird wenig gesprochen in den Familien, es wird viel ferngesehen, die Kinder haben wenig Bewegung, die Eltern kommen nicht aus ihrem Stadtteil heraus. Materielle Armut wurde in den Gesprächen nicht erwähnt, ein wichtiges Thema war jedoch der Mangel an emotionaler Zuwendung. Trotz relativ guter Ausgangslage – was die strukturellen Rahmenbedingungen und die Angebote im Stadtteil betrifft, sind die Situationen in den Familien aus Sicht der Leiterinnen ähnlich, ein Hinweis darauf, dass auch Kinder in anderen Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf unter ähnlichen Verhältnissen aufwachsen. Sprache, Bewegungsmangel, Fernsehkonsum, wenig Zeit der Eltern – all dies sind Dinge, die aber nicht nur in „sozialen Brennpunkten“ eine Rolle spielen. Wie die zwei Kindertageseinrichtungen auf die Situation der Kinder reagieren, ist deshalb auch für Einrichtungen außerhalb dieser Quartiere von Interesse.

In beiden Einrichtungen kommt der Förderung der Sprachentwicklung, aber auch dem Umgang mit der Sprache (z.B. sich aussprechen zu lassen) große Bedeutung zu. Weil in einer Einrichtung viele Kinder mit Migrationshintergrund sind, hat dort das Thema Sprache weitere Implikationen, z.B., dass muttersprachliche ErzieherInnen für die Sprachförderung zentral sind. Aber auch in dieser Einrichtung ist klar: Sprachförderung ist bei den Migrantenkindern ebenso notwendig wie bei den Kindern mit deutscher Muttersprache. Dabei ist sie in beiden Einrichtungen kein isoliertes Vorhaben, sie ist vielmehr Teil der täglichen Arbeit.

Ähnlich sind sich die beiden Einrichtungen auch darin, dass sie mit den Kindern nach draußen gehen, und sich – um ein Schlagwort zu benutzen – „zum Umfeld hin öffnen“. Dies wird zwar jedes Mal etwas anders begründet, einmal mit der Vorbereitung der Kinder auf die Schule, das andere Mal damit, dass sie die familiäre Lage kompensieren wollen. In beiden Fällen geht es jedoch darum, den Kindern Anregungen zu geben, sich mit ihrer Umwelt auseinander zu setzen.

Die Leiterinnen beider Einrichtungen sind gegen eine „Verschulung“ des Elementarbereichs. Begründet wird dies einmal damit, dass zu viele von der Spieltätigkeit losgelöste Angebote die Kinder nur „zuschütten“ und ihren Bedürfnissen nicht entsprechen würden. Zum anderen brauchen Kinder mit einem solchen Hintergrund keine Lehrpläne. Der Kindergarten müsse auf das „Emotionale“ achten, weil die Kinder hier häufig von ihren Elternhäusern her wenig mitbekämen, dies sei dann erst die Voraussetzung für das „Kognitive“.

Alle Leiterinnen halten die Zusammenarbeit mit der Schule für wichtig und haben auch die gleichen Wünsche, etwa einen gemeinsamen Elternabend zu veranstalten und Hospitationen zu machen, damit den Kindern der Übergang vom Kindergarten in die Schule leichter fällt. Wie die Zusammenarbeit tatsächlich funktioniert, hängt – zumindest was die zwei ausgewählten Einrichtungen betrifft – von der Bereitschaft der einzelnen Schulleitung ab.

Unterschiede zeigen sich am ehesten bei der „Philosophie“ der Elternarbeit. Während die eine Kindertageseinrichtung eher fragt: „Was können die Eltern für die Kinder tun, was können sie für die Einrichtung tun?“, geht die andere explizit von der Lebenssituation der Eltern aus und sagt: „Es gibt immer einen Weg, man muss von der Lebenssituation der Eltern ausgehen!“. Die Erfahrung, dass Elternarbeit „von oben herab“ weniger erreicht, haben beide Einrichtungen gemacht.

6 Schlussfolgerungen

Ein Großteil der Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf sind sozial segregierte (in Ostdeutschland weniger, in Westdeutschland mehr) Gebiete, in denen der Anteil arbeitsloser Personen und der Anteil von Personen, die Sozialhilfe beziehen, höher liegt als in anderen Stadtteilen. Dies spiegelt sich auch in den familiären Hintergründen der Kinder in den Kindertageseinrichtungen wider. Man kann nicht davon ausgehen, dass sich die Lage in den Quartieren innerhalb kurzer Zeit verbessert. Denn den Entwicklungen in den Stadtteilen liegen strukturelle Prozesse zugrunde, „die keineswegs in kurzfristigem Aktionismus gestoppt oder umgedreht werden können“ (Häußermann 2000, S. 77). Auch ein Großteil der befragten LeiterInnen hat den Eindruck, die „Armut“ im Stadtteil sei in den letzten fünf Jahren schlimmer geworden oder gleich geblieben. Kaum jemand sieht eine Verbesserung.

Die Kinder- und Jugendhilfe hat den Auftrag, zur Sicherung gleicher Lebenschancen für alle Kinder beizutragen und Benachteiligungen abbauen und vermeiden zu helfen. Zusammen mit anderen Angeboten und Institutionen können Kindertageseinrichtungen dazu beitragen, Entwicklungsrisiken für die Kinder abzumildern bzw. ihnen entgegenzuwirken. Gerade die Tatsache, dass Kindertageseinrichtungen einen großen Teil der Kinder erreichen – und dies schon in frühen Jahren – und für die Eltern zu einer Selbstverständlichkeit geworden sind, unterstreicht die Bedeutung, die sie haben können.

Besondere Mängel werden in zu wenigen offenen Angeboten für Kinder und Jugendliche, in zu wenigen Erziehungsberatungsstellen und Frühfördereinrichtungen gesehen, die gerade in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf notwendig wären. Zudem berichten viele LeiterInnen von einer Unterversorgung insbesondere bei den Plätzen für Kinder im Krippen- und Grundschulalter – auch dies ist in den ausgewählten Stadtteilen ganz besonders problematisch. Denn Krippen oder andere Angebote für Kinder unter 3 Jahren könnten Entwicklungsrisiken von Kindern schon früh in den Blick nehmen. Angebote für Grundschulkindern können den Kindern die ersten Jahre in der Schule leichter machen und zum Teil das Fehlen offener Angebote oder öffentlicher Treffpunkte ausgleichen.

Die Kindertageseinrichtungen leisten viel, um die wenig förderlichen Bedingungen, denen sich die Kinder gegenübersehen, in ihrer täglichen Arbeit auszugleichen. Die Befragung hat aber doch gezeigt, dass es weiteren Handlungsbedarf gibt:

Ein großer Teil der EinrichtungsleiterInnen hält weitere und gegebenenfalls andere Angebote und Maßnahmen insbesondere im Hinblick auf die „Öffnung zum Stadtteil“ und die Zusammenarbeit mit den Eltern für besonders dringlich. Als Hindernisse, die die Zusammenarbeit der Kindertageseinrichtungen mit anderen Angeboten erschweren, werden am häufigsten Zeitmangel und fehlendes Geld genannt.

Es ist sinnvoll, die Vernetzung in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf voranzutreiben. Wichtig ist auch, dass

- die MitarbeiterInnen in Aus- und Fortbildung für Formen, in denen sich Armut äußert, oder Aspekte der Sprachentwicklung sensibilisiert werden;
- die betreffenden Akteure einen offenen Blick auf die Lage der Familien und Kinder behalten;
- die Kindertageseinrichtungen kreativ der Situation der Kinder und ihrer Eltern angepasste Konzepte entwickeln und sich daran orientieren, was die Kinder oder ihre Eltern können (d.h. Ressourcen- anstatt Defizitorientierung);
- die Arbeit, die Kindertageseinrichtungen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf (und nicht nur dort) leisten, wertgeschätzt wird.

Es bedarf aber auch geeigneter Rahmenbedingungen. Dort, wo sich Probleme häufen, brauchen Kindertageseinrichtungen eine Unterstützung, die über das übliche Maß hinausgeht: Die bessere Ausstattung mit Personal (z.B. muttersprachliche Fachkräfte oder PädagogInnen, die in der Einrichtung auf spezielle Bedürfnisse der Kinder eingehen), die Berücksichtigung von kinderfreien Zeiten, Budgets für besondere unterstützende Maßnahmen (damit etwa die Eltern zu den Ausflügen der Kinder weniger oder kein Geld beisteuern müssen), die fachliche Unterstützung durch den Träger und eine Raumausstattung, mit der vielfach beengten Wohnverhältnisse ausgeglichen werden können, sind wichtige Punkte. Eine gute Ausstattung mit Personal ist nicht zuletzt deshalb notwendig, um den Kindern Geborgenheit, Verlässlichkeit und Sicherheit bieten zu können. Wird dies alles nicht berücksichtigt, schlägt sich dies früher oder später in einer geringeren Qualität der pädagogischen Arbeit nieder. Irgendwann lassen sich Mängel der strukturellen Rahmenbedingungen auch mit den besten Ideen und dem größten Engagement nicht mehr wettmachen.

Ein wichtiges Konzept in der Untersuchung ist die soziale Mischung bzw. die soziale Segregation. Sie spielt sowohl allgemein auf der Ebene des Stadtteils als auch speziell in den Kindertageseinrichtungen eine Rolle. Es scheint einen Konsens zu geben, dass soziale Mischung gefördert und soziale Entmischung vermieden werden soll.

Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sehen sich einerseits mit der Bevölkerungszusammensetzung in ihrem Einzugsgebiet konfrontiert, andererseits haben sie Möglichkeiten, der sozialen Entmischung entgegenzuwirken. Große Bedeutung hat die soziale Mischung in den Gruppen der Kindertageseinrichtungen.

Wir sind im Laufe der Untersuchung darauf gestoßen, dass Maßnahmen ungewollt zu einer sozialen Entmischung führen können, denen auf unterschiedlichen Ebenen begegnet werden muss. Bietet zum Beispiel die Schule am Nachmittag ein für die Eltern kostengünstigeres Angebot an, kann es dazu kommen, dass Kinder aus Horten abgemeldet und für die schulischen Angebote angemeldet werden – mit der Tendenz, dass in den Horten die Kinder zurückbleiben, deren Eltern für den Hort wenig oder nichts bezahlen müssen, weil sie einen besonderen Bedarf haben. Integrierte Handlungsansätze und eine Zusammenarbeit verschiedener Akteure sind hier vonnöten.

Auch flexible, von den Eltern frei wählbare Betreuungszeiten, können – vermittelt über die Elternbeiträge – zu einer Entmischung führen, so dass z.B. in den

Ganztagsgruppen der Anteil der Kinder, deren Familien vom Jugendamt betreut werden, zunimmt. Um dieser Gefahr zu begegnen, sollten Jugendämter, freie Träger und Kindertageseinrichtungen mit passenden Konzepten reagieren.

Literatur – Teil B

- ARGEBAU Ausschuss für Bauwesen und Städtebau und Ausschuss für Wohnungswesen (2000): Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“. Zweite Fassung 1. März 2000. In: Deutsches Institut für Urbanistik: Programmgrundlagen. Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt. difu: Berlin
- Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (1997): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn
- BMW AG München (Hrsg.) (1997): „LIFE – Ideen und Materialien für interkulturelles Lernen“. München
- Böllert, K. (2001): Lebensbedingungen von Jugendlichen in problematischen Stadtquartieren. In: Bruhns, K./Mack, W. (Hrsg.): Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen. Leske + Budrich: Opladen
- Bruhns, K./Mack, W. (Hrsg.) (2001): Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen. Leske + Budrich: Opladen
- Bundesbeauftragte für Ausländerfragen (2000): Bericht der Bundesbeauftragten für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der BRD. Bonn
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend - Abteilung Kinder und Jugend (2001): Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E & C). Programmkurzbeschreibung. Bonn
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104a, Absatz 4 des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV-Städtebauförderung 1999), vom 30. Juni 1999/17. September 1999. In: Deutsches Institut für Urbanistik: Programmgrundlagen. Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt. Februar 2000. difu: Berlin
- Deutsches Institut für Urbanistik (2000): Programmgrundlagen. Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt Band 3. difu: Berlin
- DJI-Projekt Kulturenvielfalt aus der Perspektive von Kindern (2001): Treffpunkt deutsche Sprache. Sprachförderung von mehrsprachigen Kindern in Tageseinrichtungen. DJI: München. (Vergriffen, als Download erhältlich unter www.dji.de - Forschung – Kinder und Kinderbetreuung – abgeschlossene Projekte – Kulturenvielfalt aus der Perspektive von Kindern)
- DJI-Projekt Multikulturelles Kinderleben (2000): Flüchtlingskinder – eine Randgruppe im multikulturellen Milieu. Projektheft 3/2000. DJI: München
- DJI-Projekt Multikulturelles Kinderleben (Hrsg.) (1999): Mehrsprachigkeit im multikulturellen Kinderleben. Eine Tagungsdokumentation. Projektheft 2/1999. München. Kostenlos zu beziehen vom Deutschen Jugendinstitut unter der Telefonnummer 089/62306-216
- DJI-Projekt Netzwerke im Stadtteil – Wissenschaftliche Begleitung E & C (2002a): Jugendhilfe in sozialen Brennpunkten – Angebote und Kooperationen. Ergebnisse der teilstandardisierten Erhebung bei Leiterinnen und Leitern von Einrichtungen der Jugendhilfe in zwölf Modellgebieten von E & C. Erster

- Teilbericht. DJI: München
- DJI-Projekt Netzwerke im Stadtteil – Wissenschaftliche Begleitung E & C (2002b): Jugendhilfe in sozialen Brennpunkten – Zweiter Teilbericht. Ergebnisse der teilstandardisierten Erhebung bei Leiterinnen und Leitern von Einrichtungen der Jugendhilfe in zwölf Modellgebieten von E & C. DJI: München
- Fthenakis et al. (1996): Neue Konzepte für Kindertageseinrichtungen. Eine empirische Studie zur Situations- und Problemdefinition der beteiligten Interessengruppen. Endbericht Band 2 und 4. BERICHTE 1/96. IFP Staatsinstitut für Frühpädagogik: München
- Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, Anne Frank Stichting, Amsterdam (2001): Materialpaket DAS BIN ICH – international. Zu bestellen beim nds Verlag, Postfach 102752, 45027 Essen
- Häußermann, H. (2000): Aufwachsen im Ghetto? In: DISKURS 1/2000, S. 75-81. DJI: München
- Hey, C. (2001): Jugendpolitik für Mädchen. In: Bruhns, K./Mack, W. (Hrsg.): Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen. Leske + Budrich: Opladen
- Hock, B./Holz, G./Simmedinger, R./Wüstendörfer, W. (2000): Gute Kindheit - Schlechte Kindheit? Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Abschlussbericht zur Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. 4/2000. ISS-Verlag: Frankfurt am Main
- Hock, B./Holz, G./Wüstendörfer, W.: Armut – Eine Herausforderung für die verbandliche Kinder- und Jugendhilfe. Zweiter Zwischenbericht zu einer bundesweiten Befragung in den Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt. 2/1999. ISS-Verlag: Frankfurt am Main
- Hock, B./Holz, G./Wüstendörfer, W.: Folgen familiärer Armut im frühen Kindesalter - Eine Annäherung anhand von Fallbeispielen. Dritter Zwischenbericht. 1/2000. ISS-Verlag: Frankfurt am Main
- Hock, B./Holz, G./Wüstendörfer, W.: Frühe Folgen – Langfristige Konsequenzen? Armut und Benachteiligung im Vorschulalter. Vierter Zwischenbericht zu einer Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. 2/2000. ISS-Verlag: Frankfurt am Main
- Jampert, Karin (2002): Schlüsselsituation Sprache. Spracherwerb im Kindergarten unter besonderer Berücksichtigung des Spracherwerbs bei mehrsprachigen Kindern. Leske + Budrich: Opladen
- Kapphan, A./Dorsch, P./Siebert, I. (2002): Sozialräumliche Segregation in der Stadt. Literaturbericht. DJI: München
- Kelle, U./Erzberger, C. (1999): Integration qualitativer und quantitativer Methoden. Methodologische Modelle und ihre Bedeutung für die Forschungspraxis. KZfSS Heft 3/1999 Jg. 51
- Klein, G. (2000): Frühförderung in Sozialen Brennpunkten. Erfahrungen aus dem Reutlinger Projekt Frühförderung. In: Weiß, H. (Hrsg.): Frühförderung mit Kindern und Familien in Armutslagen. Beiträge zur Frühförderung interdisziplinär Band 7. Ernst Reinhardt Verlag: München
- Mayring, Philipp (2001): Kombination und Integration qualitativer und quantitativer Analyse. In: Forum Qualitative Sozialforschung Volume 2, No. 1, Feb. 2001
- Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2001): Wie Kinder sprechen lernen.

- Entwicklung und Förderung der Sprache im Elementarbereich. Düsseldorf
Preissing, C. (unter Mitarbeit von Freitag, I.): Brennpunkt Kinder. Internationa-
le Akademie, INA gGmbH Institut für den Situationsansatz, o.J.: Berlin
- Schneider, K.: Kindertagesstätten als Orte für Kinder aus sozial benachteiligten
Lebenslagen – Erfahrungen aus dem Projekt „Orte für Kinder“ des Deut-
schen Jugendinstituts (1991-1994) Beitrag für das Fachforum „Kindertages-
stätten und Grundschulen in sozialen Brennpunkten“, 15./16.5.2001 in Kas-
sel. Manuskript 2001. DJI: München
- Statistisches Bundesamt (2001): Fachserie 13, Reihe 6.3.1 Tageseinrichtungen für
Kinder. 1998. Metzler Poeschel: Stuttgart
- Textor, M.R.: Erziehungspartnerschaft - eine neue Qualität in der Beziehung
zwischen Kindertageseinrichtungen und Familien. In: Unsere Jugend 1997,
Jg. 49, S. 113-119
- Tietze, W. (Hrsg.) (1998): Wie gut sind unsere Kindergärten? Eine Untersuchung
zur pädagogischen Qualität in deutschen Kindergärten. Luchterhand: Neuwied
- Walper, S. (1999): Auswirkungen von Armut auf die Entwicklung von Kindern.
In: Sachverständigenkommission Zehnter Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.):
Kindliche Entwicklungspotentiale. Normalität, Abweichung und ihre Ursach-
en. Band 1 Materialien zum 10. Kinder- und Jugendbericht. Verlag Deut-
sches Jugendinstitut: München
- Weiß, H. (2000): Frühförderung bei sozioökonomisch bedingten Entwicklungs-
gefährdungen. Stellenwert, fachliche Orientierungen und Aufgaben. In: Weiß,
H. (Hrsg.): Frühförderung mit Kindern und Familien in Armutslagen. Beiträ-
ge zur Frühförderung interdisziplinär Band 7. Ernst Reinhardt Verlag: Mün-
chen

